

(Dietrich Kessel [SPD])

(A) was in den Hochschulen darüber geredet wird, nicht so ganz -: Durch den Qualitätspakt, durch die fünfjährige Planungssicherheit, durch die Tatsache, daß wir über den Qualitätspakt unter dem Strich für den Hochschulbereich mehr Geld haben, als wir zuvor hatten, sind die Hochschulen - ich wage das im Angesicht meiner Kolleginnen und Kollegen aus der SPD-Landtagsfraktion kaum zu sagen - so privilegiert wie kein anderer Bereich der Landesverwaltung. Auch das muß man hier einmal feststellen. Das zeigt doch mit aller Deutlichkeit, daß die rot-grüne Koalition immer das wahrgemacht hat, was sie in ihren Programmen geschrieben hat, nämlich Priorität für Wissenschaft und Forschung in Nordrhein-Westfalen. Dabei bleibt es, und dabei wird es auch nach dem 14. Mai bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann **schließe** ich hiermit die **Beratung**.

Wir kommen zur **Abstimmung**. Zunächst haben wir über die **Änderungsanträge** abzustimmen.

(B) **Erstens** ist abzustimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU **Drucksache 12/4530**, Stichwort: Bau- und Sanierungsmaßnahmen im Hochschulbereich. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir haben **zweitens** abzustimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU **Drucksache 12/4531**, Stichwort: Geräteprogramm für Hochschulen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Drittens ist zu entscheiden über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU **Drucksache 12/4532**, Stichwort: Sicherung der fachspezifischen Unterrichtsversorgung. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, der möge das Handzeichen geben. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Viertens ist abzustimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU **Drucksache 12/4533**, Stichwort: Zusätzliche Lehrerstellen gegen Unterrichtsausfall. Wer hier zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist damit **abgelehnt**.

Fünftens stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU **Drucksache 12/4534** ab, Stichwort: Schaffung einer Stellenreserve. Wer zustimmen möchte, möge das Handzeichen geben. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist **abgelehnt**.

Sechstens ist abzustimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU **Drucksache 12/4535**, Stichwort: Finanzierung der Stellenreserve. Wer zustimmen möchte, gebe das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag ist **abgelehnt**.

Wir haben nunmehr abzustimmen über den **Einzelplan 05 gemäß der Beschlußempfehlung Drucksache 12/4505**. Wer dieser Beschlußempfehlung zustimmen will, der möge das Handzeichen geben. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Beschlußempfehlung **angenommen** worden.

Ich rufe auf:

Einzelplan 15: Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport

mit den Teilbereichen a) Arbeit und Soziales, b) Migration, c) Stadtentwicklung, d) Kultur und e) Sport.

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/4515, **eröffne** die **Beratung** zum Teilbereich

a) Arbeit und Soziales

und erteile als erstem Redner Herrn Kollegen **Arentz** für die CDU-Fraktion das Wort.

Hermann-Josef Arentz (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das zentrale Anliegen bei diesem Haushalt ist die Lage am Arbeitsmarkt. Bundeskanzler Schröder ist mit einem hohen Anspruch gestartet und hat gesagt,

(Hermann-Josef Arentz [CDU])

(A) er wolle sich an der Entwicklung des Arbeitsmarktes messen lassen. Nach einem Jahr Regierung Schröder stellen wir fest, daß der Abbau der Arbeitslosigkeit bundesweit zum Stillstand gekommen ist; denn: Vor einem Jahr war die Zahl der Arbeitslosen um 400.000 niedriger als im Vorjahr; im letzten Jahr ist diese Zahl nur um einige wenige tausend gesunken, und das bei einer demographischen Entlastung von 200.000 Menschen. Das heißt im Klartext: Am Arbeitsmarkt ist die Erholung zum Stillstand gekommen, seitdem Rot-Grün in Berlin das Sagen hat.

(Beifall bei der CDU - Johannes Remmel [GRÜNE]: Das ist eine Frechheit!)

Das tut mir wegen der betroffenen Menschen ausgesprochen leid. Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, müssen der Wirklichkeit ins Auge sehen; denn Sie vertreten hier die Parteien, die dieses Unheil in Berlin anrichten.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei den GRÜNEN)

Das Bündnis für Arbeit, das der Bundeskanzler als Herzstück seiner Regierungsarbeit ausgegeben hat, floppt bisher. Als Fazit konnte man nach einem Jahr Regierung Schröder im "Handelsblatt" vom 6. Oktober 1999 lesen - ich zitiere -:

(B) "Eine um 200.000 niedrigere Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt"

- die wir noch nicht einmal haben -

"bescheinigt der neuen Regierung also, daß sie auf dem Arbeitsmarkt keinen Schritt weitergekommen ist."

Das ist die Lage. Meine Damen und Herren, man muß sich auch nicht wundern: Wer am Arbeitsmarkt versucht, jede Erholung kaputtzumachen - mit dem Unsinn der 630-Mark-Verträge, der Scheinselbständigkeit, der fehlenden Steuerreform, der Steuerbelastung statt -entlastung des Mittelstandes -, ist nicht in der Lage, Arbeitslosigkeit abzubauen.

(Beifall bei der CDU)

Das traurige Ergebnis dieses Wirkens sehen wir heute im Bund.

Meine Damen und Herren, in Nordrhein-Westfalen ist die Lage noch schlechter als bundesweit. Ministerpräsident Clement hat vor zwei Jahren in einem Fernsehinterview auf die Frage, warum er

(C) nicht nach Bonn gehe - damals noch Sitz der Bundesregierung -, erklärt, er bleibe in Düsseldorf, "weil wir vor Ort mehr Einfluß auf die Standortbedingungen haben als der Bund". Wer mit einem solchen Anspruch antritt, muß sich auch im Land an der Entwicklung der Arbeitslosenzahlen messen lassen.

Da hat der Herr Ministerpräsident einen stolzen Maßstab vorgegeben. Am 25. März 1998 titeln der "Westfälische Anzeiger" und der "Kurier" nach einem Gespräch mit Herrn Clement: "Clement will die Arbeitslosigkeit rasch halbieren." - Das sah gut aus, meine Damen und Herren. Jeder hat gedacht: Oh, wenn der Ministerpräsident wird, dann geht es aber los.

(D) Die Wirklichkeit in Nordrhein-Westfalen sieht völlig anders aus: Nordrhein-Westfalen ist im Hinblick auf die Entwicklung am Arbeitsmarkt noch immer das Schlußlicht unter den westdeutschen Bundesländern: 10 % Arbeitslosigkeit in NRW - wesentlich höher als der Durchschnitt der alten Länder mit 8,3 % -, 41 % Langzeitarbeitslosigkeit - der höchste Anteil in der Bundesrepublik Deutschland -, 44 % Erwerbsquote, nach dem Saarland die niedrigste in der Bundesrepublik. Das ist die Wahrheit am Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen. Katastrophaler und schlimmer könnten die Zahlen nicht sein.

Wie verzweifelt die Lage wirklich ist, hat die Ministerin - möglicherweise unfreiwillig - bei der Einbringung ihres Haushalts im Ausschuß am 15. September dieses Jahres deutlich gemacht. Da hat Frau Brusis erklärt - ich zitiere das ausweislich des Protokolls -:

"Die Zahl der Arbeitslosen ist in Nordrhein-Westfalen im August gegenüber dem Vorjahresmonat um fast 20.000 gesunken; dies ist ein Rückgang von 2,2 %. Eine noch deutlichere Sprache spricht die Statistik in bezug auf die Arbeitslosen unter 25 Jahren. ... - so lautet die erfreuliche Zwischenbilanz ..."

Was die Ministerin nicht gesagt hat, ist folgendes: Die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen war im August 2,2 % niedriger als im Vorjahr. In Schleswig-Holstein war sie 4,6 % niedriger, in Hamburg 6,7 %, in Niedersachsen 5,3 %, selbst in Bremen 5,6 %, in Hessen 6,5 %, in Rheinland-Pfalz 5,3 %, im Saarland 4,3 %, in Baden-Württemberg 6,2 % und in Bayern 6,5 %. Nur in Berlin war die Arbeitslosigkeit noch ein bißchen weniger zurückgegangen als in Nordrhein-Westfalen. Wie

(Hermann-Josef Arentz [CDU])

- (A) können Sie sich hinstellen und die 2,2 % als Erfolg verkaufen, wenn es die zweitschlechteste Zahl im ganzen Bundesgebiet ist?

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Frau Ministerin, wer zu solchen Tricks greift, dem muß das Wasser schon etwas oberhalb des Kinns stehen. Sonst würden Sie nicht so unseriös argumentieren, wie Sie das im Ausschuß getan haben.

Wir stellen fest: Das von Ihnen gelobte breite Instrumentarium des Landes in der Arbeitsmarktpolitik führt im Ergebnis dazu, daß wir noch immer das Schlußlicht am Arbeitsmarkt sind. Sie verplempern das Geld, weil Sie es in diesem Bereich nicht vernünftig einsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist die traurige Wahrheit. Ich empfehle Ihnen schon jetzt, am Freitagnachmittag mit besonderer Aufmerksamkeit zuzuhören, wenn die hier im Landtag auch zu diesem Punkt gefundenen Ergebnisse der Enquete-Kommission "Zukunft der Erwerbsarbeit" vorgestellt werden.

- (B) Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesregierung hat nicht nur bei der allgemeinen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit versagt, sondern auch bei besonderen Zielgruppen. Ich nenne das Stichwort "Jugendarbeitslosigkeit". Der Ministerpräsident reist seit drei Jahren mit großem Brimborium durch die Gegend und wirbt Ausbildungsplätze ein. Damit das klar ist: Wir freuen uns über jeden jungen Mann und jede junge Frau, die einen Ausbildungsplatz bekommen - unabhängig davon, ob es diese Ausbildungsplätze mit oder ohne Herrn Clement gibt. Aber wer mit dem Bus durch die Gegend reist, sich immer von der Presse begleiten läßt und monatelang auf Seite 1 steht - "Er hat wieder drei neue Lehrstellen gefunden" -, der muß sich natürlich auch daran messen lassen, was er im eigenen Bereich tut.

Das weiß wahrscheinlich am besten der Finanzminister; denn im Landeshaushalt werden Ausbildungsplätze Jahr für Jahr systematisch plattgemacht und abgebaut. Ich nenne Ihnen die Zahlen: 1996 hatte das Land im Haushalt noch 9.174 Ausbildungsplätze. 1997 waren es nur noch 9.026, 1998 nur noch 8.600, 1999 nur noch 8.149 und jetzt - es wird wieder gekürzt - nur noch 8.003. Das heißt, innerhalb von vier Jahren haben Sie die Zahl der Ausbildungsplätze

im eigenen Bereich um über 1.100 bzw. fast 15 % reduziert. (C)

(Beifall bei der CDU)

Da ist es scheinheilig, wenn Sie durch die Gegend fahren und so tun, als läge Ihnen etwas am Schicksal der jungen Menschen. Ihnen liegt etwas an dem PR-Effekt, den Sie damit erzielen können. Aber im eigenen Bereich ist das ausgesprochen schofflig, Herr Schleußer. Sie appellieren an die private Wirtschaft, mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, und selber kürzen Sie, daß die Schwarte kracht. Das geht auf keine Kuhhaut, was Sie hier machen.

(Beifall bei der CDU)

Auch die Programme in Land und Bund, mit denen Sie sich so dicke tun - Sie können das nachher begründen, dann werden wir das ausdiskutieren -, für arbeitslose Jugendliche werfen viele Fragen auf.

Die Ministerin fährt seit Mitte 1998 ein Landesprogramm für 10.000 langzeitarbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren. Für 10.000 ist Geld da. Das Ergebnis im Herbst, als sie ihren Haushalt einbrachte, war, daß gerade einmal 1.200 das Angebot dieses Landesprogramms angenommen haben. Da wird man nachdenklich. Wenn für 10.000 langzeitarbeitslose Jugendliche Geld im Haushalt ist und nach eineinviertel Jahren gerade mal 1.200 junge Leute eine Arbeit in diesem Programm angenommen haben, dann scheint etwas nicht zu stimmen. (D)

Dann haben Sie, Frau Ministerin, zu den üblichen statistischen Tricks gegriffen, haben die Zielgruppe kräftig erweitert auf nicht mehr nur langzeitarbeitslose Jugendliche, sondern auf alle arbeitslosen Jugendlichen, und jetzt sind Sie bei "stolzen" 1.700. Ich kann Ihnen nur sagen: Das Instrument stimmt offensichtlich nicht.

Vielleicht macht es Sie ja nachdenklich, daß das nicht nur die Opposition behauptet, sondern daß das auch die Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände in Nordrhein-Westfalen in ihrer Stellungnahme zum Haushalt sagt - die Arbeiterwohlfahrt, die Diakonie, der Paritätische Wohlfahrtsverband, die Caritas. Sie alle sind nicht verdächtig, sozusagen immer nur ins Horn der Opposition zu stoßen. Sie sagen: Aus diesem Grunde halten wir insbesondere niedrigschwellige Angebote für wichtig, zumal sich bei der Landesinitiative "Jugend in Arbeit" herausgestellt hat,

(Hermann-Josef Arentz [CDU])

- (A) daß ca. 50 % der jungen Menschen, die angesprochen wurden, mit den zur Verfügung gestellten Mitteln nicht geholfen werden konnte.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber)

Das Instrumentarium stimmt nicht, meine Damen und Herren. Es geht nicht nur darum, Geld im Haushalt zur Verfügung zu stellen, sondern auch die richtigen Instrumente zu haben, um dieser ausgesprochen schwierigen Gruppe junger Menschen, die viele Probleme mit sich herumschleppen, auch angemessen helfen zu können.

(Werner Jostmeier [CDU]: Sehr richtig!)

Den gleichen Etikettenschwindel betreiben Sie natürlich auch mit dem Bundesprogramm. Da erzählt die Ministerin im Ausschuß, aber nicht nur im Ausschuß, sondern auch außerhalb des Ausschusses, ganz stolz, die Zahl der langzeitarbeitslosen Jugendlichen sei durch diese Programme um 40 % reduziert worden. Ja, das ist statistisch richtig, Frau Ministerin!

Nur: Wissen Sie, was Sie machen? 39.000 Jugendliche sind in dieses Bundesprogramm seit dem 1. Januar eingetreten. Jetzt sind nur noch 19.000 drin. 20.000 sind schon wieder draußen. Es handelt sich hier um Maßnahmen, die teilweise vier, sechs oder acht Wochen dauern. Und wenn der junge Mensch vier oder sechs Wochen im Programm war und dann wieder auf der Straße steht, ist er nach der Statistik nicht mehr langzeitarbeitslos, sondern neu arbeitslos, aber er ist um eine Hoffnung ärmer.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Sie treiben da ein ganz böses Spiel mit jungen Leuten, nur damit Ihre Statistik in Ordnung kommt. Wir wollen von Ihnen keine Statistikverschönerungsprogramme, sondern wir wollen Programme, mit denen den jungen Leuten wirklich geholfen wird, in Arbeit zu kommen und Fuß zu fassen.

(Beifall bei der CDU)

Das müßte unsere gemeinsame Aufgabe sein. Sie geben Ihnen Steine statt Brot und tun sich dicke mit der Statistik, Frau Ministerin. Das ist ein böses Spiel, das Sie hier treiben.

(Werner Jostmeier [CDU]: Sehr richtig!)

Ähnlich sieht es aus, wenn wir uns anschauen, was Sie für behinderte Menschen in diesem Lan-

de tun. Sie haben in Ihrer Haushaltseinführung rührende Worte gefunden, wie sehr sich doch das Land um die behinderten Menschen kümmern wolle: mit Arbeitsgruppen, die Sie eingerichtet haben und die Diskriminierungen untersuchen sollen. Alles wunderbar! Dagegen haben wir nichts einzuwenden. Aber wir haben etwas dagegen einzuwenden, Frau Ministerin, daß die Landesregierung seit Jahren weniger schwerbehinderte Menschen selber beschäftigt

(C)

(Beifall bei der CDU)

und die Pflichtquote von 6 % immer weniger erfüllt.

(Hört, hört! bei der CDU)

In Ihrem Hause - das weiß ich wohl - haben Sie die Quote erfüllt. Aber Sie sind als zuständige Fachministerin verantwortlich dafür, daß die gesamte Landesregierung diese Aufgabe ernst nimmt. Jetzt will ich Ihnen auch dazu die Zahlen nennen: 371.000 Arbeitsplätze gab es in der Landesverwaltung im Jahre 1998. Sie beschäftigen 1 % Schwerbehinderte zuwenig. Das sind 3.700 Schwerbehinderte, die Sie weniger beschäftigen, als Sie nach der gesetzlichen Auflage müssen. Das heißt: 200 DM drücken Sie pro Monat für jeden als Strafgebühr ab. Sie zahlen 7,91 Millionen DM im Jahr aus den Steuergeldern als Strafgeld, weil Sie nicht genug Schwerbehinderte beschäftigen. Das ist ein skandalöser Zustand.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Mit welcher Glaubwürdigkeit wollen Sie denn überhaupt an private Arbeitgeber appellieren, schwerbehinderte Menschen einzustellen, wenn die sehen, daß das Land, das an sie appelliert, dieser Aufforderung selber nicht nachkommt. Ich finde, es war eine ausgesprochen gute Anregung des VdK in Nordrhein-Westfalen, der vor wenigen Tagen ein Bündnis für die Beschäftigung Schwerbehinderter eingefordert hat.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege!

Hermann-Josef Arentz (CDU): Wir unterstützen dieses Anliegen des VdK nachdrücklich und fordern die Landesregierung auf, selber einen Beitrag dazu zu leisten, indem sie mit gutem Beispiel vorgeht und endlich wenigstens die 6 % Schwer-

(Hermann-Josef Arentz [CDU])

- (A) behinderte beschäftigt, wozu sie nach Recht und Gesetz verpflichtet wäre. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die SPD-Fraktion hat Kollege Vöge das Wort.

(Adolf Retz [SPD]: Haben Sie auch etwas zum Haushalt gesagt? - Gegenruf des Hermann-Josef Arentz [CDU]: Wenn Sie das nicht gemerkt haben, erklärt das Ihre Politik!)

Horst Vöge (SPD): Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir haben gerade die üblichen rituellen Beschimpfungen des Kollegen Arentz mitbekommen können mit den üblichen rituellen Worten "katastrophal", "schlimm", "skandalöse Zustände", die wir zu jedem Haushalt hören. Also nichts Neues! Die Verhaftung der üblichen Verdächtigen erfolgte durch verbale Attacken.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Ihr ändert euch auch nicht!)

- (B) In Wirklichkeit war das aus meiner Sicht eine Nullnummer.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Sag doch mal was zu dem Punkt!)

Ich kann mich noch sehr gut erinnern, daß der Ansatz der damaligen Bundesregierung, als sie ins Amt kam, lautete, sie wollte die Arbeitslosigkeit um 2 Millionen verringern. Und wo endete sie? - Bei 4 Millionen.

Ich kann mich auch noch gut an den 8. Mai 1998 erinnern, als wir bundesweit eine geringfügige Verbesserung des Arbeitsmarktes hatten und Sie das schon in einem Antrag als Trendwende am Arbeitsmarkt verkaufen wollten. Da landeten Sie aber sozusagen als arbeitsmarktpolitischer Bettvorleger, und die Bevölkerung hat Ihnen im September den notwendigen Denkkzettel gegeben.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Im Detail haben wir teilweise andere Bewertungen als die Landesregierung und auch Veränderungsbedarf am Haushalt. In der Koalition haben wir teilweise unterschiedliche Schwerpunkte.

Die Integration behinderter Menschen ist eine gesellschaftliche Gesamtaufgabe und damit Aufgabe des Landes. Die Ministerin sagte - und die

Fakten stimmen -: 2,5 Millionen Menschen sind körperlich, geistig oder psychisch behindert; das ist jeder siebte Bürger in Nordrhein-Westfalen.

Der Beitrag zur Integration mit dem Aktionsprogramm "Mit gleichen Chancen leben" ist gut. Dieses Aktionsprogramm wurde 1998 vorgestellt. Aus unserer Sicht paßte die Kürzung von 24,2 Millionen DM auf 19,8 Millionen DM nicht.

Wir halten dieses von der Landesregierung vorgeschlagene Signal für falsch. Deshalb beantragen wir auch, daß die Zuschüsse an die freien Träger um 2,642 Millionen DM erhöht werden, um insbesondere Schulungen, Fortbildungen und Beratungen des ehrenamtlichen Personals bei anerkannten Betreuungsvereinen nach § 3 des Landesbetreuungsgesetzes flächendeckend zu sichern. Von daher wollen wir auch diesen Ansatz rückgängig machen.

Gleichfalls beantragen wir die Erhöhung der Darlehen an kommunale Träger, weil wir hier weiterhin eine Aufgabe sehen. Wir führen den alten Ansatz, das heißt den Ansatz von 1999, wieder ein, weil wir die Signale aus der Szene kennen, daß wir hier weiterhin einen hohen Förderbedarf haben.

Die geplante Kürzung von 50 Millionen DM auf 42,5 Millionen DM bei der Stiftung Wohlfahrtspflege hält die SPD-Fraktion aus sozialpolitischer Sicht für einen Fehler, der korrigiert werden muß. Wir korrigieren ihn. Die bisherige Förderpraxis der Stiftung beweist, daß sie in der Altenhilfe und in der Behindertenhilfe inzwischen unverzichtbar geworden ist. Fortschritte in diesem Bereich sind häufig auf die Förderung von Modellvorhaben durch die Stiftung zurückzuführen, die dank ihres vergleichsweise unkomplizierten Fördermodus auf innovative Strömungen schnell reagieren kann.

Bei steigenden Einnahmen aus dem Spielbankbetrieb oder, wie Sie, Kollege Arentz, bei der letzten Haushaltsrede gesagt haben, von den Abzockerbetrieben und einer geplanten neuen Spielbank

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Dazu komme ich gleich noch!)

dürfen wir die Stiftung Wohlfahrtspflege nicht als Steinbruch nutzen, um andere Haushaltslöcher zu stopfen. Wir beantragen die Wiederherstellung des Vorjahresansatzes. Da sind wir mit Ihnen einer Meinung. Wir möchten aber im nächsten Jahr, Kollege Arentz, verstärkt darüber nachdenken, wie wir neue Möglichkeiten bekommen, damit die Stiftung nicht ins Gerede kommt.

(C)

(D)

(Horst Vöge [SPD])

- (A) Mit der Pflegepolitik leistet das Land weiterhin einen wichtigen Beitrag zu einer leistungsfähigen, bedarfsgerechten, wirtschaftlichen pflegerischen Infrastruktur für alle Pflegebereiche. Wir unterstützen den Haushaltsvorschlag der Landesregierung. Hier stehen ca. 146 Millionen DM zur Verfügung.

Weiterhin wichtig ist auch, daß im kommenden Jahr Projekte gefördert werden, die den Verbleib pflegebedürftiger Menschen in der eigenen Häuslichkeit unterstützen. Damit tragen wir dem Grundsatz "Ambulant vor stationär" Rechnung. Konkret bedeutet das, daß die Wohnberatung zur Verbesserung des individuellen Wohnumfeldes erhalten bleibt, außerdem die Weiterentwicklung des komplementären ambulanten Dienstes, die Weiterentwicklung der häuslichen Versorgung, Qualitätssicherung in der Pflege und Förderung neuer Wohnformen.

Ein Wort zu den komplementären ambulanten Diensten. Gemäß § 2 Abs. 2 Landespflegegesetz sind die Kreise und kreisfreien Städte bereits seit dem 1. Juli 1996 für die zur Umsetzung des Vorranges zur häuslichen Versorgung erforderlichen komplementären ambulanten Dienste verantwortlich. Das Land hat dennoch ein auf drei Jahre befristetes Programm zur Förderung dieser Dienste in Nordrhein-Westfalen beschlossen, um dieses Angebot in der Übergangsphase bis zum Inkrafttreten des Pflegeversicherungsgesetzes für die Hilfsbedürftigen zu sichern. Diese Förderung ist für das Jahr 1999 noch einmal verlängert worden.

- (B) Im Rahmen der Evaluation des Landespflegegesetzes wurde festgestellt, daß die kommunale Familie insgesamt Nettoeinsparungen von 1,7 Milliarden DM seit Einführung der Pflegeversicherung erzielt hat. Der Landeshaushalt wird dadurch nicht entlastet.

Die Koalitionsfraktionen beantragen eine Erhöhung der Mittel für die komplementären ambulanten Dienste von 3 Millionen DM und im VE-Bereich um 1 Million DM. Ich persönlich halte das für schwierig und sehe das mit gemischten Gefühlen, weil ich glaube, daß es in Richtung Kommunen gehen muß. Im kommenden Jahr bei der nächsten Haushaltsberatung werden wir uns bei dieser Schwierigkeit wiedersehen. Wir müssen den Kommunen weiterhin deutlich machen: Trotz der Erhöhung dieses Ansatzes besteht hier eine

erhöhte kommunale Verantwortung. Das Land hat in diesen Bereichen nicht die letzte Verantwortung. (C)

Meine Damen und Herren, der Abschlußbericht der Enquete-Kommission "Zukunft der Erwerbsarbeit" beschreibt den arbeitsmarktpolitischen Handlungsbedarf wie folgt:

"Auch wenn sich Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt andeuten, werden diese jedoch keinesfalls ausreichen, um Arbeitsmarktprobleme in NRW zu lösen. Vielmehr ist die Zukunft der Erwerbsarbeit in NRW noch immer mit gravierenden Risiken verbunden, die einen dringenden politischen Handlungsbedarf signalisieren."

Ich unterstreiche das. Die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor besorgniserregend hoch. Das wollen wir auch von der SPD-Fraktion nicht kleinreden. Insbesondere die Langzeitarbeitslosigkeit ist mit 41 % allgemein zu hoch. Wir müssen Instrumentarien finden, um dagegen anzukämpfen.

Vor diesem Hintergrund ist es unverzichtbar, daß Arbeitsmarktpolitik weiterhin eine wichtige Säule in der NRW-Politik ist. Gut sind die Signale zu spüren, die das Landesarbeitsamt im Dezember ausgesendet hat. Hier möchte ich besonders die Berichterstattung vom Dezember mit Erlaubnis der Präsidentin zitieren: (D)

"Günstige Arbeitsmarktentwicklung im November. Arbeitslosigkeit ging noch einmal zurück. Jüngere über 10 % weniger als vor einem Jahr."

Jawohl, das sind Erfolge auch der nordrhein-westfälischen Arbeitsmarktpolitik.

Mit 794.000 Arbeitslosen ist die Marke von 800.000 Gott sei Dank zum zweiten Mal unterschritten worden. Auch die Arbeitsmarktbewegung bei der Jugendarbeitslosigkeit zeigt uns, daß das Sofortprogramm der Bundesregierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit greift, daß dieses Programm wichtig ist.

Das sagt unter anderem auch die IHK Duisburg, die im November schreibt:

"Weiterhin sind sich die Konsenspartner darin einig, daß durch das Sofortprogramm der Bundesregierung und die weiteren öffentlichen

(Horst Vöge [SPD])

(A) Förderungen in diesem Jahr positive Impulse auf dem Ausbildungsmarkt zu verzeichnen sind."

(Beifall bei der SPD)

Die IHK Duisburg als Wirtschaftspartner betont, daß dieses Programm gut ist. Auch wir sind überzeugt davon.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Glauben Sie sonst auch alles, was von der IHK an Beurteilung kommt?)

- Doch, die können es sehr gut beurteilen. Ich glaube ihnen einfach.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Da haben wir doch gute Zitate!)

Meine Damen und Herren, trotz dieser Erfolge bleibt der Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen schwierig. Wir sind darauf angewiesen, daß wir weitere Säulen der Arbeitsmarktpolitik, nämlich in der präventiven Arbeitsmarktpolitik, im Strukturwandel und in der Integration besonderer Zielgruppen als unsere Schwerpunkte halten. Hier nenne ich die Landesprogramme "Arbeit statt Sozialhilfe", aber auch besonders das Landesprogramm "Jugend in Arbeit".

(B) Hierzu gibt es eine bemerkenswerte Rede unseres ehemaligen CDU-Kollegen und des jetzigen Landrats Wilhelm Krömer, den wir aus dem Ausschuß schätzen. Er schreibt zum Landesprogramm "Jugend in Arbeit":

"Die Initiative 'Jugend in Arbeit' ist ein bemerkenswertes Angebot zum einen für langzeitarbeitslose Jugendliche, die individuell betreut und qualifiziert werden, um auf diese Weise der deprimierenden Langzeitarbeitslosigkeit zu entkommen."

Recht hat er!

(Beifall bei der SPD)

Er schreibt weiter:

"Ich wünsche mir, daß alle hier Anwesenden"

- es war eine Veranstaltung -

"in diesem Sinne Werbung für das Programm machen."

Jawohl! Ich glaube, Landrat Krömer, vormaliger Kollege, weiß wovon er spricht; er gehörte diesem Ausschuß an.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Die nächste Bürgerinitiative wird zur Wiederwahl vom Kollegen Vöge durchgeführt!)

Höchstwahrscheinlich muß man erst ein Stückchen räumlich von Ihnen entfernt sein, um die Realität in unserem Lande zu erkennen und zu sehen, daß wir gute Arbeitsmarktprogramme stricken und besitzen.

Zum Abschluß stelle ich für die SPD-Fraktion fest: Der vorliegende Haushalt 2000 einschließlich der Ergänzung ist am Beispiel des Einzelplans 15 ein Beleg dafür, daß die Schaffung von Arbeitsplätzen mit einer intelligenten und aktiven Arbeitsmarktpolitik in NRW weiterhin eine ebenso hohe Priorität genießt wie die soziale Gestaltung unseres Lebens in Nordrhein-Westfalen. - Danke sehr.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Kollege Kreutz das Wort.

Daniel Kreutz (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Traditionell hat Arbeitsmarktpolitik "made in NRW" einen guten Ruf in Deutschland. Manches von dem, was hier früher von Sozialdemokraten auf den Weg gebracht wurde, war beispielgebend - auch und gerade hinsichtlich der sozialen Verantwortung des Staates gegenüber denen, die von längerfristiger und dauerhafter Ausgrenzung aus der Erwerbsgesellschaft bedroht sind.

(Zuruf von der CDU: Das ist lange her!)

Wir GRÜNEN wollten diesen Traditionsstrang zeitgemäß weiterentwickeln. In diesem Kontext stand und steht auch unsere Unterstützung für den Ansatz der sozialen Wirtschaftsbetriebe, dessen Ziel es ist, für Langzeiterwerbslose und andere arbeitsmarktpolitische Zielgruppen zusätzliche reguläre und dauerhafte Arbeitsplätze zu schaffen. Mit der CDU, deren Arbeitsmarktpolitik aus 16 Jahren Kohl hinlänglich bekannt und berüchtigt ist und

(C)

(D)

(Daniel Kreutz [GRÜNE])

- (A) die auch die sozialen Wirtschaftsbetriebe unter Mißachtung bestehender förderrechtlicher Verpflichtungen zum wiederholten Male ausradieren wollte, gibt es in der Arbeitsmarktpolitik in diesem Sinne keine sinnvolle Gesprächsgrundlage.

Zur Haushaltsberatung paßt die Botschaft einer aktuellen Vorlage des Arbeitsministeriums, die soziale Wirtschaftsbetriebe nicht nur als arbeitsmarktpolitisch erfolgreich bewertet, sondern auch auf eine gesamtfiskalische Nettoentlastung von 9 Millionen DM pro Jahr hinweist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nach Abzug aller Kosten kriegen die öffentlichen Hände insgesamt sozusagen noch Geld heraus. Allerdings profitiert davon weniger das Land, sondern hauptsächlich der Bund. Um so mehr drängt sich die Frage auf, ob das nicht ein Mosaikstein für eine soziale Alternative zur aktuellen Streich- und Kürzorgie der Bundesregierung zu Lasten Erwerbsloser gewesen wäre. Das Handling der sozialen Wirtschaftsbetriebe durch die Landesregierung weist allerdings auf eine Strategie des "containment and roll back" hin.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Wow!)

- (B) Niedersachsen mit weniger als der Hälfte der Einwohner von Nordrhein-Westfalen hatte schon 1994 in seinem ähnlich orientierten Programm ein Vielfaches an Beschäftigten gegenüber Nordrhein-Westfalen heute.

Bei uns war anfangs ein Volumen von 125 Millionen DM für fünf Jahre verabredet. Real umgesetzt wurde bisher weniger als ein Fünftel. Für das nächste Jahr werden die Mittel auf die Hälfte zusammengestrichen: Mehr brauche man nicht, weil es zu wenig Anträge gebe, und Anträge einwerben könne man nicht, weil dafür kein Geld da sei. - Man setzt das Programm zwar um, aber so klammheimlich und so kleingekocht, daß es keine Ausstrahlung entwickeln kann.

Statt dessen rauschen Pseudoinnovationen wie "fördern und fordern", Kombilöhne und Niedriglohnsektoren durch den Blätterwald. Dabei bekommt der arbeitsmarktpolitische Sprecher der GRÜNEN ein paar Probleme recht grundsätzlicher Art.

(Zuruf von der CDU: Das glaube ich!)

Da für eine analytische Darstellung im einzelnen die Zeit fehlt, beschränke ich mich auf folgende verallgemeinernde Feststellungen:

Die wesentliche Bewegung, die in dieser Wahlperiode in der Arbeitsmarktpolitik des Landes stattgefunden hat, ist deren schrittweise Entfremdung von sozialer Verantwortung zugunsten einer Neuorientierung, die Arbeitsmarktpolitik als Dienstleistung für die Wirtschaft versteht. Böse Zungen unken schon, daß die Zuständigkeit bei einer nächsten Regierungsumbildung dem Wirtschaftsminister zugeschlagen werden könnte.

Es ist eben kein Zufall, daß im Haushaltsentwurf unter den Zielen der neuen EU-Programmphase die Maßnahmen gegen soziale Ausgrenzung und zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit nicht auftauchen und jetzt durch Änderungsantrag nachgetragen werden müssen. Schon das Benachteiligtenprogramm "HORIZON" hat die Landesregierung aus Sicht gutunterrichteter Fachkreise nur widerstrebend akzeptiert. Es ist auch kein Zufall, daß es Erwägungen gegeben hat, bei "Arbeit statt Sozialhilfe" untertarifliche Beschäftigung stattfinden zu lassen.

Die konzeptionelle Veränderung, die dann Anfang des Jahres stattgefunden hat, weist trotz positiver Detailspekte in eine problematische Richtung. Die Konsensstrategie mit den Arbeitgebern stärkt die Einflußnahme derer, deren Shareholder-Value-Kapitalismus die Arbeitsmarktkrise eher vertieft, während betroffenenorientierte Fachlichkeit an Bedeutung verliert.

"Vermittlungsorientierung" heißt das Schlagwort, demzufolge der Erfolg von Arbeitsmarktpolitik zunehmend an der Übergangsquote in privatwirtschaftliche Beschäftigung zu messen ist. Um so mehr drohen diejenigen auf der Strecke zu bleiben, deren besonderer Hilfebedarf dem schnellen Vermittlungserfolg widersteht. Für die ist in Anknüpfung an Innovationsideen von Arbeitgebervertretern Pflichtarbeit bei Strafe des Entzugs der Existenzgrundlage vorgesehen - womöglich im auszuweitenden Niedriglohnbereich, wo das Leben auch mit Vollzeitarbeit nicht bezahlbar ist.

So bekämpft man eher die Erwerbslosen als die Erwerbslosigkeit. Unter denen im Lande, die solche Wahrnehmungen haben, dürfte übrigens die SPD die absolute Mehrheit haben.

Man verkauft diesen Kurs als "Pragmatismus ohne Ideologie". Richtig ist das Gegenteil: Hier regiert jene Ideologie des dritten Wegs zur Angebotspolitik der neuen Mitte, zum sogenannten aktivierenden Sozialstaat, der sogenannten zwei-

(C)

(D)

(Daniel Kreutz [GRÜNE])

(A) ten Chance, die vom Chefideologen Hombach für Deutschland adaptiert wurde.

(Angelika Gemkow [CDU]: Hört! Hört!)

Pragmatismus hätte sich an empirischen Befunden zu orientieren. Die belegen längst, daß der arbeitsmarktpolitische Innovationskurs der Landesregierung zu allem möglichen führen mag, nur nicht zu einer zukunftsfähigen Erwerbsgesellschaft. Pragmatismus würde bedeuten, die Befunde über die beschäftigungspolitische Wirkung von Arbeitszeitverkürzung und gestärkter Massenkaukraft ernst zu nehmen, auch wenn die von den Arbeitgebern bezahlten Ideologiefabriken noch so lautstark die Erde zur Scheibe erklären.

Meine Damen und Herren, auch für die Verordnung von Pragmatikern und Ideologen gilt hier die Faustregel, daß eher das Gegenteil dessen richtig ist, was die herrschende Meinung vorspiegelt.

In der Sozialpolitik ist positiv hervorzuheben, daß die Landesregierung ein auf Initiative der GRÜNEN neu eingeführtes Programm angenommen und aktiv umgesetzt hat, das einer der schwächsten Gruppen unserer Bürgerschaft zugute kommt. Das Modellprogramm zur dauerhaften Wohnraumversorgung von Wohnungslosen zeigt, daß man auch mit vergleichsweise bescheidenen Mitteln die Dinge in vernünftige Bewegung bringen kann.

(B)

Wenn allerdings die jüngsten Alarmrufe von Mieterbundpräsidentin Fuchs wegen des wachsenden Mangels an bezahlbarem Wohnraum ohne die notwendigen politischen Antworten bleiben, wird auch dieses Programm auf die Funktion des Lazaretts im Krieg beschränkt bleiben. Sorge müssen das Handling bei der bisher erfolgreichen Wohnraumanpassungsberatung sowie die Zukunft der Förderung neuer Wohnformen für alte und pflegebedürftige Menschen bereiten.

Meine Damen und Herren, beim Thema "Pflege" war und ist es Ziel grüner Politik, die Weichen in Richtung eines Ausbaus tragfähiger Strukturen im Stadtteil zu stellen, die das eigenständige Wohnen und Leben sichern und Heimunterbringung Pflegebedürftiger vermeiden helfen. Das Landespflegegesetz sollte und wollte dieser Weichenstellung dienen. Bei der Tages- und Kurzzeitpflege aber klemmt die Weiche wegen kontraproduktiver Wirkungen der Pflegeversicherung.

Obwohl die Koalition 1995 feststellte, daß die damals 122.000 vollstationären Plätze genug

waren, hat ausgerechnet da massiver Zubau stattgefunden. Weit über 20.000 Heimplätze mehr bedeuten 10 % mehr alte Menschen im Heim. Das Landesinvestitionsprogramm diente damit eher dem Gegenteil des politisch Gewollten. Auch wenn dafür die Landesregierung nicht alleine verantwortlich ist - das will ich auch gar nicht behaupten -, bleibt das doch eine bedrückende Feststellung.

Bei den komplementären ambulanten Diensten waren nach drei Jahren kommunalen Sicherstellungsauftrages im Landespflegegesetz die verstärkte Flucht der Kommunen aus der Verantwortung zu verzeichnen. Ich bekenne: Meine Wertschätzung kommunaler Selbstverwaltung wurde dadurch nicht gesteigert.

Auf der anderen Seite wollte sich aber auch die Landesregierung schon einmal aus der Förderung abseilen, obwohl noch keiner weiß, wie der komplementäre Bereich gesichert werden kann. Wir erwarten, daß die mit unserem Änderungsantrag erreichte Bremsung des Rückzugs auch tatsächlich für eine umfassende Sicherung der komplementären Dienste und die Überleitung in kommunale Finanzierungssicherheit genutzt wird.

Insgesamt bleibt auch die Sozialpolitik nicht verschont von der neoliberalen Veränderung, die alle Bereiche unserer Gesellschaft durchpflügt. Selbst im Modellprogramm Sozialbüros, das zur besseren Bekämpfung der Armut beitragen sollte, dient mindestens ein Projekt eher der besseren Bekämpfung der Armen.

Initiativen der Landesregierung, die geeignet wären, zur Schließung der Kluft zwischen Rechtsnorm und Rechtswirklichkeit in der Sozialhilfe beizutragen, wurden nicht bekannt. Auch im neuen Armutsbericht der Landesregierung findet dieses Thema, das für das reale Leben von höchster Bedeutung wäre, nicht statt. Unter dem Druck der knappen Kassen, zu dessen Steigerung die Bundesregierung weiterhin beiträgt, richtet sich die Weiterentwicklung der Sozialhilfepraxis unverändert eher gegen die betroffenen Menschen. Der bevorstehende Modellversuch der Länder zur Pauschalierung der Leistungen droht diesen Trend weiter zu fördern.

Meine Damen und Herren, gegenüber dem, was heutzutage als Innovation und Modernisierung gilt, habe ich eine Neigung, mich als Konservativer zu bekennen. Gleichwohl bitte ich pflichtge-

(C)

(D)

(Daniel Kreutz [GRÜNE])

(A) maß um Zustimmung zur Beschlußempfehlung und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der Marianne Hürten [GRÜNE])

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die Landesregierung hat Ministerin Brusis das Wort.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Die hat es jetzt schwer. Wer solche Freunde hat! - Bodo Champignon [SPD]: Der hat sich doch zu euch bekannt!)

Ilse Brusis, Ministerin für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport: Frau Präsidentin! Meine Herren und Damen! Herr Arentz, als Sie hier vorhin gesprochen haben, habe ich mich an 16 Jahre Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung unter Helmut Kohl erinnert,

(Beifall bei der SPD)

die den Erfolg gebracht hat, daß die Arbeitslosenzahl von 2 Millionen auf über 4 Millionen gestiegen ist. Das war eine außerordentlich erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik!

(B) (Hermann-Josef Arentz [CDU]: Haben Sie schon einmal etwas von der Wiedervereinigung gehört?)

Bei Ihren Ausführungen hatte ich den Eindruck, daß aus Ihnen der blanke Neid spricht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dann kommen Sie immer mit Ihren Vergleichen mit anderen Ländern der Bundesrepublik an.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Das tut weh!)

- Nein, das tut überhaupt nicht weh.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Noch nicht einmal weh tut Ihnen das?)

Sie nehmen einfach nicht zur Kenntnis, daß Nordrhein-Westfalen das einzige Bundesland ist, das von den Problemen des Strukturwandels in dieser Weise betroffen ist.

(Beifall bei der SPD - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Wie lange regieren Sie in diesem Lande schon? 33 Jahre!)

- Herr Kollege Arentz, Ihnen müßte bekannt sein, daß wir es im nächsten Jahr erneut mit einem

Arbeitsplatzabbau im Steinkohlebergbau in Höhe von 12.000 Arbeitsplätzen zu tun haben werden. Das haben weder Bayern noch Baden-Württemberg.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Das erklärt alles!)

Jetzt will ich Ihnen sagen, wie sich die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen, in Bayern und in Baden-Württemberg in den letzten sieben, acht Jahren entwickelt hat: In Nordrhein-Westfalen ist die Arbeitslosigkeit seit 1992 um 46,9 % gestiegen, in Bayern um 71,5 % und in Baden-Württemberg um 75,9 %.

Dann will ich Ihnen auch noch ein paar Zahlen aus dem Bereich der Jugendarbeitslosigkeit nennen: In Nordrhein-Westfalen ist die Jugendarbeitslosigkeit im Sommer dieses Jahres erfreulicherweise um 5,3 % zurückgegangen, in Bayern ist sie um 19,9 % gestiegen,

(Bodo Champignon [SPD]: Interessant!)

in Baden-Württemberg um 18,8 %.

(Bodo Champignon [SPD]: Sehr interessant!)

Auch solche Zahlen sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen.

(D)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Frau Ministerin, darf ich Sie einmal unterbrechen. Kollege Arentz hat eine Zwischenfrage.

Ilse Brusis, Ministerin für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport: Vielen Dank. Herr Kollege Arentz, ich möchte jetzt lieber im Zusammenhang vortragen, weil ich nämlich den Eindruck habe, daß Sie noch ein bißchen Nachhilfe benötigen.

(Beifall bei der SPD)

Es tut mir leid, daß ich das hier so deutlich sagen muß, aber was Sie hier über "Jugend in Arbeit" gesagt haben - Herr Arentz, da können Sie noch so laut schreien -, zeugt schlicht und einfach davon, daß Sie keine Ahnung von diesem Programm haben.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben sich nicht einmal die Mühe gemacht, sich in dieses Programm einzuarbeiten, obwohl

(Ministerin Ilse Brusis)

(A) wir im Ausschuß häufig darüber gesprochen haben.

Sie haben hier etwas erzählt von einem Bundesprogramm, das dazu geführt hätte, daß die Jugendarbeitslosigkeit im Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit um 40 % zurückgegangen sei. Das habe ich nie behauptet.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Das haben Sie behauptet!)

- Ich habe behauptet, daß die Jugendarbeitslosigkeit im Bereich der Langzeitarbeitslosen um über 40 % zurückgegangen ist.

(Beifall bei der SPD)

Darauf sind wir stolz, darüber sind wir froh, aber das hat mit dem Bundesprogramm überhaupt nichts zu tun. Herr Kollege Arentz, das habe ich Ihnen im Ausschuß mehrfach erzählt. Das haben Sie hier durcheinandergebracht. Das Bundesprogramm setzen wir in Nordrhein-Westfalen überhaupt nicht zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit ein. Im Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit arbeiten wir nur mit dem Programm "Jugend in Arbeit".

(B) Sie sagen, bis zum Beginn der Haushaltsberatungen im Ausschuß hätten nur etwa 1.200 Jugendliche das Programm "Jugend in Arbeit" angenommen. Auch da sind Sie völlig auf dem Holzweg! Auch da haben Sie sich nicht einmal die Mühe gemacht, im Ausschuß zuzuhören oder die Papiere zu lesen. Angenommen haben das Programm "Jugend in Arbeit" etwa 9.000 Jugendliche. Allerdings können wir nicht jeden langzeitarbeitslosen Jugendlichen sofort in einen Betrieb vermitteln. Viele dieser Jugendlichen müssen vielmehr erst einmal sorgfältig auf die Aufnahme von Arbeit im Betrieb vorbereitet werden. Deshalb sind im Augenblick 6.000 in der Vorbereitung, und 2.200 haben wir inzwischen in einen betrieblichen Arbeitsplatz vermittelt. Das ist der Erfolg des Programms "Jugend in Arbeit".

(Beifall bei der SPD)

Dank dieses Programms ist die Jugendarbeitslosigkeit im Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit um über 40 % zurückgegangen. Das ist außerordentlich erfreulich.

Herr Kollege Kreutz, auch Ihnen gegenüber muß ich ein paar Bemerkungen zur Arbeitsmarktpolitik machen. Wenn Sie hier sagen, die Arbeitsmarktpolitik des Landes nehme nur noch Rücksicht auf

die Interessen der Arbeitgeber, und alles, was da diskutiert werde im Bereich des Niedriglohnssektors, der Niedrigqualifizierten, diene nur den Interessen der Arbeitgeber und der Betriebe, dann muß ich Ihnen dagegen sagen: Die Vertreter der Arbeitgeber waren es, die zunächst im Bündnis für Arbeit diese Modellversuche abgelehnt haben. Die Gewerkschaften haben ihnen zugestimmt! Die Gewerkschaften haben gesagt: Wir wollen diese Modellversuche.

Gott sei Dank können wir seit gestern abend sagen: Wir befinden uns wieder im Konsens mit allen Beteiligten im Bündnis für Arbeit, was diese Versuche im Bereich des Niedriglohnssektors angeht. Sie wissen genau, daß wir nur Versuche machen, die sich im bestehenden Tarifvertragssystem bewegen, und keine anderen. Ich denke, das sollten Sie auch zur Kenntnis nehmen.

Herr Kollege Kreutz, natürlich wird in der derzeitigen Situation auf dem Arbeitsmarkt der zweite Arbeitsmarkt nach wie vor eine wichtige Rolle in der Arbeitsmarktpolitik spielen. Wir kommen ohne den zweiten Arbeitsmarkt gar nicht aus. Aber wenn Sie unsere stärkere Orientierung auch auf den ersten Arbeitsmarkt hier als ein Nachgeben gegenüber den Interessen der Arbeitgeber kennzeichnen, muß ich Ihnen dazu sagen: Das ist es nicht. Ich bin froh über jeden Arbeitslosen, den wir über den zweiten Arbeitsmarkt in den ersten vermitteln können, damit er dort wieder dauerhaft Fuß faßt.

(Beifall bei der SPD)

Denn der zweite Arbeitsmarkt ist nichts, wo man dauerhaft Fuß fassen kann. Wir müssen die Leute wieder in den ersten Arbeitsmarkt bringen. Das muß unser Ziel sein. Dazu dient uns auch der zweite Arbeitsmarkt.

Ich muß nun meine Rede sehr stark kürzen, weil ich hier auf die Argumente der Vertreter der CDU-Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingegangen bin.

Ich will Ihnen nur sagen: Die Arbeitsmarktmittel, die im Haushaltsplanentwurf des Jahres 2000 vorgesehen sind, werden uns die Möglichkeit geben, die bewährte Arbeitsmarktpolitik des Landes fortzusetzen. Dazu werden wir Programme weiterführen, die insbesondere drei Zielsetzungen dienen:

Erstens. Wir werden den Strukturwandel, der sich nach wie vor in unserem Lande vollzieht und der

(C)

(D)

(Ministerin Ilse Brusis)

(A) uns auch im Jahr 2000 wieder vor große Herausforderungen stellt, weiterhin mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen begleiten. Wir sind im Augenblick im intensiven Gespräch mit der deutschen Steinkohle, um die dort vom Arbeitsplatzverlust bedrohten Bergleute aufzufangen und sie in andere Bereiche unseres Arbeitsmarktes zu vermitteln.

Zweitens. Wir werden weiterhin ganz intensiv dafür sorgen, daß insbesondere die kleinen und mittleren Betriebe in unserem Land in der Lage sind, Innovationsprozesse durchzuführen, sich wettbewerbsfähiger zu machen, widerstandsfähiger gegenüber dem globalen Wettbewerb zu werden, von dem auch kleine und mittlere Betriebe in unserem Lande betroffen und bedroht sind. Wir tun dies mit der arbeitsorientierten Arbeitsmarktpolitik. Das heißt, wir setzen auf das Potential der Menschen in den Betrieben. Mit ihnen führen wir die Innovationen und die Neuorganisation und den technischen Wandel in diesen Betrieben durch.

Drittens. Wir wenden uns ganz intensiv den Personengruppen zu, die besondere Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt haben. Das sind die Behinderten, die Frauen nach der Familienphase, Langzeitarbeitslose und schlecht qualifizierte Menschen. All denen müssen wir eine Chance geben. Für sie versuchen wir, angemessene Arbeitsmarktprogramme durchzuführen.

(B)

Ich bin froh, Ihnen sagen zu können, daß wir wohl auch in der nächsten Phase der EU-Programme in etwa die gleichen Mittel zur Verfügung haben werden wie in der hinter uns liegenden Phase. Wir sind im Jahre 2000 in einer Umbruchsituation, wo die alten Programme auslaufen und wir mit den neuen beginnen. Ich denke, das, was wir dort bisher getan haben, hat sich bewährt. Wir werden versuchen, es in dieser Weise fortzuführen.

Trotz der notwendigen Maßnahmen zur Konsolidierung des Landeshaushalts wird es gelingen, die Landesleistungen für soziale Maßnahmen auch im kommenden Haushaltsjahr auf hohem Niveau zu halten. Die Landesregierung wird auch im kommenden Jahr im Bereich der Pflegepolitik einschließlich der Verpflichtungsermächtigungen ungefähr 150 Millionen DM zur Verfügung stellen. Der größte Teil der Mittel ist vorgesehen für die Weiterfinanzierung von Projekten der Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege und vollstationärer Pflegeeinrichtungen.

Wir werden auch wieder Mittel für die ambulanten Dienste zur Verfügung stellen. Aber ich mache noch einmal darauf aufmerksam, daß in diesem Bereich - auch im Bereich der Pflegeeinrichtungen - die Kommunen nun stärker ihren Aufgaben, die sie nach Landespflegegesetz haben, nachkommen müssen.

(C)

Wir haben hier drei Jahre lang eine Übergangsfinanzierung vorgenommen. Das kann auf Dauer so nicht weitergeführt werden. Die Kommunen müssen in diese Aufgaben stärker mit eintreten. Und die Evaluation des Landespflegegesetzes, die jetzt vorliegt, zeigt ja auch, daß die Kommunen durch Einführung der Pflegeversicherung erhebliche Einsparungen haben erzielen können, so daß sie auch in der Lage sind, diese Aufgaben finanziell zu übernehmen.

Ich will noch etwas zur Beschäftigung von Behinderten in der Landesregierung sagen, weil Sie es angesprochen haben, Herr Kollege Arentz. - Im Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport haben wir eine Quote von 9 % Behinderter, in der Landesregierung insgesamt von 5 %. Das heißt: Mit der Quote der Landesregierung liegen wir unter der geforderten Quote. Aber ich bitte auch zu bedenken, daß wir einen großen Personalbereich haben, nämlich den der Polizei, in dem man keine Behinderten beschäftigen kann.

(D)

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: In der Schreibstube!)

Das ist für das Erreichen der Quote natürlich hinderlich. Wir bemühen uns aber. So haben wir bei der Besetzung von Stellen in der Landesregierung einige Maßnahmen getroffen, mit denen wir gezielt versuchen, Behinderte verstärkt einzusetzen. Ich denke, daß diese Maßnahmen auch greifen werden.

Meine Herren und Damen, zum Abschluß! Ich denke, auch in finanziell schwieriger Zeit bleibt unsere Politik handlungs- und gestaltungsfähig. Wir sichern die Arbeitsplätze von morgen. Wir unterstützen zukunftsfähige Unternehmen, flankieren soziale Risiken, tragen dazu bei, den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft nicht brüchig werden zu lassen. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen wissen das, und sie können sich auch zukünftig auf uns verlassen.

(Beifall bei der SPD)

(A) **Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Gibt es zu dem Bereich Arbeit und Soziales noch weiteren Debattebedarf? - Das ist nicht der Fall.

Dann rufe ich jetzt den nächsten Bereich auf:

b) Migration

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Zylajew das Wort. Bitte schön!

Willi Zylajew (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der Migrationspolitik hat es im laufenden Jahr nichts Neues gegeben. Dies entspricht dem Wollen der Mehrheit, es wird auch im kommenden Jahr nichts Neues geben.

Damit setzt die rot-grüne Regierung ihre bisherige Arbeitsweise in diesem Aufgabenfeld fort. Das Arbeitsmotto lautet: Leerlauf mit höchster Drehzahl. Es entsteht viel Lärm, eine große Menge Treibstoff wird verbraucht, etliche Leute verdienen ganz gut, aber Bewegung gibt es nicht, nur Leerlaufumdrehungen. Ihr Tun ist alles andere als hilfreich; ich meine, es ist sogar schon gefährlich, weil es Aktivitäten vorgaukelt, die aber in der Sache zu nichts führen.

(B) Die rot-grüne Regierung sieht in unserer Gesellschaft feste Strukturen der Diskriminierung von Zuwanderern, will mit erheblichem finanziellem Aufwand ein feindliches Gegeneinander von eingewanderten und zugewanderten Bevölkerung erforschen und belegen. Dies ist nach unserer Auffassung ein untauglicher Versuch zur Beseitigung von objektiv vorhandenen Problemen.

Die Probleme liegen auf der Hand. Kein anderer Staat in Europa hat in den vergangenen 40 Jahren eine vergleichbare Zuwanderung erlebt wie die Bundesrepublik Deutschland - selbst die Kolonialstaaten Niederlande, Frankreich und Großbritannien nicht -: von den Ungarn-Flüchtlingen 1956 über die Gastarbeiter in den 60er Jahren, die Aussiedler und Flüchtlinge in den 70er Jahren bis zu den jüdischen Zuwanderungskontingenten der 90er Jahre ein anhaltender Zustrom. Aus unterschiedlichen Gründen kamen und kommen Menschen aus Südeuropa und aus Sibirien, aus Vietnam und Chile, vom Balkan, aus Zentralafrika, von den Philippinen und aus Kasachstan nach Deutschland.

Wir meinen, die Deutschen haben eine respektable Integrationsleistung erbracht, die Zuwanderinnen und Zuwanderer auch. Überwiegend gibt

es ein gutes Miteinander. Dies erlebt man millionenfach in der ganzen Republik. Wir sollten dies feststellen und deutlich hervorheben. In unserem Land erhalten Zuwanderer und ihre Kinder selbstverständliche Integrationshilfen in Kindergärten und Schulen, in der Nachbarschaft und am Arbeitsplatz. Migranten werden in Krankenhäusern und Behörden so gut oder so schlecht behandelt wie die angestammte Bevölkerung auch. Schauen wir uns in der Welt um, haben wir keinen besonderen Grund, uns zu schämen.

Es gibt natürlich Fremdenfeindlichkeit auch in unserem Land. Diese teilweise vorhandene Angst vor Fremden, die Ablehnung von Menschen mit anderer Herkunft, anderer Hautfarbe, Kultur oder Lebensweise gehört offensichtlich zur Natur zahlreicher Mitmenschen - genauso wie Neid, Mißgunst, mangelnde Solidarität und Streitsucht. Ich betone: Die Fremdenfeindlichkeit ist kein Phänomen der Deutschen, ist eine Plage bei Teilen aller Völker, Rassen und Religionen.

Die vorhandene Ablehnung von Fremden muß man verändern. Wir müssen Ängste und Vorurteile abbauen, ein gutes Miteinander fördern. Geben wir doch den Menschen eine Chance, ein noch besseres Miteinander zu erleben, direkt vor Ort, von Mensch zu Mensch, in Schulen und Kindergärten, in Nachbarschaften, in Vereinen, bei der Berufsausbildung und am Arbeitsplatz.

Statt dies zu fördern, haben Sie von der Koalition Tausende von Arbeitsplätzen in den Kindergärten des Landes vernichtet.

(Vera Dedanwala [SPD]: Das ist gar nicht wahr!)

Sie haben Tausende von Ausbildungsplätzen vernichtet. Sie haben Ausbildungsplätze in der Landesverwaltung planmäßig abgebaut, Frau Kollegin Dedanwala. Dort, wo z. B. das Interesse von Aussiedlerinnen und Aussiedlern, von anderen Migranten besonders groß ist, eine Ausbildung anzustreben, nämlich im Bereich der Altenpflege, haben Sie Stellen demontiert, planmäßig demontiert, und dies tun Sie weiter. Sie enthalten den Schulen die notwendigen Lehrkräfte vor. Jede, aber auch jede dieser Maßnahmen ist migrantenfeindlich, genauso wie die Kürzung von Mitteln für die Internatseinrichtungen zur Förderung von Aussiedlern und Aussiedlerinnen: Hier scheitert eine sachgerechte und sinnvolle Förderung - Sie haben dies durch die Zuschrift Ihres Kollegen Neu noch einmal belegt bekommen - an 60.000 DM.

(C)

(D)

(Willi Zylajew [CDU])

- (A) Sie stellen aber erhebliche Mittel für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben sowie für Landesprojekte und andere Tätigkeiten im Forschungsbereich bereit. Dies lehnen wir ab.

Auf der einen Seite entziehen Sie den Bereichen, in denen Integration und das gute Miteinander von Mitbürgern besonders gefördert werden, die notwendigen Finanzmittel. Auf der anderen Seite betreiben Sie Finanzsponsoring für Gutachter und selbsternannte Defizitsucher. Die Projekte, die Sie fördern, werden uns in der Sache nicht weiterhelfen. Die Regelförderungen für das Landeszentrum für Zuwanderung, das Zentrum für Türkei-Studien und ähnliche reichen aus.

Es ist schon bemerkenswert, was wir im Ausschuß als besondere Beispiele der Diskriminierung vorgelegt bekamen. Im ersten Fall handelte es sich um eine simple Beziehungsproblematik zwischen Partnern und ihren Familien. Im zweiten Fall ging es um die Festlegung eines Behinderungsgrades durch ein Versorgungsamt ohne persönliche Begutachtung durch den Amtsarzt; es erfolgte eine Begutachtung nach Aktenlage. Das ist ein leider übliches Standardverfahren - ob bei Eingesessenen oder Zuwanderern. Wenn dies ein Beispiel für Diskriminierung ist, verstehe ich die Welt nicht mehr.

- (B) Von Darstellungen dieser Art profitieren weder die Zuwanderer noch die angestammte Bevölkerung. Hiervon profitieren letztlich nur gut organisierte Kader der selbsternannten Zuwanderungsfunktionäre. Diese Leute leben davon, Integrationsdefizite zu erklären bzw. Vorwürfe an die aufnehmende Gesellschaft zu artikulieren.

Ich betone noch einmal: Es gibt auch in unserer Gesellschaft Fremdenfeindlichkeit. Wir müssen diese erkennen und ihr entgegenwirken. Entgegenwirken aber wirklich wirksam, und nicht mit plattem Eindreschen und pseudowissenschaftlichen Attacken!

Das bessere Miteinander von Zuwanderern und der Stammbevölkerung sollte weiter dort gefördert werden - ich betone noch einmal: das Miteinander, nicht das Nebeneinander -, wo es in den Dörfern und Stadtteilen bislang schon recht gut funktioniert. Jeder Ghettoisierung sollten wir entgegenwirken. Sprachkompetenz der Zuwanderer müssen wir fördern und ihnen abverlangen. Die Chancen einer besseren Entwicklung in Deutsch-

land mit den Zuwanderern und durch die Zuwanderer wollen wir deutlich hervorheben. Hierzu bietet die Politik der Landesregierung nur ungenügende Ansätze. (C)

Sie setzen auf die Kaderfinanzierung. Dabei müssen sie sich über das Gewicht dieser Kader selbst ein Bild machen; ich denke hier nur an die 14 % Wahlbeteiligung bei der Wahl der Ausländerbeiräte. Wir denken an die Position der Essener Institutsvertreter in der Öffentlichkeit, und wir meinen, daß die Solinger Evaluationsexperten selbst einmal evaluiert werden müßten.

Wir setzen auf die Integrationsleistung in unseren Dörfern und Städten. Wir wollen ein gedeihliches Miteinander in Kindergärten, Schulen und Horten fördern. Wir möchten die Lebenschancen aller Menschen in ihren Wohnquartieren verbessern.

Sie setzen auf die Kader. Wir setzen auf die Menschen. Die Kaderfinanzierung haben Sie in einem Maße überzogen, das nicht mehr vertretbar ist. Wir möchten statt dessen für Kindergärten und Schulen mehr Mittel bereitstellen. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

(D) **Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Für die SPD-Fraktion hat Kollegin Rothstein das Wort.

Erika Rothstein (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Zylajew, es ist schon verwunderlich, daß Sie aus Ihrer Sicht das Wort Kader in den Mund nehmen. Das erstaunt mich doch sehr.

(Willi Zylajew [CDU]: Warum?)

- Herr Zylajew, ich bitte um Entschuldigung. Ich habe mich sehr bemüht, Ihnen zuzuhören, aber es ist mir leider nicht gelungen festzustellen, was Sie uns eigentlich sagen wollten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie haben zu Beginn ein Bild unseres Landes - bezogen auf Migranten und Migrantinnen, die hier leben - gezeichnet, das man nur als fernab jeglicher Realität bezeichnen kann.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Willi Zylajew [CDU]: Das sehen Sie so!)

(Erika Rothstein [SPD])

(A) Es ist nicht so, daß die Menschen nur nett miteinander umgehen und daß nirgendwo etwas passiert.

(Antonius Rüsenberg [CDU]: Aber hier im Landtag geht man nett miteinander um!)

Abgesehen von den großen Fällen, die hier passiert sind, die wir tief bedauert haben und die tiefe Einschnitte hinterlassen haben, gibt es die täglichen Diskriminierungen, und zwar überall.

(Antonius Rüsenberg [CDU]: Hier auch!)

Sie selbst müßten es eigentlich auch wissen. Ich muß allerdings annehmen, daß nicht nur Sie, sondern auch Ihre Kollegen von der CDU, sich in Kreisen bewegen, die überhaupt nicht mit anderen Menschen zusammenkommen.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Das ist Ihr Wunschbild!)

Sie sind wohl nicht bereit, andere Meinungen aufzunehmen, zuzuhören, auf die Menschen zuzugehen und zu gucken, was da eigentlich Sache ist.

Ich möchte aber - wenn ich mich richtig erinnere, haben Sie es nicht getan - erst einmal ein paar Worte zum Etat sagen: Wir haben zum ersten Mal seit langer Zeit - was heißt "seit langer Zeit", wir haben den Ausschuß erst seit 1995 - in diesem Migrationsetat alle Anliegen berücksichtigt, die wir uns vorgenommen haben.

(B)

Wir haben zwar nicht mehr Geld bekommen können, aber wir haben die gleichen Ansätze wie bisher und keine Kürzungen in irgendeinem Bereich der Migration. Wir haben dadurch die Projekte, die uns wichtig waren und auch in Zukunft wichtig sind, weiter unterstützen können. Ich will da nur einige herausgreifen:

Das sind einmal die regionalen Arbeitsstellen. Sie wissen, es gibt - so glaube ich - inzwischen 27 im Land, und die nächsten sind finanziell abgesichert. Was da an guter Arbeit für die Menschen geleistet wird, will - so hoffe ich - niemand von Ihnen in Abrede stellen.

Nun komme ich zu einem Punkt, der uns sehr wichtig ist. Das ist das Landeszentrum für Zuwanderung in Solingen. Dieses Landeszentrum hat inzwischen seine volle Personalstärke erreicht. Es leistet hervorragende Arbeit. Wenn ich mich recht erinnere, wurde in der letzten Aus-

(C) schußsitzung gerade von Herrn Zylajew die gute Arbeit des Landeszentrums noch einmal gelobt.

(Zuruf des Willi Zylajew [CDU])

- Ja, das war auch sehr schön. Das Landeszentrum ist, wenn man sich in der Bundesrepublik umhört, zu einem Aushängeschild für Nordrhein-Westfalen und zu einem Aushängeschild für Solingen, auf das wir in der Stadt auch sehr stolz sind, geworden.

Ich komme jetzt zu Ihren Anträgen, die Sie im Ausschuß gestellt haben.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Die sind für mich ganz schlecht!)

Sie haben bei der Titelgruppe 61 - hier geht es um die Zuschüsse für kulturelle und ähnliche Einrichtungen - eine Erhöhung um 410.000 DM beantragt. Es geht hierbei um die kulturelle Breitenarbeit im Bereich der Vertriebenen und Flüchtlinge. Was man deutlich machen muß, es sind nicht etwa 410.000 DM, die hier als Einzelposition eingestellt werden sollen; nein, wir haben hier bereits einen Betrag von 3,59 Millionen DM im Etat. Wir sind der Überzeugung, daß dieser Betrag auch für die Arbeit, die in diesem Bereich geleistet werden muß, völlig ausreichend ist.

(D)

(Beifall bei der SPD - Rüdiger Goldmann [CDU]: Nein!)

- Das mögen Sie anders sehen, Herr Goldmann, es sei Ihnen gestattet. Ich denke, gerade in diesem Bereich leistet das Land Nordrhein-Westfalen hervorragende Arbeit. Sie haben sich selbst Unna-Massen angesehen, und Sie wissen, daß nirgendwo in der Bundesrepublik mit soviel Einsatz die Menschen betreut werden. Das sollte Ihnen auch einmal ein positives Wort wert sein. Wir lehnen diesen Antrag selbstverständlich ab.

Was ich von mir aus schon fast als perfide betrachtet habe, ist, wenn Sie zwei Anträge einbringen, und zwar, 800.000 DM abzusetzen im Bereich Kosten für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben, und 1,2 Millionen DM bei der Förderung von Maßnahmen und Initiativen gegen Rassismus.

Sie, Herr Zylajew, haben vorhin in Ihrer Rede als negativ dargestellt, was hier an Antidiskriminierungsarbeit geleistet werden muß. Ich denke, wir haben das im Ausschuß eingehend besprochen.

(Erika Rothstein [SPD])

(A) Selbstverständlich haben die Menschen, die diese Untersuchungen gemacht haben, mit Menschen gesprochen, die sich diskriminiert gefühlt haben. Wenn sich dann in Einzelfällen herausstellt, daß es eine Geschichte ist, die einem Deutschen genauso wie einem Nicht-Deutschen passiert, dann ist es trotzdem noch aus der Sicht des Betroffenen eine Diskriminierung. Das können Sie nicht in Abrede stellen. Ich denke, es ist äußerst wichtig, solche Arbeiten weiterzuführen.

Ich erinnere an unsere Debatte über die Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf, bei der Sie meinten und zu Recht gesagt haben: Es gibt natürlich jede Menge Stadtteile, wo es keine Schwierigkeiten gibt. Aber wir haben nun einmal Stadtteile, in denen es Schwierigkeiten gibt. Hier hat das Land Nordrhein-Westfalen Ungeheures geleistet, um die Menschen dort zusammenzubringen, zumindest so weit zu bringen, daß man miteinander überlegt, wie man Schwierigkeiten ausräumen kann. Wenn wir das alles aus dem Etat herausstreichen, sind diese Arbeiten nicht mehr möglich. Denken Sie an die Projekte in Schulen, Jugendeinrichtungen, bei der Caritas, bei der Volkshochschule oder wo auch immer. Wenn es vor Ort irgendwelche besonderen Maßnahmen erforderlich macht, daß man etwas tun muß, haben wir das Geld zur Unterstützung im Etat.

(B) Ich denke, Sie sollten sehr eingehend, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, Ihr Verhältnis zu der ganzen Migrationsangelegenheit überdenken. Man kann nicht so damit umgehen, wie Sie das tun. Man muß mit den Menschen sprechen, man muß nach ihren Bedürfnissen fragen. Wir haben die Menschen hier. Auch wenn Sie sagen, das war eine verfehlte Politik - wir haben die Situation.

(Willi Zylajew [CDU]: Trojanisches Pferd!)

Es ist unsere Pflicht und Schuldigkeit, uns damit auseinanderzusetzen. Herr Zylajew, ich habe vielleicht nicht ganz so zugehört, wie Sie es gesagt haben.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Zylajew möchte eine Zwischenfrage stellen. - Bitte schön!

Willi Zylajew (CDU): Ich darf für das Protokoll nachfragen: Wo habe ich gesagt, daß es eine ver-

fehlte Politik ist oder es sonst eine Beschwerde gibt? (C)

(Zurufe)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Es redet Frau Rothstein.

Erika Rothstein (SPD): Sie haben zum Beispiel im Ausschuß davon gesprochen, daß die SPD-Politik in bezug auf den Wohnungsbau völlig verkehrt gewesen sei, weil sie dadurch, daß sie die Bindungen an Sozialwohnungen eingeführt hat, was Sie als CDU niemals gemacht hätten, erreicht habe, daß es in den großen Siedlungen nun sehr unterschiedliche Menschen gibt und dadurch die Probleme entstanden sind. Es läßt sich im Protokoll nachlesen, daß Sie das gesagt haben. Ich kann mich gut erinnern, daß Frau Ministerin Bruns Ihnen darauf eine recht herbe Antwort gegeben hat, die ich jetzt im Wortlaut leider nicht im Gedächtnis präsent habe. Das war ein Punkt, an dem Sie der SPD eine verfehlte Politik vorgeworfen haben, die jetzt Schuld daran sei, daß wir Schwierigkeiten mit Menschen haben, die wir integrieren wollen.

(Zuruf von der CDU) (D)

Ich denke, wir sind aufgrund dessen, was wir alles im Land Nordrhein-Westfalen machen, auf einem guten Weg in Richtung Migration. Ich denke, Sie sollten sich dem allmählich anschließen und das mit uns allen gemeinsam machen. Es wäre sicherlich für die Menschen, die bei uns leben, sehr hilfreich. - Schönen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Kollege Karsli das Wort.

Jamal Karsli (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Herr Zylajew, ich habe von Ihnen erwartet, daß Sie eine weniger polemische Rede halten. Ich denke, die Arbeit im Migrationsausschuß ist eine gute Arbeit. Wir arbeiten gemeinsam im Sinne

(Jamal Karsli [GRÜNE])

(A) von mehr als zwei Millionen Menschen, die in unserem Lande als Migranten zu bezeichnen sind.

(Willi Zylajew [CDU]: Das sind Probleme!)

Sie stellen alles negativ dar, auch Errungenschaften und Erfolge dieser Landesregierung.

(Willi Zylajew [CDU]: Ich habe die Menschen positiv dargestellt!)

- Sie haben die Menschen positiv dargestellt, aber die Anstrengungen, die das Land leistet, haben Sie negativ dargestellt, also überhaupt nicht in Betracht gezogen. Wir haben zum erstenmal in der Geschichte dieses Landes einen Migrationsausschuß.

Wir haben zum ersten Mal in der Geschichte dieses Landes überhaupt das Landeszentrum für Zuwanderung. Es gibt zum ersten Mal Mittel für die Selbstorganisation. Zum ersten Mal sind die RAAs aufgewertet worden. Ich hätte ein positives Wort zu diesen Errungenschaften erwartet. Aber ich erwarte von Ihnen nichts. Sie sind in der Opposition. Sie müssen kritisieren und nicht loben.

Ich gebe zu, es fehlen viele Mittel, und es gab viele Versäumnisse in der Migrationspolitik. Das gebe ich zu. Hier fehlen in der Tat viele Mittel, um die jahrzehntelangen Vernachlässigungen wieder gut zu machen.

(B)

Mich wundert aber immer: Sie betreiben in diesem Punkt wirklich nur Klientelpolitik. Ich kann mich an Ihre Anträge im Ausschuß erinnern. Sie beantragen, die Mittel für Vertriebene zu erhöhen, aber gleichzeitig die Mittel für Zuwanderer zu reduzieren. Ich frage mich: Wie lange muß bei Ihnen noch dieses Blutprinzip herrschen? Sie müssen daran denken - das ist sehr wichtig für Sie -, daß mittlerweile auch die Migranten Wählerinnen und Wähler geworden sind. Sie sind ein wichtiges Potential geworden.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Zylajew zulassen?

Jamal Karsli (GRÜNE): Ja, bitte.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Bitte schön.

Willi Zylajew (CDU): Wären Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß wir aber auch keine Mark an Mitteln für Migranten reduziert haben, sondern daß wir vorgeschlagen haben, gewisse Funktionsräskader nicht mehr so mit zusätzlichen Aufträgen zu dotieren? Nehmen Sie das zur Kenntnis?

(C)

Jamal Karsli (GRÜNE): Herr Zylajew, Sie sagen, Sie wollen 800.000 DM für die soziale Eingliederung von Zuwanderern streichen. Was bedeutet das? Das kommt den Zuwanderern zugute. Das sind Ihre Anträge. Ich kann das nachweisen. Sie sagen, in schwierigen Stadtteilen soll es keine Projekte gegen Diskriminierung und rassistische Maßnahmen geben. Sie haben sogar bestritten, daß es in diesem Land überhaupt Ausländerfeindlichkeit gibt. Man kann beweisen, daß es sogar strukturelle Ausländerfeindlichkeit gibt. Das wollen Sie nicht wahrnehmen. Gleichzeitig fordern Sie Mittel für Vertriebene. Das verstehe ich an Ihrer Politik nicht.

Sie sprachen vorhin von der Wahlbeteiligung bei den Ausländerbeiräten. Sie kennen die Gründe. Sie wissen das. Momentan sehen die Kommunen leider ziemlich schwarz, das Land sieht schwarz. Die CDU regiert überall. Geben Sie den Ausländerbeiräten bitte die Möglichkeit, mehr Funktionen zu haben. Ich nenne Ihnen als Beispiel die Stadt Recklinghausen. Der Ausländerbeirat wurde gewählt. Der gewählte Vorsitzende hat mehrfach versucht, überhaupt eine Sitzung einzuberufen. Der CDU-Bürgermeister hat versucht, das einfach auf den Januar zu verschieben. Ich kenne die Hintergründe nicht. Dahinter steckt aber eine Hinhaltenaktik.

(D)

Für uns war auch wichtig, daß die Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte aufgewertet wird. Es ist eine Geschäftsstelle erforderlich. Wir wollen die Selbstorganisation der Migranten stärker fördern. Wir wollen die Antidiskriminierungsprojekte fördern. Sie stellen die Diskriminierung immer in Frage.

(Willi Zylajew [CDU]: Verwechseln Sie Fremdenfeindlichkeit nicht mit Diskriminierung!)

- Herr Zylajew, das ist subjektiv. Angst und Freude sind subjektiv. Auch wenn jemand sich diskriminiert fühlt, ist das subjektiv. Sie können sich überhaupt nicht vorstellen, wie sich diese Menschen fühlen. Ich habe das oft selbst erlebt. Ich möchte jetzt nicht erzählen, welche Diskriminie-

(Jamal Karsli [GRÜNE])

(A) rung ich erfahre, nur weil ich anders aussehe oder mit Akzent rede. Weil ich nicht in diesem Land geboren bin, habe ich Schwierigkeiten. Wenn Menschen das so empfinden, muß man das einfach hinnehmen. Das ist ihr Erleben.

Wenn wir überhaupt etwas machen wollen, müssen wir etwas tun, damit die Migranten nicht auch auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert werden. Warum ist die Zahl der Arbeitslosen bei den Migranten doppelt so hoch? Warum ist der Anteil der Migrantenkinder in Sonderschulen sechsmal so hoch wie der anderer Kinder der Bevölkerung? Warum werden sie bei der Ausbildung diskriminiert? Es gibt strukturelle Diskriminierung. Dagegen müssen wir angehen:

Wir müssen die Muttersprache der Migranten fördern. Das ist für ihre Identität sehr wichtig. Ich erinnere mich nur an den Vorfall im Bezirk Detmold, wo der Schuldirektor einer Realschule gesagt hat, auf dem Schulhof darf nicht türkisch und russisch gesprochen werden.

(Antonius Rösenberg [CDU]: Das hat er nicht gesagt!)

(B) - Das hat er gesagt. Er hat sich auch dafür entschuldigt. Hier muß man auch ansetzen. Das Land Hessen versucht, die Muttersprache zu verdrängen. Das ist verheerend. Wir müssen diesen Menschen die Möglichkeit geben, sich mit ihrem Land zu identifizieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen noch vieles tun, um Gleichberechtigung zu erreichen. Ich weiß, Integration und Gleichberechtigung finden in den Köpfen der Menschen statt. Sie findet auch in diesem Hause statt. Ich bedauere, daß ich der einzige Abgeordnete ausländischer Herkunft in diesem Hohen Hause bin. Strengen Sie sich an, das zu ändern.

(Willi Zylajew [CDU]: Das ist doch nicht wahr!)

- Vielleicht sind Sie hier geboren. Sie sind Deutscher. Ich bin hier eingewandert und sitze in diesem Hause. Verstecken Sie sich nicht dahinter.

In diesem Hohen Hause dürfen nicht nur die Putzfrauen Migranten sein. Das sind fast ausschließlich Migranten. Das hat auch etwas mit Gleichberechtigung zu tun. Wir müssen viel tun, um überhaupt Gleichberechtigung zu erfahren. Dafür müssen wir uns gemeinsam anstrengen und keine polemischen Reden halten. Wir haben noch viel

zu tun. Die Landesregierung ist auf dem richtigen Wege. Deshalb müssen wir in der nächsten Wahlperiode weitermachen. (C)

Ich wünsche mir, egal wie die Regierung aussieht, daß solche Projekte weiter gefördert werden. Wir müssen uns wirklich anstrengen, auch neue Projekte für Integration und Gleichberechtigung in diesem Land zu entwickeln. - Vielen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Brusis das Wort.

Ilse Brusis, Ministerin für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport: Frau Präsidentin! Meine Herren und Damen! Die Migrationspolitik des Landes hat sich im Laufe dieser Legislaturperiode erheblich gewandelt. So haben wir auf die veränderten Zuwanderungsentwicklungen reagiert. Die Zahl der Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien hat sich zwischen 1995 und heute insgesamt verringert. Ich denke, wir können alle nur hoffen, daß der jetzt eingeleitete Friedensprozeß dauerhaft Bestand hat.

Gleichzeitig sank auch die Zahl der Deutschstämmigen aus Osteuropa, die nach Nordrhein-Westfalen kommen, von knapp 45.000 im Jahr 1995 auf voraussichtlich weniger als 20.000 im nächsten Jahr. (D)

Wir haben aber nicht nur reagiert, unsere Angebote den veränderten Bedarfen angepaßt, sondern wir haben auch agiert, die Migrationspolitik durch neue Schwerpunkte in einer Weise gestaltet, daß sie bundesweit Beachtung findet.

In dieser Legislaturperiode haben wir das neue Landeszentrum für Zuwanderung in Solingen aufgebaut und mittlerweile etabliert. Schon der erste Jahresbericht zeigt, daß damit die Aufgabe, Wissenschaft, Praxis und Politik im Hinblick auf Fragen von Zuwanderung und Integration besser miteinander zu vernetzen, erfüllt wird. Ich denke, Frau Kollegin Rothstein, Sie haben recht: Wir können stolz sein auf das, was im Landeszentrum bisher schon geleistet worden ist.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Landesstelle Unna-Massen haben wir zu einer modernen Serviceeinrichtung umgestaltet, die gleich zu Beginn der Zuwanderung die Grundlagen

(Ministerin Ilse Brusis)

(A) dafür schafft, daß Integration möglichst reibungslos gelingt. Ich nenne als weiteres Beispiel die Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte. Die LAGA ist mittlerweile zu einem wichtigen Ansprechpartner sowohl für dieses Parlament als auch für die Exekutive geworden.

Auch ich habe mich gefragt, Herr Zylajew, wen Sie nun eigentlich mit Ihrem Begriff "Kader" gemeint haben. Wenn Sie etwa die Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte - Sie schütteln den Kopf, dann weiß ich es wirklich nicht - gemeint haben sollten, dann muß ich Ihnen sagen: Ich bin nicht nur stolz auf jeden Deutschen, der sich kommunalpolitisch ehrenamtlich engagiert, sondern ich bin stolz und dankbar dafür, daß wir auch unter unseren ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern Leute haben, die sich auf der kommunalpolitischen Ebene ehrenamtlich engagieren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN und Abgeordneten der CDU)

Ich finde, wir haben allen Grund, dieses Engagement mit all den Mitteln zu unterstützen, die uns zur Verfügung stehen.

(Willi Zylajew [CDU]: Sehr richtig!)

(B) Wir haben allen Grund, auch darüber nachzudenken, wie wir die Interessenvertretung unserer ausländischen Mitbürger in unserem Land verbessern können.

Ich will noch eine Bemerkung zu Ihren Aussagen, Herr Zylajew, zu wissenschaftlichen Gutachten, wissenschaftlichen Expertisen machen. Ich frage mich, wie Sie in diesem sensiblen Bereich der Migrationspolitik, diesem gesellschaftlichen Bereich, bei dem wir wirklich vor vielen noch offenen Fragen stehen, verantwortungsvolle Politik betreiben wollen, ohne daß Sie sich der wissenschaftlichen Beratung bedienen. Ich glaube, diese Position sollten Sie nachdrücklich überdenken.

Meine Damen und Herren! Die Anpassung an reale Entwicklungen wie auch die neuen Schwerpunktsetzungen lassen sich sehr gut in einer Gegenüberstellung der Haushalte zu Beginn dieser Legislaturperiode 1995 und jetzt gegen Ende der Legislaturperiode des Entwurfes für das Jahr 2000 demonstrieren. Der Ansatz für die Kostenspaukale für Übergangsheime für Aussiedler sank infolge des rückläufigen Zuzugs von rund 200 Millionen DM im Jahre 1995 auf knapp 54 Millionen DM für das Jahr 2000.

Der Ansatz für Zuschüsse zur sozialen und beruflichen Integration von Spätaussiedlern wurde mehr als verdreifacht: von 0,8 Millionen DM 1995 auf jetzt 2,8 Millionen DM. Die Ausgaben für die Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer und Migranten stiegen in dieser Zeit von 16,6 Millionen DM auf 21 Millionen DM. Damit konnte unter anderem die Anzahl der Regionalen Arbeitsstellen für Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien von 19 im Jahre 1995 auf jetzt 27 gesteigert werden.

Die Mittel zur Verbesserung des friedlichen Zusammenlebens konnten wir im Laufe der Legislaturperiode um rund 70 % steigern. Insgesamt wurden die Mittel zur Integration von 19 Millionen im Jahre 1995 auf 27 Millionen DM im Jahre 2000 angehoben, eine Erhöhung um mehr 40 %.

Für 2000 stehen Programmtitel in derselben Höhe zur Verfügung wie 1999. Das gilt für den größten integrationspolitischen Haushaltsansatz, nämlich die Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer und Migranten, mit 21 Millionen DM. Das gilt aber auch für andere Ansätze, zum Beispiel 3,59 Millionen DM für die Durchführung von Aufgaben nach § 96 BVFG. Dazu kommen noch einmal 100.000 DM, insbesondere zur Finanzierung von Brandschutzmaßnahmen im Gebäude der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus.

Der Ansatz für die soziale und berufliche Integration von Spätaussiedlern von 2,8 Millionen DM wurde überrollt. 1,7 Millionen DM stehen für die Förderung von Maßnahmen und Initiativen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung sowie zur friedlichen Konfliktlösung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf zur Verfügung.

Mir ist unverständlich, daß die CDU gerade bei diesem Ansatz streichen will. Liebe Kollegen und Kolleginnen von der CDU-Landtagsfraktion, Integration ist keine Einbahnstraße. Alle Beteiligten müssen daran mitarbeiten. Das gilt für die Zuwanderer, die hier ein neues Zuhause suchen, aber das gilt auch für die aufnehmende Gesellschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb ist für uns die Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Ausgrenzung ein wichtiger Teil unserer Migrationspolitik. Das zeigt unsere bisherige Erfolgsbilanz, und das zeigt der Haushaltsentwurf der Landesregierung für das Jahr 2000.

(C)

(D)

(Ministerin Ilse Brusis)

(A) Zum Schluß: Wir sind und bleiben ein weltoffenes Land in Nordrhein-Westfalen. Auch im Interesse des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen ist das wichtig. Wir brauchen ausländische Investoren, um neue Arbeit zu schaffen. Und investiert, meine Herren und Damen, wird nur da, wo ein Klima der Toleranz herrscht. Auch deshalb werden wir keine neuen Grenzen aufbauen, wo immer mehr Grenzen in Europa fallen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die CDU-Fraktion hat Kollege Gregull das Wort.

Georg Gregull (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin!

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose)

(B) Sehr geehrter Herr Präsident! Ich habe das Vergnügen, Sie beide hier herzlich zu begrüßen. Meine sehr verehrten Damen und Herren! § 96 BVFG verpflichtet das Land, das Kulturgut der Vertreibungsgebiete im Bewußtsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten und die Weiterentwicklung zu fördern. Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion steht uneingeschränkt zu diesem Auftrag. Ich will das mit zwei Gründen belegen.

Zum einen: Dieser Auftrag ist ein Herzensanliegen von Millionen von Vertriebenen und Flüchtlingen. Und zweitens: Das kulturelle Erbe der Deutschen aus den Vertreibungsgebieten gehört zur Geschichte unseres Volkes, und wir sind stolz darauf.

Die Landesregierung hat ihr Engagement für diese Aufgabe in den letzten 15 Jahren durch Kürzungen und Überrollungen bis an die äußerste Grenze des Vertretbaren zurückgefahren. Die Streichung so gut wie aller Projektmittel durch SPD und GRÜNE gefährdet die von der Landesregierung formulierte Zielsetzung mit dem Schwerpunkt grenzüberschreitender Aktivitäten. In der Anhörung vom Oktober 1998 wurde dies mehr als deutlich.

Aber auch in der aktuellen Diskussion sind drei Beispiele vorzutragen, die heute nicht mehr möglich sind. Es ist nicht mehr möglich, einen Jugendaustausch im Bereich Königsberg durchzuführen. Es ist nicht mehr möglich, eine Kulturver-

(C) anstaltung mit der deutschen Minderheit in Oberschlesien durchzuführen, und eine Begegnungsfahrt mit der mittleren und jüngeren Generation nach Mähren ist nicht mehr zu realisieren.

(Zuruf von der CDU: Unglaublich!)

Wenn Sie, sehr geehrte Frau Ministerin Brusis, im Einzelfall geholfen haben, so ist das löblich. Aber das wird dem Anliegen in keiner Weise gerecht.

Wenn ich die Zahlen mit denen von Bayern und Baden-Württemberg vergleiche, dann muß ich sagen: Nordrhein-Westfalen leistet für diese Arbeit nur noch 20 %, bezogen auf die Bevölkerung, für die Aufgaben des § 96 BVFG. In Bayern und Baden-Württemberg ist die Leistungsfähigkeit der Träger im Gegensatz zu Nordrhein-Westfalen nach wie vor gesichert.

Das Gerhart-Hauptmann-Haus war in große Schwierigkeiten geraten. Ich bin Ihnen, Frau Ministerin, ausgesprochen dankbar dafür, daß wir einen Weg gefunden haben. Aber gleichwohl muß ich Ihnen sagen, daß auch die Institute und das Gerhart-Hauptmann-Haus aufgrund der fehlenden Projektmittel nicht gerade leistungsfähig gehalten werden, sondern sozusagen verarmen oder in der Leistung heruntergefahren werden.

(D) Meine Damen und Herren, durch die Berliner Regierung droht neuer Schaden für die Kulturarbeit nach § 96 BVFG in Nordrhein-Westfalen, hier besonders bezüglich des Hauses Oberschlesien mit dem dazugehörigen Landesmuseum in Ratingen-Hösel. Herr Naumann hat ja wohl schwerwiegende Unkenntnis von den geschichtlichen Zusammenhängen deutlich gemacht. Das gilt nicht nur im Hinblick auf eine schlechte Würdigung der Patenschaft, die hier von Nordrhein-Westfalen übernommen worden ist.

Beim Tag der offenen Tür habe ich zur Kenntnis genommen, daß der Kollege Kraft von der SPD-Fraktion das Anliegen der dort Tätigen unterstützte. Ich habe daraus eigentlich den Schluß gezogen, daß wir durch eine gemeinsame politische Initiative Ihre Bemühungen, Frau Ministerin, unterstützen könnten, daß das Haus Oberschlesien in seiner Funktion nicht eingeschränkt wird. Nun, dazu ist es bisher nicht gekommen, und wir sind auch dabei zu überlegen, was denn die von Herrn Naumann angedachte Holding-Lösung bringen wird. Für uns steht aber fest: Sie darf keine Verminderung des Stellenwertes in Nordrhein-Westfalen ergeben.

(Georg Gregull [CDU])

(A) Ich fasse zusammen. - Erstens. Bezüglich der Baumaßnahmen im Gerhart-Hauptmann-Haus unterstützen wir das Vorgehen des Ministeriums.

Zweitens. Hinsichtlich des Hauses Oberschlesien sollten wir nach dem Motto verfahren: Einigkeit macht stark.

Drittens. Den Erhöhungsantrag der CDU-Fraktion, den Sie im Ausschuß abgelehnt haben, meine Damen und Herren von der SPD und den GRÜNEN, bezüglich der Projektfördermittel können die Träger als politisches Signal für die Zukunft werten. Mit dieser Feststellung verbinde ich einen herzlichen Dank an alle ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter in den Vertriebenenorganisationen und in den Instituten. Sie haben über viele Jahre grenzüberschreitende Arbeit und damit einen wichtigen Beitrag zur Völkerverständigung geleistet. Ich rufe ihnen zu: Nach dem 14. Mai 2000 können sie mit einer zuverlässigen Förderung durch die neue Regierung rechnen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

(B) **Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ich erteile Frau Kollegin Dedanwala für die Fraktion der SPD das Wort.

Vera Dedanwala¹⁾ (SPD): Herr Abgeordneter Gregull, ich bin zwar stark erkältet und habe eine sehr lädierte Stimme. Aber auf Ihre Ausführungen kann ich nur sagen: Zum ersten Mal, seit es den Migrationsausschuß gibt, in dem wir betont haben, daß wir die Angelegenheiten der ausländischen Migranten und der Flüchtlinge, die aus den Ostgebieten nach Deutschland kommen, gleich betrachten wollen, gleich bewerten wollen, weil es sich in beiden Fällen um Menschen handelt,

(Beifall des Jamal Karsli und des Johannes Remmel [GRÜNE])

zum ersten Mal in dieser Zeit sind Sie mit zwei Rednern zum Fachbereich Migration angetreten, zum ersten Mal getrennt für ausländische Mitbürger, und jetzt hat Herr Gregull seine Grußadresse an die Vertriebenen und Flüchtlinge aus Oberschlesien gerichtet.

(Zurufe von der CDU)

Das ist eine eindeutige Wahlkampfveranstaltung, die Sie hier gemacht haben. (C)

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Antonius Rösenberg [CDU])

Sie wollen das Protokoll dieser Plenarsitzung Ihrem Wahlbrief an die Oberschlesier und Vertriebenen hinzufügen, um zu sagen: Sehen Sie, so setzen wir uns im Landesparlament von Nordrhein-Westfalen für Sie ein. Wenn Sie, Herr Gregull, diesen Beitrag im Ausschuß gemacht hätten! Aber nur im Plenum wird diese Grußadresse so verlesen. Wir werden den Leuten mitteilen, in welcher Form Sie hier agieren.

(Zuruf des Rüdiger Goldmann [CDU])

3,59 Millionen DM im Haushalt von Nordrhein-Westfalen sind für Herrn Goldmann gar nichts.

(Zuruf des Rüdiger Goldmann [CDU])

- Herr Goldmann, Sie sind auch der "Obervertriebene". Wir wissen, daß Sie diese Meinung haben. Die billigen wir Ihnen auch zu. Aber allgemein ist diese Meinung hier nicht mehrheitsfähig. Das müssen Sie sehen.

(Beifall des Jamal Karsli und des Johannes Remmel [GRÜNE])

3,59 Millionen DM in diesem Bereich sind ausreichend. Viele Bereiche müssen mit weniger Geld gute Arbeit leisten. (D)

(Zuruf des Rüdiger Goldmann [CDU])

- Herr Goldmann, ich verstehe nicht, warum Ihre Fraktion Sie nicht als Redner benannt hat. Das muß doch einen Grund haben. Nun reden Sie dauernd dazwischen. Melden Sie sich doch einfach zu Wort, wenn Sie dürfen. Ich glaube, Sie dürfen gar nicht.

Ich meine, diese Ansätze sind in Ordnung. Die Grußadresse von Herrn Gregull ist einzig und allein auf das Wahljahr gerichtet. Im Ausschuß war sie so noch nicht erkennbar. Aber hier ist das der Fall. Genau so werden wir sie auch werten. - Danke schön.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Frau Ministerin Brusis, bitte schön.

(A) **Ilse Brusis**, Ministerin für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport: Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Ich glaube, daß wir gut daran tun, die Aufgaben in § 96 des Gesetzes über die Vertriebenen und Flüchtlinge nicht zu vernachlässigen. Es gehört zur Identität der Flüchtlinge und Vertriebenen in unserem Land, ihre kulturellen Werte aufrechtzuerhalten, ihre Kultur zu pflegen. Auch das, was Deutsche in den früheren deutschen Ostgebieten, die jetzt zu Polen oder Rußland gehören, kulturell geleistet haben, müßte in unserer Erinnerung bleiben und von uns auch weiterhin wertgeschätzt werden.

Deshalb lege ich großen Wert darauf, diesen Aufgaben auch weiterhin nachzukommen. Ich will hier noch einmal betonen, daß ich mich in den letzten Jahren sehr darum bemüht habe, die Mittel für die Förderung der Institute, die diese Aufgaben in unserem Land leisten, aufzustocken. Das ist leider nicht gelungen.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Frau Ministerin, darf ich Sie unterbrechen? - Möchten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Goldmann zulassen?

(B) **Ilse Brusis**, Ministerin für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport: Bitte schön.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Bitte sehr.

Rüdiger Goldmann (CDU): Frau Ministerin, ich schätze Ihren persönlichen guten Willen hoch. Würden Sie bestätigen, daß die Pläne der neuen Bundesregierung, für die Ihre Partei und die GRÜNEN die Verantwortung tragen, die ostdeutsche Kultur in Nordrhein-Westfalen ernsthaft gefährden: das Haus Oberschlesien, das Landesmuseum Westpreußen in Münster, das Haus Schlesien in Königswinter, das Gerhart-Hauptmann-Haus, für das Projektmittel und Finanzmittel für den Brandschutz und den Umbau fehlen, wodurch es zu einer Verzögerung von einem Jahr kommt?

Liegt darin nicht eine ernsthafte Gefährdung der in jahrzehntelanger Arbeit durch Nordrhein-Westfalen und in ehrenamtlicher Arbeit durch die Vertriebenenverbände aufgebauten Kultureinrichtun-

gen in diesem Lande? Müßten Sie als Landesregierung da nicht energisch Front machen? (C)

(Zuruf von der SPD: Das war eine lange Frage!)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Aber es war eine Frage.

Ilse Brusis, Ministerin für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport: Es war eine Frage, und ich bin gerne bereit, jetzt auf diese einzugehen. Herr Kollege Goldmann, Sie haben jetzt alles durcheinandergebracht. Man kann die Bundesregierung für vieles verantwortlich machen, aber nicht für die Brandschutzmaßnahmen im Gerhart-Hauptmann-Haus.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dafür ist die Bundesregierung nun wahrlich nicht verantwortlich.

Wir haben uns schon im letzten Jahr gemeinsam darum bemüht, die Funktion des Gerhart-Hauptmann-Hauses durch einen Umbau zu verbessern. Auch bei den Brandschutzmaßnahmen haben wir uns gemeinsam um eine Lösung bemüht. Durch die Ergänzungsvorlage der Landesregierung stehen 100.000 DM im Haushaltsentwurf, damit diese Brandschutzmaßnahmen durchgeführt werden können. Wir werden dem Gerhart-Hauptmann-Haus auch in den nächsten Jahren helfen, diese Maßnahmen durchzuführen. (D)

Zu den anderen Kultureinrichtungen, die Sie angesprochen haben: In der Tat gibt es einen Entwurf des Kulturbeauftragten der Bundesregierung, über den wir zur Zeit intensiv diskutieren. Sie wissen, Herr Kollege Goldmann - darüber habe ich dem Ausschuß nämlich berichtet -, daß ich mich sehr dafür eingesetzt habe, auch aufgrund unserer Verantwortung als Pate der Oberschlesier in unserem Lande, das Haus Oberschlesien in Hösel zu erhalten. Darüber stehen wir zur Zeit im Gespräch mit der Bundesregierung. Ich glaube, die Karten stehen gar nicht so schlecht, daß wir uns in dieser Frage durchsetzen.

Aber eines muß ich Ihnen an dieser Stelle noch einmal sagen, meine Herren und Damen von der Opposition: Natürlich ist in diesen Zeiten vieles wünschenswert, sehr vieles. Ich wünschte auch, wir hätten Mittel für Projektarbeit nach § 96 des

(Ministerin Ilse Brusis)

- (A) Gesetzes über die Vertriebenen und Flüchtlinge zur Verfügung; ich wünschte mir auch, wir hätten viel mehr Mittel für die Kulturpolitik, viel mehr Mittel für die Sozialpolitik, viel mehr Mittel für die Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung. Leider läßt die Lage der öffentlichen Kassen das nicht zu. Deshalb müssen wir uns einschränken.

Deshalb halte ich es nicht für unanständig, wenn auch in der Bundesregierung darüber nachgedacht wird, ob man die Mittel, die uns noch zur Verfügung stehen, nicht effektiver einsetzen kann, damit die Aufgaben nach § 96 des Gesetzes über die Vertriebenen und Flüchtlinge weiter durchgeführt werden können - auch bei knapper werdenden Mitteln.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich denke, das ist eine gute, eine vernünftige Aufgabe. Der müssen wir uns stellen. Der werden auch wir in Nordrhein-Westfalen uns stellen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kann ich diesen Bereich abschließen.

- (B) Ich komme jetzt zu Teilbereich

c) Stadtentwicklung

und erteile als erstem Redner Herrn Kollegen Bernd Schulte für die Fraktion der CDU das Wort.

Bernd Schulte (Lüdenscheid) (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seitens der CDU-Fraktion kann zum Aspekt Stadtentwicklung des Einzelplans 15 nicht Stellung bezogen werden, ohne darauf einzugehen, daß aufgrund des Zuschnitts des Ressorts die Stadtentwicklung in die künstliche Gemengelage von Arbeit, Sozialem, Kultur und Sport einbezogen wird. Diese Tatsache ist hier schon mehrfach erwähnt worden. Die Wiederholung meine Kritik an dieser Gemengelage läßt mich allerdings nicht verzagen, sondern stärkt mich in meiner Gewißheit: Diese Gemengelage ist ein falsches Signal, insbesondere in Richtung Verwaltungsstrukturreform.

Damit bin ich bei einem Punkt dieses Einzelplans, der darauf abzielt, die von der Landesregierung im Zuge der Verwaltungsstrukturreform beabsichtigte Agentur Ruhr in die Funktion des Erbes der Internationalen Bauausstellung einzubeziehen. In

Artikel 33 des Zweiten Modernisierungsgesetzes sehen Sie die Schaffung dieser Agentur Ruhr vor. Zu den Aufgaben dieser Agentur sollen gehören zum einen die Trägerschaft für den Ausbau und die Pflege des Emscherparks, zum anderen die Projektträgerschaft für den Ausbau und die Pflege des Netzwerks Industriekultur.

Es ist die Absicht der Landesregierung, diese Bereiche Emscher Landschaftspark und Netzwerk Industriekultur auf die Agentur Ruhr zu verlagern und damit den Gebietskörperschaften des Ruhrgebietes die direkte Aufgabe zu entziehen, die Folgekosten für diese Einrichtungen zu tragen.

Mit dieser Übernahme der Folgekosten reflektieren Sie auf Zustimmung der beteiligten Gebietskörperschaften für die Agentur Ruhr, sehen sich aber wohl in Ihrer Absicht enttäuscht, weil die meisten Städte und Kreise des Ruhrgebietes mittlerweile abschlägige Beschlüsse gefaßt haben und Sie in der Zweiten Ergänzungsvorlage zum Haushaltsgesetz deutlich machen, daß die geplanten Ausgaben für die Agentur Ruhr in Höhe von 30 Millionen DM stark relativiert werden.

Die Zweckbestimmung der geplanten Ausgaben wird nunmehr dahin gehend geändert, daß mit den Geldern neben der Agentur Ruhr auch solche Unternehmen bzw. Einrichtungen des Landes gefördert werden können, die Strukturmaßnahmen in der Region Ruhr unterstützen. Das zeigt: Auch Sie glauben nicht mehr daran, das Kernstück Ihrer Verwaltungsstrukturreform Agentur Ruhr insbesondere zur Übernahme der IBA-Einrichtungen schaffen zu können.

Deswegen sehen Sie in der zweiten Ergänzungsvorlage zum Haushaltsgesetz vor, ähnlich wie Sie das bei der Straßenbauverwaltung auch getan haben, im Endeffekt eine Verstaatlichung dieser Aufgaben vorzunehmen, weil Ihnen in der letzten Konsequenz wie auch in dem anderen Bereich nichts Besseres einfällt.

Meine Damen und Herren! Bereits im Ausschuß hat die CDU die Tatsache kritisiert, daß die Haupttätigkeit im Bereich Stadterneuerung und Stadtentwicklung in der Verwaltung von Förderböfen und deren administrativ aufwendiger Verteilung mit doppeltem Aufwand in den Bezirksregierungen und der obersten Landesbehörde erfolgt. Der Großteil dieser zur Verteilung anstehenden Mittel ist der Verteilmasse des Gemeindefinanzierungsgesetzes entzogen und somit auch der

(C)

(D)

(Bernd Schulte [Lüdenscheid] [CDU])

(A) kommunalen Finanz- und Aufgabenverantwortung.

Insbesondere im Bereich der Stadterneuerung und im Bereich des Denkmalschutzes verfrühstückt die Landesregierung bereits die Zukunft, weil die Mittel kommender Haushaltsjahre bereits durch Verpflichtungsermächtigungen gebunden sind und kommende Landesregierungen somit weder von der Masse noch von dem Bestimmungszweck Gestaltungs- und Verfügungsfreiheiten sowie -möglichkeiten besitzen.

Die Landesregierung hat des weiteren versucht, die Diskussion über die Förderung des Multithemencenters Hauptbahnhof Dortmund durch die Auflage eines Aktionsprogramms "Hundert Bahnhöfe in Nordrhein-Westfalen" zu überdecken. Dazu ist mit der Deutschen Bahn AG eine Rahmenvereinbarung getroffen worden, deren erste Auflage hundert Bahnhöfe im Lande einbezieht.

Wir betrachten das als ein Pilotobjekt und sind insbesondere auf die Erfahrungen gespannt, die im fiskalischen Sinne mit der als sehr schwerfällig bekannten Grundstücksadministration der Deutschen Bahn AG gemacht werden. Wir sind aber auch gespannt auf die Erfahrungen im hoheitlichen Sinne, da sich insbesondere mit dem Eisenbahnbundesamt ein Partner für die Kommunen auf dem Plan bewegt, der auch im Hinblick auf Flexibilität jede Möglichkeit, die erforderlich ist, vermissen läßt.

(B) Hinsichtlich der geplanten öffentlichen Subventionierung eines Superkaufhauses mit Bahnanschluß, wie es das UFO darstellt - der Rat der Stadt Dortmund wird wohl am 16. Dezember endgültig über das Konzept aus städtischer Sicht beschließen -, darf weder über die Regionalisierungsmittel des schienengebundenen Personenverkehrs zu Lasten der Verkehrsinfrastruktur im ländlichen Raum verfügt werden, noch dürfen die Stadterneuerungsmittel für die mittelbare UFO-Finanzierung über Gebühr strapaziert werden.

Meine Damen und Herren! Einen Konsens im Grundsatz zwischen der Landesregierung und der CDU-Fraktion gab es in der Vergangenheit stets beim Einzelhandelserlaß für die Ansiedlung von großflächigem Einzelhandel, zwar nicht unter dem Gesichtspunkt der oftmals unterschiedlichen Handhabungen durch die Bezirksregierungen, aber im Hinblick auf die Stärkung der Kerngebiete und auf die Vermeidung von Standorten auf der grü-

nen Wiese. Diesen Konsens sehen wir durch die von der Landesregierung initiierte Neufassung des § 51 der Landesbauordnung in Frage gestellt, weil durch die autofeindliche Regelung dieser Bestimmung der Druck auf die Standorte außerhalb der Kerngebiete wieder erhöht wird und diese Gesetzesbestimmung den eigentlichen Intentionen des Einzelhandelserlasses zuwiderläuft.

Im Einzelplan 15 findet sich lediglich eine Erhöhung des Baransatzes für Grundstücksfonds für den Erwerb und die Nutzbarmachung von Brachflächen. Hier geht es im wesentlichen um die Bereitstellung von Mitteln für die Landesentwicklungsgesellschaft, Geschäftsbereich Grundstücksfonds. Und durch die Erhöhung des Baransatzes auf nunmehr rund 64,6 Millionen DM wird selbst das Ist-Ergebnis des Jahres 1998 um gut 1,5 Millionen DM überschritten.

Es stellt sich hier für uns die Frage, warum der erhöhte Ansatz nicht bereits im Haushaltsentwurf des Ministeriums enthalten war. Die antragstellenden Koalitionsfraktionen begründen die Mittelaufstockung um 5 Millionen DM mit der Ermöglichung besonders dringlicher Ankäufe, nennen allerdings weder Beispiele, noch geben sie Hinweise darauf, warum dieser Finanzierungsbedarf ausgerechnet im Haushaltsjahr 2000 auftritt. Es ist sicherlich aus Ihrer Sicht völlig unlegitim, die Frage nach einem Zusammenhang mit der bevorstehenden Landtagswahl aufzuwerfen.

(D) Meine Damen und Herren! Eines der großen rot-grünen Reformvorhaben im letzten Jahr war die Einführung einer Parkraumbewirtschaftung bei den Landesbehörden. Durch die Veränderung der Zuständigkeiten in der Landesregierung ist diese Aufgabe aus dem Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport in das Verkehrsministerium umgeschichtet worden, und man findet ganz verschämt versteckt im Einzelplan 20 einen kläglichen Rest dieser Parkraumbewirtschaftung, nämlich sowohl im Jahre 1999 als auch im Jahre 2000 einen Ansatz von 50.000 DM - eine Luftbuchung, die von der gescheiterten Absicht kündigt, flächendeckend in Nordrhein-Westfalen durch die rot-grüne Koalition an allen Landesbehörden ein System der Parkraumbewirtschaftung einzuführen. Im Sinne der Ehrlichkeit sollte man sich auch von diesem Ansatz verabschieden, der als nichts anderes als Luftbuchung zu werten ist.

(C)

(D)

(Bernd Schulte [Lüdenscheid] [CDU])

- (A) Meine Damen und Herren, die Markenzeichen des Einzelplanes 15 sind eine Benachteiligung des ländlichen Raumes gegenüber den großstädtischen Ballungsgebieten bei der Verteilung der Mittel für die Stadtentwicklung und Stadterneuerung. Die Intention zielt auf eine weitere Schwächung der kommunalen Selbstverwaltung ab, weil den Kommunen über die Töpfchenwirtschaft des Ministeriums die Finanz- und Aufgabenverantwortung für wesentliche Teile der Stadterneuerung entzogen wird.

Es ist festzustellen, daß hinsichtlich der Trägerschaft der IBA-Objekte durch die beabsichtigte Agentur Ruhr auch ein Scheitern der Verwaltungsstrukturreform deutlich wird, weil Sie selbst in ihrer zweiten Ergänzungsvorlage zum Haushaltsgesetz 2000 bereits ein staatliches Netz knüpfen, das an die Stelle der Agentur Ruhr treten könnte.

All das veranlaßt uns, den Einzelplan 15 abzulehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Schwach, aber nachvollziehbar!)

- (B) Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile für die Fraktion der SPD Frau Kollegin Werthmann das Wort.

Ellen Werthmann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Schulte, habe ich Sie richtig verstanden? Haben Sie gesagt "günstig"? Oder meinten Sie "künstlich"? Ich habe "günstig" verstanden.

(Bernd Schulte [Lüdenscheid] [CDU]: Künstlich!)

Ich finde den Bereich Stadtentwicklung bei Frau Ministerin Brusis auch für andere Bereiche wichtig. Was wäre denn Kultur ohne Stadtentwicklung? Was wäre Arbeitsmarktpolitik ohne Stadtentwicklung? Ich denke schon, daß man sich etwas dabei gedacht hat, als man das Ministerium so zugeschnitten hat.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Der von der Landesregierung vorgelegte Haushaltsentwurf zum Bereich Stadtentwicklung wird von meiner Fraktion begrüßt und mit getragen. Hierzu waren bereits in diesem Jahr vielfältige europäische Regionalkonferenzen, nationale Städ-

tebaukongresse vorgeschaltet, die sich natürlich eher an das Fachpublikum der Architekten, Planer und Baupolitiker richteten. Unsere erfolgreiche Stadtentwicklungspolitik in Nordrhein-Westfalen kann als positives Beispiel zur Weltkonferenz im nächsten Jahr beitragen.

Was hier bei uns entwickelt, erfunden und erprobt wurde, findet anderswo in Europa Nachahmung. Die 120 Projekte der Internationalen Bauausstellung Emscherpark hat in den letzten zehn Jahren Maßstäbe für Urbanität, für die Beteiligung der Menschen an der Gestaltung ihrer Umwelt, für nachhaltige Entwicklung, für mehr Grün in der Stadt, für die Lebensqualität und die kulturelle Vielfalt gesetzt.

Unsere Städtebaupolitik, also die sich hinter diesen Haushaltsansätzen verbergenden Programme, verstehen wir als einen aktiven Beitrag zu einer Bürgergesellschaft. Wir wollen gerade bei der Stadtentwicklung die gesellschaftliche Mitverantwortung stärken. Bürgerinnen und Bürger sollen teilhaben, eingreifen, mitwirken und auch Mitverantwortung tragen.

Unsere Städtebaupolitik machen wir in enger Zusammenarbeit mit und für die Bürgerinnen und Bürger. Der Haushaltsentwurf zeigt hier Förderungsschwerpunkte.

Erstens wollen wir die Regionen stärken. Denn die Zukunft der Stadt ist die Region. Mit regionalen Kultur- und Naturräumen haben wir ein gutes Instrument, die unbestrittenen Erfolge der IBA weiterzutragen. Im Jahr 2000 wird die erste Regionale in der Region Ostwestfalen-Lippe stattfinden.

Zweitens wollen wir auch weiterhin soziale Städte gestalten. Solidarische Stadtgesellschaft heißt für uns Nachbarschaften stärken, Stadtviertel nicht sozial absacken lassen, Selbsthilfe ermöglichen, gegenseitige Unterstützung und Nachbarschaft fördern. Arbeit schaffen auch in solchen Stadtteilen, die ökonomisch nicht so wachsen wie andere, und vieles mehr.

Das von uns schon 1993 initiierte Programm für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf werden wir fortführen und erweitern. Die bisherigen Erfahrungen hieraus haben gezeigt, daß es nicht nur auf verstärkte Investitionen in diesen Stadtteilen ankommt, sondern auf die Ergänzung mit besonderen Formen der Bürgerinnen- und Bürgerberatung, der intensiven Öffentlichkeitsarbeit sowie bürgernahe Formen der Planungs- und

(C)

(D)

(Ellen Werthmann [SPD])

(A) Durchführungsorganisation, des Stadtteilmanagements und der Stadtteilbetreuung.

Die Bundesregierung hat das nordrhein-westfälische Stadtteilmodell aufgegriffen und ein eigenes Bundesprogramm mit dem Titel "Die soziale Stadt" erstellt, an dem Nordrhein-Westfalen wie auch an den EU-Mitteln im Rahmen der Agenda 2000 für Ziel-2-Gebiete Anteil haben wird.

Drittens wollen wir die Innenstädte lebendig und attraktiv machen, indem wir Handel und kulturelles Leben in den Citys und in den Nebenzentren stärken. Wir werden unsere Städte und Gemeinden unterstützen, Wohnen in der Innenstadt fördern sowie öffentliche Räume, Bahnhöfe und Plätze attraktiver machen.

Hierzu verfolgen wir ein integriertes Handlungskonzept, das in enger Zusammenarbeit mit der privaten Wirtschaft und den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt erarbeitet, also auf breiter Basis getragen wird.

Stadtmarketing ist Regelförderungsgegenstand. Bereits in diesem Jahr konnten wir die außerordentlich erfolgreiche und bundesweit vorbildliche Initiative von Ministerin Brusis unter dem Titel "Ab in die Mitte" mit verfolgen.

(B) Lebendige Innenstädte werden wir auch durch die Entwicklung mittlerer und kleiner Bahnhöfe und damit die Neuordnung dieser innenstädtischen Bereiche schaffen. Bahnhofsgebäude, das Bahnhofsumfeld, die Verkehrsverknüpfung und die Anbindung an die Innenstadt werden wir in einem integrierten Konzept entwickeln.

Vierter Förderschwerpunkt ist die Bestandsorientierung. Wir werden das Flächenrecycling von industriellen und gewerblichen Brach- und Nutzflächen, die im Rahmen von wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozessen neu genutzt werden sollen, intensivieren.

Hierzu haben wir, abweichend vom vorliegenden Haushaltsentwurf, die Barmittel des Grundstücksfonds um 10 Millionen DM erhöht. Hierdurch sollen die besonders dringlichen Ankäufe von Grundstücken ermöglicht werden. Denn in unserem Land werden in den nächsten Jahren viele Flächen frei, weil sie von ihren jetzigen Eigentümern nicht mehr benötigt werden. Als Beispiel führe ich an militärische Liegenschaften, Flächen und Gebäude der Bahn und Post sowie Flächen der Montanindustrie. Mit dem Grundstücksfond werden wir neue Nutzungen in alte Gebäude und neue

Arbeitsplätze auf alte Flächen bringen. Wir werden die Flächen der Stadt ihren Bewohnern fürs Arbeiten, Wohnen, Freizeit, Erholung, Sport und Kultur zurückgeben. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich möchte nun das Wort Frau Kollegin Tarner für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteilen.

Hedwig Tarner (GRÜNE): Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Sehr geehrter Herr Präsident! Ich muß dem Kollegen Schulte ein bißchen recht geben: Wenn man sich den langen Titel "Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport" ansieht, dann ist es schon etwas gewöhnungsbedürftig festzustellen, ob in dieser Symbiose Vorteile stecken. Auch bei mir hat es lange gedauert, bis mir klargeworden ist, welche Möglichkeiten und Spielbälle dies enthält.

Einer dieser Spielbälle heißt räumliche Gestaltung. Zur räumlichen Gestaltung würde ich es auch noch richtig finden, wenn Bauen und Wohnen dazugehörte, weil es dann die Gestaltung des alltäglichen Lebensraums insgesamt betreffen würde.

(Gerd-Peter Wolf [SPD]: Das machen wir nach dem 14. Mail)

- Darüber redet man später noch einmal.

(Gerd-Peter Wolf [SPD]: Dann müssen Sie einen Job für Vesper finden!)

- Sie können ja vielleicht Job-sharing machen. - Die Ziele, die wir mit der Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungspolitik anstreben, sind, das Wohnfeld - ob in einer Stadt oder in einer Gemeinde - intakt zu erhalten. Zu einem lebenswerten Wohnumfeld gehören Arbeitsplätze und die sozialen Zusammenhänge.

Wir haben vor ungefähr zwei Jahren die neuen Stadterneuerungsrichtlinien verabschiedet. Mit diesen Stadterneuerungsrichtlinien haben wir uns vorgenommen, ein schärferes Profil in unsere Arbeit zu bringen und besser an den Bedarfspunkten zu arbeiten. Wenn man betrachtet, wie die Städte, die 396 Kommunen über das Land verteilt sind, gibt es überall negative Tendenzen und Punkte, die in allen Städten verschieden sind und kleinteiliger Antworten bedürfen.

(C)

(D)

(Hedwig Tärner [GRÜNE])

- (A) Der Vorwurf von Herrn Schulte, es seien zu viele kleine Töpfe da und jeder Topf habe einen anderen Titel, trifft nicht zu; denn für die vielen unterschiedlichen Probleme brauchen wir auch zahlreiche verschiedene Ansätze.

Von einer Stadtentwicklungspolitik erwarte ich auch, daß sie zukunftsweisende Lösungen anstrebt, die innovativ sind und nicht im Klein-Kleinen. Wir wollen mit unserer Stadterneuerungspolitik erreichen, daß wir uns etwa mit City-Logistik, also Verkehrsvermeidung in den Städten, oder mit Stadtmarketing auseinandersetzen. Ziel ist es, daß die Städte im Ruhrgebiet individuelle Gesichter bekommen und nicht alle ähnlich aussehen, so daß man das Gefühl hat: Es ist gleichgültig, ob ich in Castrop-Rauxel oder in Wanne-Eickel einkaufe. Jede Stadt hat das Recht auf eine eigene Ausstrahlung, und diese Ausstrahlung muß von uns unterstützt werden.

(Gerd-Peter Wolf [SPD]: Wanne-Eickel ist der Markenname von Castrop-Rauxel!)

- Das ist aus dem Lateinischen ins Deutsche übersetzt. - Nicht jede Form der Innenentwicklung wird von uns begrüßt. Ich denke, es ist immer eine Auseinandersetzung auf Messers Schneide, Projekte der Innenentwicklung zu bewerten. Wenn man über Folgenutzungen nachdenkt, die beim Brachfallen von Gelände möglich sind - Frau Werthmann hat die Flächen gerade aufgezählt -, müssen auch die Gefahren, die darin stecken, berücksichtigt werden.

(B)

Das UFO in Dortmund oder das Multi Casa in Duisburg sind solche Ansatzpunkte zur Innenstadtentwicklung, zur Belebung der Innenstädte - das wollen wir -; aber oft sind sie so groß, daß sie möglicherweise auch die gewachsene Innenstadt, aber spätestens die Nachbargemeinden in Schwierigkeiten bringen. Es muß eine sachgerechte Abwägung erfolgen. Landesmittel, die in das UFO fließen, muß das Land auch gegenüber Unna oder Hagen rechtfertigen können. Es ist klar, daß für uns die Innenentwicklung und damit die Entwicklung von Brachflächen vorgeht.

Es wundert mich immer wieder, daß § 51 Landesbauordnung von der CDU immer noch nicht verstanden worden ist. Es geht darum, daß die Kommunen mehr Möglichkeiten haben, selber zu entscheiden, was sie sich wie vorstellen. Damit ist gemeint, daß ein Kaufhaus in der Nähe einer Straßenbahnhaltestelle nicht so viele Parkplätze benötigt wie irgendwo in Gebieten, in

denen keine Bushaltestelle oder kein öffentlicher Verkehr vorhanden ist.

(C)

Stadtentwicklungspolitik ist Politik mit vielen kleinen Stellschrauben bei unzähligen kleinen Problemen, die sich zu einem immer größeren Problem auswachsen, wenn sie nicht angegangen werden.

Ich finde, eines der besten Beispiele integrierter Arbeit sind die Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf. Wir haben mittlerweile 28 Stadtteile, über das ganze Land verteilt, angefangen von Bonn bis nach Bielefeld, wo mit integrierten Ansätzen versucht wird, wieder den Gedanken eines zusammenhängenden Viertels aufzubauen.

Die nordrhein-westfälischen Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf haben auch bei dem neuen Programm auf Bundesebene "Die soziale Stadt" Pate gestanden. Mit den Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf wollen wir viele Ebenen erreichen. Dazu gehört, wieder Arbeitsplätze in die Wohnviertel zu bringen und Qualifizierungsmaßnahmen durchzuführen.

Insgesamt gilt für die Stadterneuerungsmaßnahmen: Wir stecken Geld hinein, und die Kommunen und die Privatleute geben ungefähr noch einmal das Achtfache dazu. Das, was mit dem Geld gemacht wird, kann man nicht mit großen Maschinen, sondern nur mit vielen Händen tun. Das heißt, daß wir damit sehr viele arbeitsintensive Vorgänge fördern.

(D)

Die Steuerung der Stadtentwicklungspolitik muß auf Landesebene erfolgen. Sie dient als Netz über das ganze Land. Damit nicht jede Kommune für sich Kirchturmpolitik betreibt, müssen Regionale Entwicklungskonzepte bevorzugt werden. Ein guter Anfang und ein wirklich leuchtendes Beispiel ist die IBA. Was die IBA in diesen zehn Jahren, in denen sie von Professor Ganser betrieben worden ist, aus dem Ruhrgebiet gemacht hat, ist vorbildhaft. Man muß zusehen, daß für die IBA eine vernünftige Nachfolgeeinrichtung entsteht.

Der Gedankengang der IBA ist auf die Regionalen übertragen worden. Bei den beiden Regionalen, die wir im letzten Jahr vergeben haben, findet einmal der Spurwechsel ins bergische Städtedreieck statt, und was mich besonders freut, ist die Regionale rechts und links der Ems. Die Kreise Steinfurt, Warendorf und Münster kommen also in den Genuß, die Potentiale, die in einer Regionale stecken, auch auszunutzen.

(Hedwig Tarner [GRÜNE])

- (A) Von der Regionale wird vor Ort erwartet, daß sie Impulse in den Bereich bringt, eine Klammer zum Zusammenwachsen schafft und insgesamt ein Schub erfolgt. Für uns ist es eine spannende Herausforderung, daß wir auf der einen Seite ein Emsauen-Schutzprogramm haben und auf der anderen Seite die Ems als einen Entwicklungsstrang im ländlichen Raum betrachten wollen.

Ich möchte eben noch ein paar Worte zu den CDU-Anträgen sagen, die im Ausschuß gestellt worden sind. Im Prinzip gilt noch viel schlimmer als für den Einzelplan 14 gestern, daß Sie den 15er Haushalt nur zum Sparen benutzen wollen. Sie haben an allen möglichen Sachen lediglich Kritik angebracht und beispielsweise von einem zu hohen Verwaltungsaufwand gesprochen, von zu vielen kleinen Töpfen. Aber für die Stadterneuerungspolitik haben Sie keine anderen Ansätze eingebracht. Ich hoffe nicht, daß es Ihre Vorstellung von Stadtentwicklungspolitik ist, daß sich das Land aus allem raushalten soll, um alles den Kommunen zu überlassen. Wir als Land haben die Aufgabe, zu steuern und mit neuen Ideen in die Kommunen hineinzugehen, um dort als positiver Motor und Anschieber zu wirken.

- (B) Ich finde den Haushalt schlüssig, unterstütze das Ministerium. Unsere Fraktion trägt diesen Einzelplan mit.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich darf der Ministerin für Arbeit, Soziales und Sportentwicklung, Kultur --- Frau Ministerin, es fällt mir immer noch schwer, das alles zusammenzufassen. Daß Sie das können, gereicht Ihnen zur Ehre.

(Heiterkeit)

Ich darf Ihnen das Wort erteilen.

Ilse Brusis, Ministerin für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport: Vielen Dank, Herr Präsident! Meine Herren und Damen! In einer Welt, die immer komplizierter und immer offener wird, brauchen die Menschen eine Nähe zum Vertrauten. Sie brauchen Räume, die ihnen Sicherheit bieten, Heimat eben im besten Sinne des Wortes.

Die Landesregierung hilft bei der Sicherung und Gestaltung der heimatlichen Räume. Sie leistet das ganz konkret: Unsere Stadtentwicklungspolitik spielt sich Tag für Tag vor unserer Haustür ab.

Wir führen Leben, Arbeiten, Wohnen und Freizeit wieder zusammen, weg von Wohnsilos und gigantischen Einkaufszentren auf der grünen Wiese hin zu attraktiven Innenstädten, hin zu Stadtteilen mit eigenem Charme und entwickelter Infrastruktur. Wir schaffen die vitale Stadt, und wir schaffen die soziale Stadt.

Herr Kollege Schulte, ich wäre sehr froh und dankbar gewesen, wenn Sie sich mit diesen Grundprinzipien nordrhein-westfälischer Politik auseinandergesetzt und möglicherweise auch Gegenkonzepte aufgestellt hätten. Das alles ist aber nicht der Fall. Statt dessen haben Sie sich hier in einem Kleinklein verzettelt.

Sie beklagen, daß Teile der Stadtentwicklungs-/Städtebaufördermittel für die nächsten Jahre schon belegt sind. Schon im Ausschuß habe ich Ihnen erklärt, daß es dabei um große Investitionen geht, die gar nicht in einem Jahr fertiggestellt werden können, sondern sich über mehrere Jahre hinziehen. Deshalb muß man Verpflichtungsermächtigungen für mehrere Jahre zur Verfügung stellen. Dieses haushaltsrechtliche Prinzip haben Sie aber offensichtlich nicht begriffen.

Sie verheddern sich beispielsweise im § 51 unserer Landesbauordnung und die Stellplatzbewirtschaftung der Landesregierung. An der Stelle ist Ihre Argumentation im übrigen völlig widersprüchlich: Auf der einen Seite verlangen Sie, daß Landesbedienstete nicht mit ihrem Auto zur Arbeit kommen sollen. Auf der anderen Seite wollen Sie in den Städten immer mehr Parkplätze haben. Welches stadtentwicklungspolitische Konzept vertreten Sie damit eigentlich?

(Hedwig Tarner [GRÜNE]: Gar keins!)

Meine Herren und Damen, wir haben erfreulicherweise den Programmrahmen für die Stadterneuerung mit dem Haushaltsentwurf und dem Entwurf des GFG für das nächste Jahr nicht nur gehalten, sondern - wenn wir den Grundstücksfonds mit einbeziehen - sogar erhöht.

Herr Kollege Schulte, noch eines an Ihre Adresse zum Grundstücksfonds: Sie fragen danach, um was für neue Brachflächen es dabei geht, die bei den Haushaltsberatungen in den letzten Wochen und Monaten eine Rolle gespielt haben? - Haben Sie denn nicht mitbekommen, daß der Steinkohlenbergbau im Ruhrgebiet wieder auf dem Rückzug ist und wir davon ausgehen können, daß wir im Ruhrgebiet neue Brachflächen bekommen werden? Schauen Sie sich doch einmal eine Stadt

(C)

(D)

(Ministerin Ilse Brusis)

- (A) wie Neukirchen-Vluyn an! Mitten in dieser Stadt liegt das Bergwerk, das jetzt stillgelegt wird. Was glauben Sie, was da an stadtentwicklungspolitischen Aufgaben auf uns zukommt! Dort müssen wir zwei Teilstädte stadtentwicklungspolitisch vernünftig miteinander verbinden. Aber von all diesen Problemen haben Sie offensichtlich keine Ahnung.

Meine Herren und Damen, für uns ist klar: Nur attraktive Lebensorte können auf Dauer auch wichtige Wirtschafts- und Handelsstandorte sein. Umgekehrt gilt das genauso. Politik für unsere Städte ist deshalb eine Querschnittaufgabe. So hat die Landesregierung seit 1995 für die Stadterneuerung Mittel in Höhe von 2,5 Milliarden DM bereitgestellt. Damit ist nicht nur das äußere Stadtbild verbessert worden, sondern wir haben damit auch den Bausektor in Schwung gehalten. Jede Mark, die in den Städtebau investiert wird, erzeugt etwa 8 DM zusätzliche Investitionen in anderen Bereichen. Und das schafft Arbeitsplätze. Das sichert Arbeit in der Baubranche.

- (B) Wenn wir unsere Innenstädte nicht veröden lassen, sondern als Handels- und Einkaufsstätten stärken wollen, brauchen wir eine Rundumstrategie. Dazu gehört ein integriertes Handlungskonzept, das wir gemeinsam mit allen beteiligten Gruppen in der Stadt entwickeln. Wir haben die Gemeinschaftsaktion "Ab in die Mittel" gemeinsam mit dem Einzelhandel NRW in diesem Jahr durchgeführt. Das war eine sehr erfolgreiche Aktion, und ich hoffe, daß wir sie im nächsten Jahr wiederholen können. Viele Kommunen haben großes Interesse daran, sich an einer solchen Wiederholung zu beteiligen.

Über solche Aktionen mobilisieren wir auch finanzielle Mittel, die wiederum unseren Städte zugute kommen. Gerade im Zusammenhang mit unserem Programm "Vitale Stadt", das der Weiterentwicklung unserer Innenstädte dienen soll, haben wir es in den letzten Jahren in der Tat geschafft, sowohl mit unserem Konzept Stadtmarketing als auch mit solchen Aktionen wie der Aktion "Ab in die Mittel!" sehr viel privates Kapital für die Entwicklung unserer Städte zu mobilisieren. Wir haben es auch geschafft, bei unseren Investitionen die Planungsvorläufe sehr stark zu reduzieren, weil wir im Konzept von Stadtmarketing gleich alle Beteiligten an einen Tisch holen und damit in der Umsetzung und in der Planungsphase die Zeiten doch sehr stark verkürzen können.

Ebenso hohe Priorität wie die Innenstadtentwicklung und die vitale Stadt hat für uns die soziale Stadt. Der sozialen Polarisierung, die wir eigentlich in allen Städten Europas feststellen können, müssen wir, so denke ich, Einhalt gebieten. Deshalb wird das 1994 initiierte Programm für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf fortgeführt und sogar erweitert. Wir haben in Nordrhein-Westfalen 28 Stadtteile in diesem Programm, sind aber nicht daran interessiert, nur möglichst viele Stadtteile in das Programm aufzunehmen, sondern haben in den letzten Monaten häufig die Entscheidung getroffen, Anträge von Kommunen auch abzulehnen und statt dessen mit gezielten Maßnahmen in diesen Bereichen zu helfen, wenn es nicht nötig war, dieses umfassende Programm für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf einzusetzen.

Ich will zu dem Programm nicht viel sagen, weil Frau Kollegin Werthmann und Frau Kollegin Tarner das sehr gut und sehr ausführlich dargestellt haben. Deshalb kann ich mir das hier sparen.

Ich will auf das Bahnhofsprogramm eingehen. Ich glaube, daß die Entwicklung von Bahnhöfen - insbesondere die Entwicklung von kleinen und mittleren Bahnhöfen, für die es keine privaten Investoren gibt - ganz wichtig ist, weil heute oft nicht davon die Rede sein kann, daß diese Bahnhöfe ein attraktives Eingangstor für unsere Städte sind. Wir haben mit diesem Bahnhofsprogramm begonnen.

Herr Kollege Schulte, bisher hat sich die DB AG als guter Partner in diesem Programm erwiesen, der auch sehr hilfreich ist. Es ist manchmal schwierig, so etwas in Gang zu bringen, aber inzwischen haben wir für fast alle Bahnhöfe die ersten Planungsgespräche geführt. Ich bin zuversichtlich, daß wir im nächsten Jahr die Planungskosten und vielleicht auch in dem einen oder anderen Fall schon Realisierungskosten für diese Planungen zur Verfügung stellen können. Ich denke, so werden unsere Bahnhofsgebiete wieder zu Aushängeschildern unserer Städte.

Dazu gehört auch, daß sich die Menschen in den Bahnhöfen und im Umfeld der Bahnhöfe sicher fühlen müssen. Nur dann - so glaube ich - werden wir sie auch stärker veranlassen können, wieder auf den ÖPNV umzusteigen, statt das Auto zu benutzen. Von daher messe ich diesem Bahnhofsprogramm eine sehr große Bedeutung zu.

(C)

(D)

(Ministerin Ilse Brusis)

(A) Ich will noch etwas zur regionalen Entwicklung sagen. Im nächsten Jahr wird erstmals unser Konzept "Regionale Kultur- und Naturräume" in Nordrhein-Westfalen umgesetzt. Ich glaube, daß sehr gut erkennbar ist, daß die Region Ostwestfalen-Lippe mit der "Expo-Initiative OWL" an Attraktivität gewinnt und von ihr profitiert, und zwar nicht nur im Jahr der Weltausstellung. Ich freue mich außerordentlich darüber, zu welcher intensiver Zusammenarbeit es im Raum Ostwestfalen-Lippe zwischen den beteiligten Kommunen und Kreisen gekommen ist, aber auch, wie gut die Zusammenarbeit im Rahmen dieser Expo-Initiative OWL zwischen Kommunen und Wirtschaft dieser Region ist. Es ist erstaunlich, wieviel hervorragende Projekte auf den Weg gebracht worden sind - übrigens zu einem sehr großen Teil Projekte, die keiner öffentlichen Förderung bedürfen, wo aber der Diskussionsprozeß, den wir dort angeregt haben, dazu geführt hat, daß diese Projekte miteinander entwickelt worden sind.

Ich denke, daß durch die Verstärkung spezifischer Profile ein auf Dauer prägendes Konzept verfolgt wird, das sozusagen regionale Visitenkarten entwickelt. Das wird auch bei den folgenden Regionalen der Fall sein, d. h. bei der EUROGA 2002 plus in den Kreisen Mettmann, Neuss, Viersen und den Großstädten Düsseldorf, Krefeld und Mönchengladbach. Diese Region bezieht sogar Städte jenseits der Staatsgrenzen - in den Niederlanden - mit in dieses Regionalkonzept ein. Das finde ich besonders erfreulich und besonders beachtenswert.

(B) 2004 haben wir die Regionale rechts und links der Ems und 2006 die Regionale im Bergischen Städtedreieck. In den Jahren von 2000 bis 2002 gilt es, mit Priorität die etwa 60 Projekte der EUROGA 2002 plus vom Lande inhaltlich und finanziell zu begleiten und zu sichern.

Herr Kollege Schulte, ich will in dem Zusammenhang sagen, daß es schon ein bißchen bemerkenswert ist, daß es inzwischen so viele Regionen des Landes gibt, die dieses Regionalkonzept miteinander verfolgen und miteinander verwirklichen, und daß sich das Ruhrgebiet nach wie vor mit der regionalen Zusammenarbeit der Kommunen so schwertut. Wir haben dem Ruhrgebiet das Angebot einer Agentur Ruhr gemacht, um diese regionale Zusammenarbeit zu stärken und zu festigen, die durch die IBA begonnen worden ist und die jetzt nicht abbrechen darf. Wenn das

Ruhrgebiet ein solches Angebot zum jetzigen Zeitpunkt nicht annimmt, heißt das nicht, daß die Landesregierung nicht eine Verantwortung für die weitere regionale Entwicklung im Ruhrgebiet hat. Dieser Verantwortung wird die Landesregierung auch nachkommen.

Ihnen ist aufgefallen, daß mit der Ergänzungsvorlage der Landesregierung zum Haushalt ein paar Formulierungsänderungen vorgenommen worden sind. Das ist der Unterschied zwischen Landesregierung und Opposition in Nordrhein-Westfalen: Wenn wir merken, daß die Bürger etwas nicht wollen, reagieren wir flexibel. Bei Ihnen kann man diese Flexibilität manchmal vermissen.

Ich will eine Schlußbemerkung machen: Wer lebendige Städte will, muß auf gewachsenen Strukturen aufbauen. Überall dieselben Einkaufsketten, überall dieselbe Büroarchitektur - an dieser Gleichmacherei wollen und werden wir uns nicht beteiligen. Wir helfen, daß die Bürger und Bürgerinnen ihre Städte wiedererkennen. Wir helfen, Heimat zu erhalten und, wenn nötig, neue Heimat zu schaffen. Wir schaffen lebenswerte Städte für die Bürger und Bürgerinnen. Wir schaffen attraktive Standorte für Investoren. Wir schaffen Planungs- und Finanzierungssicherheit für die Kommunen. Das ist das langjährige Erfolgsrezept nordrhein-westfälischer Stadtentwicklungspolitik. Daran werden wir auch festhalten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Wird weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, dann kommen wir zum nächsten Teilbereich:

d) Kultur

Dazu hat der Kollege Blömer für die CDU-Fraktion um das Wort gebeten, das ihm jetzt erteilt wird.

Richard Blömer (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir kommen zur vierten Disziplin im modernen Fünfkampf dieses Ministeriums hier in Nordrhein-Westfalen. Ich möchte Gelegenheit nehmen, in dieser letzten Haushaltsdebatte in der ablaufenden Legislaturperiode noch einmal Rückschau zu halten auf Erreichtes und Nichterreichtes, auf Leistungen und Fehlleistungen, auf positive und negative Entwicklungen.

(C)

(D)

(Richard Blömer [CDU])

(A) Zugegebenermaßen hat einerseits die schwierige finanzielle Situation der Landesförderung von Kunst und Kultur enge Grenzen gesetzt. Andererseits muß aber natürlich die Frage erlaubt sein, ob die Landesregierung nicht doch durch Umverteilung den im Vergleich zu anderen Bundesländern unglaublich niedrigen Kulturretat hätte anheben müssen.

Auch die von Ihnen zum kulturellen Highlight ausgerufenen regionale Kulturförderung hat keine wesentlichen Impulse gebracht und ist weitgehend ein Förderinstrument für Aktivitäten geblieben, die ohnehin in vielen Regionen geplant waren und durchgeführt worden wären. Wesentliche Innovationen sind jedenfalls von der regionalen Kulturförderung nicht ausgegangen.

Und es drängt sich uns zuweilen auch der Eindruck von Beliebigkeit auf, der Eindruck nämlich, daß die regionale Kulturförderung instrumentalisiert wird. Ich will das an einem Beispiel verdeutlichen:

Aus diesem Haushaltstitel fördern Sie in den kommenden Jahren auch das neue Picasso-Museum in Münster. Die CDU-Fraktion begrüßt diese Initiative sehr, aber wir fragen Sie, ob diese Museumsförderung den von Ihnen erarbeiteten Richtlinien entspricht oder nicht eher eine Verlegenheitslösung ist, um die im Kommunalwahlkampf vom Ministerpräsidenten gemachten Versprechungen - das hat aber auch nichts genützt, Herr Clement - in Münster einlösen zu können.

(B)

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Es kommt trotzdem, obwohl die Wähler anders entschieden haben!)

- Es kommt trotzdem: Damit wären wir einverstanden! Es kommt allerdings darauf an, woher es kommt.

Ähnlich diffus verhalten Sie sich bei der Museumsförderung. Wir erkennen durchaus an, daß die Landesregierung in den letzten Jahren erhebliche Beiträge für die Finanzierung neuer Museen oder für Museumserweiterungsbauten geleistet hat. Nur durch diese Zuschüsse konnten in den Städten überhaupt neue Museen realisiert werden.

Aber: Ein weiterer Eckstein neben den Baukostenzuschüssen für Museen muß die Förderung der Ankaufsetats unserer Museen sein. Die systematische Fortführung von Sammlungstätigkeiten ist schließlich eine der wichtigsten Aufgaben und

erhöht die Attraktivität von Museen. Schaut man sich im Lande um, muß man feststellen, daß Neuerwerbungen in den großen nordrhein-westfälischen Museen fast gegenstandslos geworden sind. (C)

In dem Zusammenhang möchte ich ausdrücklich der Stiftung Kunst und Kultur danken, mit deren Hilfe erfreulicherweise noch Kunsterwerb für die Museen im Lande ermöglicht worden ist.

Wir bedauern sehr, daß die Landesregierung diese bedeutsame Aufgabe aus dem Haushalt nur unzureichend bedient. Die Haushaltsansätze für die Förderung der Ankaufsetats sind in den letzten Jahren entweder unverändert geblieben oder werden für das kommende Jahr sogar abgesenkt. Meine Fraktion hat daher eine Erhöhung gefordert. Wir haben überhaupt kein Verständnis dafür, daß wir dafür von Ihnen keine Zustimmung erhalten haben.

Auch in der Theaterförderung haben Sie keine neuen Akzente gesetzt. Sowohl die städtischen Bühnen in unserem Land als auch die große Zahl von freien Theatern werden von der Landesregierung nur unzureichend wahrgenommen. Aber das ist seit Amtsübernahme durch Sie, Herr Clement, hinlänglich bekannt. Dazu habe ich bei anderer Gelegenheit bereits Stellung genommen. Die Kulturpolitik der Landesregierung ist technokratisch orientiert. Theater, insbesondere freie Theater, spielen eine Nebenrolle. Kultur ist nur Mittel zum Zweck und ohne ökonomische Anbindung nichts wert. Der Ministerpräsident interessiert sich für Glamour, Musicals und Filme. Schauspieler und Schauspielerinnen, die in freien Theatern am Rande des Existenzminimums arbeiten, sind für ihn kein Aushängeschild, sondern allenfalls lästige Erinnerungsposten eines Kulturbetriebes, dem er aus seiner rein kulturwirtschaftlichen Sicht nichts abgewinnen kann. (D)

(Lothar Niggeloh [SPD]: Woher weißt du das denn? - Brigitte Speth [SPD]: Deshalb muß man es aber nicht glauben, oder?!)

- Ich weiß es. Wenn Sie es nicht wissen, habe ich es Ihnen jetzt gesagt. - Ähnlich katastrophal ist die Situation bei der Orchesterförderung. Eine von uns beantragte Anhörung zur Lage der Orchester in Nordrhein-Westfalen hat interessante und von allen Teilnehmern übereinstimmende Ergebnisse ergeben. Der Kulturdezernent aus Hagen, Rüdiger Voßmann, hat es in seiner Stellungnahme auf den Punkt gebracht. Er wies darauf hin, daß die städti-

(Richard Blömer [CDU])

(A) schen Orchester zur Zeit mit 5,5 Millionen DM gefördert werden. Vor Jahren lag dieser Finanzierungsanteil des Landes noch bei 6,3 bzw. 6,4 Millionen DM. Und er forderte im Einvernehmen mit allen Beteiligten die stärkere Mitverantwortung des Landes für die nordrhein-westfälische Musiklandschaft einschließlich der Orchester ein.

Wir müssen darauf hinweisen, daß durch die unterlassene Dynamisierung der Zuschüsse eine zusätzliche Kürzung stattgefunden hat, ohne Rücksicht auf tarifliche und sonstige finanzielle Entwicklungen, denen die Orchester wie andere Einrichtungen Jahr für Jahr ausgesetzt sind.

Im übrigen erwarten wir von der Landesregierung eine aktive Unterstützung der Fusionsbemühungen der Philharmonia Hungarica mit der Neuen Philharmonie Westfalen. Es geht hier schließlich um den Erhalt von Orchestern, die für die Ruhr-Region und darüber hinaus ein kulturelles Aushängeschild sind.

Der Umgang der Bundesregierung und insbesondere des neuen Staatsministers Michael Naumann mit der Philharmonia Hungarica ist schon verantwortungslos und mißachtet die Leistungen dieses renommierten Orchesters. Das zeigt aber auch, daß diese Bundesregierung an einer kulturellen Vielfalt im Westen der Republik absolut desinteressiert ist und sich ausschließlich auf die Förderung der Kulturangebote in Berlin fokussiert.

(B) Der Förderung der Laienmusik in unserem Lande mit ca. 1,5 Millionen Menschen hat die CDU-Fraktion immer ein ganz besonderes Augenmerk gewidmet. Durch zahlreiche Initiativen und Anträge ist von uns eine angemessene Finanzierung der Laienmusik eingefordert worden. Wir haben in dieser Legislaturperiode durch unsere Hartnäckigkeit eine Anhebung des Haushaltstitels für die Laienmusik erreicht und freuen uns ganz besonders darüber, daß unsere Forderung nach Einbeziehung der Kultur in die Sportwetten nun zu einem einstimmigen Beschluß zur Änderung des Sportwettengesetzes geführt hat. Der Landesmusikrat kann nunmehr mit zusätzlichen Mitteln unterschiedlichste Aufgaben wahrnehmen. Wir hoffen, daß zusätzliche Fördermittel auch in andere Bereiche der Breitenkultur fließen.

Bedauerlicherweise können wir diese positive Entwicklung bei der Förderung von Bibliotheken in unserem Lande nicht feststellen. Zwar haben Sie den Vorjahresansatz wiederhergestellt, bei gestie-

genen Kosten aber praktisch eine Kürzung vorgenommen. Auch an dieser Stelle möchte ich noch einmal darauf hinweisen, daß Sie durch Ihre Richtlinienpolitik vor allem die kleinen und in kirchlicher Trägerschaft befindlichen Bibliotheken erheblich benachteiligt haben. Ich möchte Sie bitten, diese Politik zu überdenken. Sie richtet sich nicht nur gegen die Bürger, sondern auch gegen Tausende von ehrenamtlichen Helfern, die sich um die Früchte ihrer Arbeit gebracht sehen. Und ich will von hier aus ausdrücklich denjenigen danken, die ohne finanzielle Unterstützung diese wichtige Arbeit geleistet haben. Diesen Dank wollen wir in das Land hineingeben.

(Beifall bei der CDU)

Ganz besondere Defizite leistet sich Ihr Haus, Frau Ministerin, auf dem Gebiet des Denkmalschutzes. Der Denkmalschutz in Nordrhein-Westfalen wird seit Jahren vernachlässigt. Die Etatsansätze haben den Stand des Jahres 1980 erreicht. Wenn diese Entwicklung so weitergeht, wird der Verfall historischer Bausubstanz zeitversetzt Ausmaße wie in der früheren DDR annehmen.

(Lachen bei der SPD - Brigitte Speth [SPD]: Ich dache, wir wären hier im Parlament und nicht im Kabarett. Aber dafür ist es auch viel zu schlecht!)

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen: Schauen Sie sich einzelne Objekte in den Städten an! Schauen Sie sich Kirchen an, die von den Kirchen nicht mehr unterhalten werden können, für die es keine Städtebauförderungs- und keine Denkmalschutzmittel gibt! Dann werden Sie sehen, daß diese Entwicklung eintreten wird. Es gibt genug Klagen aus dem Land, die dies belegen, beispielsweise aus Wuppertal.

(Brigitte Speth [SPD]: Sind Sie schon einmal durch Nordrhein-Westfalen gefahren?)

Deshalb werden wir uns in der nächsten Legislaturperiode dafür einsetzen, daß dieser Bereich ganz anders als bisher gefördert wird.

Meine Damen und Herren, wer so schludrig und nachlässig mit der kulturellen Breitenversorgung unseres Landes umgeht, der darf sich nicht wundern, wenn er von Kulturexperten nicht ernstgenommen wird.

Wir fragen Sie, was aus dem im Februar angekündigten öffentlichen Diskurs geworden ist, der Erkenntnisse darüber bringen sollte, wie wir

(C)

(D)

(Richard Blömer [CDU])

- (A) Nordrhein-Westfalen im kulturellen Bereich einen europäischen Spitzenplatz sichern und wie wir Kunst und Kultur in unserem Land voranbringen können. Wir fragen Sie, wann und wo dieser Diskurs stattgefunden hat. Und wir fragen Sie ebenso, ob nicht die kritische Bestandsaufnahme des nordrhein-westfälischen Kulturlebens von Experten vorgenommen werden sollte, die sich nun wirklich mit der kulturellen Problematik unseres Landes auskennen.

(Brigitte Speth [SPD]: So wie Sie!)

In der "Frankfurter Allgemeine Zeitung" wurde in der vergangenen Woche unter der Überschrift "Stadtorschüsse" über eine Veranstaltung des Ministerpräsidenten berichtet. Der Ministerpräsident ließ über Kultur reden und stellte unter anderem fest, daß er mit der kulturellen Ausstrahlung des Landes nicht zufrieden sei.

Herr Clement, Sie scheinen unter Wahrnehmungsdefiziten zu leiden. Dank der enormen Leistungen unserer Städte, Gemeinden und Kreise sowie der Landschaftsverbände, die Sie abschaffen wollten, haben wir eine kulturelle Vielfalt geschaffen, die sich sehen lassen kann.

(Brigitte Speth [SPD]: Och!)

- (B) Da berufen Sie aber bedeutende Persönlichkeiten aus dem europäischen Kulturleben in ein Beratergremium, das sich mit der nordrhein-westfälischen Kultur befassen soll. Gestatten Sie mir eine Anmerkung: Wenn wir die Landesregierung wegen ihrer Kulturpolitik kritisieren, verweisen Sie immer auf die Kulturhoheit der Kommunen. Wenn Ihnen diese so wichtig ist, frage ich Sie, warum Sie in Ihr Beratergremium nicht Fachleute einladen, die sich in diesem Land auskennen. Wir haben hervorragende Intendanten und Orchesterleiter; wir haben sie alle kennengelernt.

(Brigitte Speth [SPD]: Und was müssen wir da richtig machen?)

Das gibt es hochqualifizierte Kulturdezernenten, die Ihnen sehr deutlich die Probleme und Defizite in der Kulturpolitik aufzeigen könnten. Wir haben ja nichts gegen die Intendanten Kuck und Pereira aus Zürich sowie gegen den Museumsdirektor Fuchs und Herrn van Manen aus Amsterdam. Das sind alles hervorragende Kulturkenner, aber sie können kein Handlungskonzept für das Land erarbeiten, das Landes- und kommunale Kulturpolitik miteinander verzahnt.

Die Landesregierung hätte in dieser Legislaturperiode die von uns immer wieder geforderte Signalfunktion für die Kultur in diesem Lande ausüben können. Sie haben das versäumt, und Sie haben die Kultur in einem Gemischtwarenladen im Ministerium versteckt, in dem sie naturgemäß ein Schattendasein führen mußte.

Dieses Ministerium ist eine Überforderung bei den vielfältigen Aufgaben für die Ministerin - das habe ich nicht persönlich gemeint; es muß angesichts der Vielfalt von Aufgaben eine Überforderung sein -, und nicht zuletzt ist dieses Ministerium der sichtbare Ausdruck von Hilf- und Konzeptionslosigkeit in der Kulturpolitik.

(Brigitte Speth [SPD]: Was schlagen Sie denn vor?)

Meine Damen und Herren, deshalb schlage ich vor - und deshalb möchte ich mit Genehmigung des Präsidenten Herrn Rossmann von der "FAZ" zitieren -:

(Brigitte Speth [SPD]: Können Sie auch etwas eigenes sagen?)

Dieser schreibt zum Schluß seines Artikels:

"Doch im Mai 2000 sind Landtagswahlen, und da gilt es - wenn nicht die ganze Mannschaft ausgetauscht wird -, die Kultur neu zu ressortieren. Das muß Clement spätestens nach diesem ersten Stadtorgespräch erkannt haben."

Meine Damen und Herren, das wollen wir Ihnen auch vorschlagen. Gleichförmigkeit, Phantasielosigkeit und mangelndes Problembewußtsein kennzeichnen den Kulturhaushalt des Jahres 2000 und kennzeichnen die Kulturpolitik der gesamten fünf Jahre, die hinter uns liegen. Deshalb lehnen wir auch diesen Haushalt ab.

Lassen Sie mich am Schluß meiner Rede sagen: Ich bedanke mich für die kollegiale Zusammenarbeit, die wir in diesem Ausschuß immer gepflegt haben und auch weiterhin pflegen werden. Ich bedanke mich ausdrücklich bei den Kolleginnen Schumann und Herrmann von den GRÜNEN, mit denen wir auch immer einen kritischen Dialog geführt haben, und ich bedanke mich ebenso bei den Kollegen der SPD. Ich hoffe, daß wir aus den Defiziten, die wir festgestellt haben, lernen und in Zukunft eine vernünftige Kulturpolitik formulieren. - Danke schön.

(Brigitte Speth [SPD]: Das war eine Abschiedsrede!)

(C)

(D)

(A) **Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Das war keine Abschiedsrede, Frau Kollegin. Das war ein kölscher Abschluß.

(Brigitte Speth [SPD]: Ich bedanke mich für den Hinweis, Herr Präsident!)

- Ich will hier nicht belehrend wirken, aber man kann es auch so deuten.

Ich möchte jetzt gerne Herrn Kollegen Böcker für die Fraktion der SPD aufrufen. - Bitte schön.

Manfred Böcker (Augustdorf) (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geschätzter Kollege Richard Blömer, ich habe geahnt und gewußt, was da heute kommen würde: Alle Jahre wieder großes Gejammer. - Ich sage Ihnen: Wäre heute der Engel vom Himmel gekommen, hätten Sie immer noch gesagt, der rechte Flügel sei zu kurz.

(Richard Blömer [CDU]: Wenn es denn so wäre!)

Ich will deshalb in meiner kurzen Rede damit beginnen, auf einige Ihrer Argumente einzugehen: Da prangern Sie die Finanzierung des Picasso-Museums in Münster an. Sie prangern die Art der Finanzierung aus dem Topf der regionalen Kulturpolitik an. Ich darf Sie daran erinnern und dem Hohen Hause hier mitteilen, daß alle Anträge der CDU zur Kulturpolitik als Deckungsvorschlag den Topf der regionalen Kulturpolitik hatten. Wie sich das miteinander verträgt, weiß ich nicht.

(B) Was ich aber sehr wohl weiß, und das hat sich aus der jahrelangen Zusammenarbeit im Ausschuß ergeben - auch wenn sie kollegial war; ich will das unterstreichen -: Diese regionale Kulturpolitik wurde von Ihnen nie geliebt und wird von Ihnen nicht geliebt. Sie lehnen sie ab. - Das haben wir zur Kenntnis zu nehmen, aber Sie werden uns nicht daran hindern, dieses Erfolgsrezept weiter zu verfolgen.

Dann führen Sie hier die Theaterförderung an und nennen beispielhaft die freien Theater und damit die freie Szene in unserer Kultur in diesem Land, die blüht.

Ich darf Sie daran erinnern: Wer ist es denn gewesen? - Es ist die CDU gewesen, die jahrzehntelang die alternative Soziokultur bzw. freie Kultur in diesem Land bekämpft hat.

(Beifall bei der SPD)

Plötzlich stellen Sie sich hier an das Podium und spielen sich zum Retter dieser Szene auf. Das kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. (C)

(Brigitte Speth [SPD]: Peinlich!)

Im übrigen will ich Ihnen folgendes sagen: Wenn ich die Reden der letzten Legislaturperiode von Ihnen richtig in Erinnerung habe, dann hätte längst die Kulturwüste in diesem Land eintreten müssen. Ich stelle fest: Wir haben eine blühende Landschaft, und daran ändert auch die widersprüchliche Haltung nichts, die Sie einnehmen, indem Sie einen künstlichen Gegensatz zwischen dem, was der Ministerpräsident unter Kulturpolitik versteht, sowie seinen Wunschkonstruktionen, diesem Land einen hohen Stellenwert zu geben, und dem, was auf der kommunalen Ebene läuft, aufbauen. Ich kann das nicht erkennen und denke, daß beides nach wie vor seine Berechtigung hat.

Dies ist in der Tat der letzte Kulturhaushalt, den wir in dieser Legislaturperiode zu verabschieden haben.

Deshalb kann man ihn sicherlich nicht isoliert betrachten, sondern man muß einen Blick auf die Schwerpunkte und Erfolge dieser letzten fünf Jahre der Koalitionsregierung unter Ministerpräsident Wolfgang Clement werfen. (D)

(Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber)

Ich will hier beispielhaft vier Schwerpunkte der Kulturpolitik nennen:

Erstens: Die regionale Kulturpolitik des Landes. Wir haben in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen, die regionale Kultur, die Schwerpunkte und Besonderheiten in den Regionen unseres Landes voranzubringen. Ein stärkeres Kulturprofil in den Regionen ist entstanden, gibt den Menschen Orientierung, stärkt die Identität und setzt schöpferische Kräfte frei. Dieses Konzept ist von der CDU immer bekämpft worden. Sie haben uns den Erfolg nicht gegönnt, aber ich muß sagen: Ihre Kritik an der regionalen Kulturpolitik ist im letzten Jahr schon ein bißchen leiser geworden. Diese 11 Millionen DM, die wir für die regionale Kulturpolitik ausgeben, sind gut angelegtes Geld.

Sie versuchen, immer wieder dieses als Steinbruch - ich habe es eben an Ihrem eigenen Beispiel erwähnt - zu benutzen. Das bedeutet im Klartext: Wenn Sie dort Gelder herausbrechen, geht es nicht um eine Verbesserung der Kultur-

(Manfred Böcker [SPD])

- (A) landschaft, sondern Sie verschlechtern die Kulturlandschaft zu Lasten anderer.

Zweitens: Es ist in dieser Legislaturperiode gelungen, den Stellenwert von Kultur und Wirtschaft deutlich zu machen und beide stärker zueinander zu bringen. Die Kulturwirtschaftsberichte haben gezeigt, daß Kultur eine Branche mit Zukunft ist. Viele neue Arbeitsplätze sind in diesem Bereich entstanden. Dieser Erfolg wird sich aber nur dann fortsetzen, wenn wir die Vielfalt und die Dichte dieser NRW-Kulturlandschaft auf Dauer erhalten. Ich bitte deshalb unseren Wirtschaftsminister, den Kulturwirtschaftsbericht fortzuschreiben, und danke für die Unterstützung.

Drittens: Internationaler Kulturaustausch. Die fortschreitende Vernetzung der europäischen Staaten untereinander und die sich immer stärker akzentuierende Globalisierung wirkt sich auch auf den Kulturbereich aus. Um den Kulturstandort Nordrhein-Westfalen insbesondere im benachbarten europäischen Ausland besser bekanntzumachen, sollten Kultureinrichtungen, Künstlerinnen und Künstler mit jeweiligen Spitzenprogrammen sich im Ausland präsentieren. Ebenfalls soll ausländischen Kultureinrichtungen und ausländischen Künstlern und Künstlerinnen Gelegenheit gegeben werden, sich in Nordrhein-Westfalen darzustellen.

- (B) Europäisch denken lernen, so wie es neulich Ministerpräsident Wolfgang Clement formuliert hat, wird ohne Kulturpolitik, die Europa einbezieht, nicht möglich sein.

Viertens: Laienmusik. Hier haben Sie freundlicherweise auf den in der Tat großen Konsens zwischen uns hingewiesen. Die vier von mir eben skizzierten Schwerpunkte ziehen sich wie ein roter Faden durch die Kulturpolitik des Landes der letzten Jahre hin. Zu dem Bereich der Laienmusik will ich nur noch sagen, daß es uns gelungen ist, mit Hilfe der zusätzlich zur Verfügung gestellten Mittel nun auch ein hohes Maß an Fort- und Weiterbildung und Qualifizierung im Bereich dieser Breitenkultur zu gewährleisten.

Ich weiß - wir haben es eben gehört -, die CDU bemängelt vieles.

(Brigitte Speth [SPD]: Alles!)

Sie sagt, es sei viel zu wenig, was wir hier tun. Angesichts der knappen Kassen muß man fair bleiben. Wir sind jedenfalls stolz auf unsere Erfolge und danken denjenigen, die zu der Lebendigkeit und Vielfalt dieser Kulturlandschaft ihren Bei-

trag geleistet haben. Das sind die Kommunen, die beiden Kultursekretariate, die durch ihre Kooperationsangebote manches erst ermöglicht haben. Das sind die vielen Menschen, die mit hoher Professionalität, aber auch ehrenamtlich, das kulturelle Profil dieses Landes geschaffen haben.

Gegenüber dem Haushaltsentwurf haben die SPD-Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeinsam Erhöhungen im Bereich Bibliothekswesen, Förderung der Literatur, allgemeine Kulturförderung und internationalen Kulturaustausch und im Bereich der Frauenkultur die Ansätze des Vorjahres wiederherstellen können. Für diese gemeinsame Arbeit danke ich ausdrücklich.

Ich will gerne auch sagen, daß wir mit den Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion durchaus eine Reihe inhaltlicher Übereinstimmungen bei Einzelpositionen erzielt haben. Dafür möchte ich Ihnen auch danken. Als besonderes Beispiel kann man dafür aus Sicht des Kulturausschusses sicherlich - Sie haben es eben auch erwähnt - die gemeinsame Entschließung zum Sportwettengesetz anführen. Immerhin - das ist sehr hoch einzuschätzen - haben wir erreicht, daß das Gesetz die Beteiligung der Laienmusik für die Zukunft vorsieht.

Ich würde mich sehr freuen und hoffe darauf, daß dieser kooperative Geist im Ausschuß auch in Zukunft erhalten bleibt. Ich denke, wir können insgesamt mit diesem Kulturhaushalt leben und zufrieden sein. Er zeigt Kontinuität; er zeigt die Lebendigkeit, Vielfalt, Dichte dieser nordrhein-westfälischen Kulturlandschaft. Ich möchte einen herzlichen Dank unserer Ministerin, Frau Brusis, sagen, die sich mit großem Arbeitseinsatz und viel Eifer müht, diese Landschaft zu pflegen und zu hegen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Als nächste hat Frau Kollegin Schumann das Wort.

Brigitte Schumann¹ (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dies ist wahrscheinlich meine letzte Rede, die ich im Bereich Kultur hier halten werde. Sie veranlaßt mich natürlich, sowohl zurück als auch nach vorne zu gucken und mich nicht nur an den Haushaltszahlen 2000 festzuhalten.

(C)

(D)

(Brigitte Schumann [GRÜNE])

- (A) Bei aller Freundlichkeit, die tatsächlich die Mitglieder des Kulturausschusses miteinander im Umgang gepflegt haben, was ich auch sehr erfreulich finde und fand, muß ich doch die Polemik, die Kollege Blömer durch seine Bemerkungen und seine Bewertungen hier hereingetragen hat, in aller Deutlichkeit und in aller Freundschaft zurückweisen.

(Brigitte Speth [SPD]: Er hat das ernst gemeint!)

Herr Blömer, es ist nicht richtig, daß Rot-Grün in dieser Legislaturperiode angetreten ist, um Events und Highlights zu pflegen.

Ich denke, wir haben unsere Versprechungen bezüglich der Handlungsfelder, die wir ernst nehmen wollen, auch wirklich erfüllt - und das unter der Haushaltsbelastung und der Finanzlage des Landes. Das ist schon bemerkenswert. Wir haben die Breitenkultur gepflegt. Wir haben die Alltagskultur zu einem Schwerpunkt gemacht. Sie ist ja in der regionalisierten Kulturpolitik sozusagen auch zu Ehren gekommen, weil dort auch neue Formen der Partizipation greifen.

- (B) Wir haben durch das veränderte Sportwettengesetz und die Teilhabe der Kultur an den voraussichtlichen Einnahmen deutlich gemacht, daß Kultur neben Sport und Umwelt ein Bereich ist, den es zu pflegen gilt.

Wir haben Frauenkultur als ein wichtiges neues Handlungsfeld entdeckt, und zwar auf der Basis einer Großen Anfrage, die die SPD-Fraktion in der letzten Legislaturperiode an die Landesregierung gestellt hat. Auf dieser Basis zeigte sich doch sehr klar, daß bezüglich der Gleichstellung von Künstlerinnen und weiblichen Kulturschaffenden nicht nur ein vermuteter Handlungsbedarf besteht, sondern ein tatsächlicher.

Wir haben Geld eingestellt, damit ein Netzwerk von Frauenkultur entstehen kann, das über alle Sparten hinweg gilt und dem Zweck dient, Frauen gleichzustellen und ihre bis jetzt noch minoritäre Position in den Sparten erheblich zu verbessern.

Wir haben mit der Regionalisierung der Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen einen entscheidenden Schritt getan - nicht nur bezüglich der Partizipation von möglichst vielen Akteuren in der Region, die ich schon erwähnte. Wir haben einen entscheidenden Schritt getan, anzuerkennen, daß sich dieses große Flächenland in unterschiedlicher Weise entwickelt hat, auch ein regionales Profil

entwickelt hat, und daß es sich lohnt, dies gezielt zu fördern. Das können wir nicht zentral. Das können wir auch nicht, indem wir weiter die einzelnen Akteure mit ihren jeweils kleinen kommunalen Ansätzen allein lassen, sondern wir müssen für Vernetzung sorgen. (C)

Wenn es unterschiedliche Stimmen in der Auseinandersetzung über die Entwicklung gab, ist das auch ein Verdienst dieser Kulturpolitik. Sie hat belebend gewirkt. Sie hat einen Aufbruch dargestellt, der sich dann auch in der Vielzahl der Äußerungen und Diskussionen reflektierte. Ich kenne nur den Schulbereich noch als einen vergleichbaren Bereich, in dem so viel diskutiert wird. Dort geht es aber sehr häufig nicht mehr um die Sache, sondern es wird ideologisch in Grabenkämpfen sich eingemauert. Das haben wir nicht gemacht.

Wir haben immer ehrlich gesagt, wo wir Probleme sehen, auch gerade bei der Entwicklung zum Beispiel der regionalen Kulturpolitik im Ruhrgebiet. Wir haben darauf hingewiesen, daß wir zwar im Ruhrgebiet mit dem noch nicht bewältigten Strukturwandel eine Sondersituation haben, aber wir wollten die Grundprinzipien auch hier zur Geltung bringen. Ich hoffe sehr, daß das Ruhrgebiet begreift, daß es diese Klammer braucht und daß die regionale Kulturpolitik ein positiv veränderndes Movens für die strukturelle und qualitative regionale Entwicklung ist. (D)

Der Kulturhaushalt dieses Jahres hat seitens der Koalitionsfraktionen einige Veränderungen mit sich gebracht. Auf die hat mein Kollege hingewiesen. Ich will sie im einzelnen nicht mehr darstellen. Es sind im Grunde Rücknahmen von Kürzungen in Feldern, bei denen es uns wichtig war, zum Beispiel im Bibliothekswesen.

Ich möchte auch auf das Ereignis Bezug nehmen, das im Stadttor stattgefunden hat. Ich glaube, daß wir in der Kulturpolitik nicht immer nur über die Verausgabung von Mitteln reden dürfen und können, sondern daß wir auch zukunftsweisend darüber reden müssen, welche Rolle die Kulturpolitik überhaupt zu spielen hat - im Konzert der anderen Politikfelder und Ressorts und insbesondere für die Landespolitik in Nordrhein-Westfalen.

Ich kann dem Ministerpräsidenten, der jetzt hier nicht anwesend ist, nur dazu gratulieren, daß er den Dialog mit den Künsten, mit der Kultur und den Kulturschaffenden in diesem Lande sucht und führt. Ich hoffe auch, daß er ihn weiterführt, un-

(Brigitte Schumann [GRÜNE])

(A) abhängig davon, welchen Zuspruch er für seine Politik bekommt. Es kann nicht darum gehen - ich glaube auch nicht, daß er darauf erpicht ist -, Belobigungen einzuholen. Es geht vielmehr darum, sich kritisch reflektierend gerade von Künstlern und Künstlerinnen und Kulturschaffenden auch aufzeigen zu lassen, wo die Zukunftsprobleme dieser Gesellschaft liegen. Es gibt aus meiner Sicht nichts Wichtigeres, als die Künstler und Künstlerinnen daraufhin zu befragen. Das ist ja ihre Aufgabe. Es ist ihre Aufgabe, durch die Kunst ein Potential zu schaffen, mit deren Hilfe wir auch als Politik entscheidend kritisch reflektieren können, was wir tun oder was wir tun müßten.

Zu diesem Stadtgespräch ist mir aufgefallen - ich war nicht dabei und habe es nur in den Zeitungen gelesen -, daß unter anderem die Rede davon war, welche Bedeutung die Kultur in unseren Schulen hat. Da ich gleichzeitig Bildungspolitikern bin, kann ich nur sagen: Da haben Sie einen wichtigen thematischen Aspekt aufgegriffen, Herr Ministerpräsident, indem Sie auch noch verwundert zurückgefragt haben, wie es denn sein kann, daß die Künstlerinnen und Künstler zu wenig in die Schulen kommen oder dort nicht anwesend sind.

(B) Warum fehlen uns die Musen in den Schulen? Ich möchte mich damit am Ende meiner Rede noch kurz beschäftigen. Warum sind sie abhanden gekommen? Die musisch-ästhetischen Fächer spielen eine randständige Rolle. Die Qualität von Schule und des Bildungsstandortes werden zur Zeit über die Fachleistungen in Deutsch, Mathematik, Englisch und in den Naturwissenschaften ausgemacht. Sind diese schlecht, muß davon noch mehr her. Herr Recker sagt immer: Mehr Unterricht!

(Beifall bei der CDU)

Über die Qualität dessen, was im Unterricht gemacht wird, müßten wir uns eigentlich auseinandersetzen. Das wird viel zu wenig gemacht.

Über diese verfehlte Qualitätsdiskussion passiert es eben, daß bestimmte Fächer völlig ausgeblendet werden und ihre Bedeutung für die Schulen nicht erkannt wird.

Herr Luppertz hat recht, wenn er bemängelt, daß es Kunststudenten gibt, die keine Ahnung von den Künsten haben, weil auch in der gymnasialen Oberstufe Literatur, Kunst und Musik eine marginale Rolle spielen. Ich frage ganz kritisch nach,

wie eine Branche wie die Kultur- und Medienwirtschaft nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ expandieren kann, wenn es wenig kulturelle Bildung oder Vorbildung an den Schulen für Kinder und Jugendliche gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch einmal: Warum ist die kulturelle Bildung so wichtig? Weil Kinder und Jugendliche über sie - wie diverse Langzeitstudien belegen - Schlüsselqualifikationen wie Kreativität, Teamfähigkeit und Flexibilität entwickeln. Die kulturelle Bildung ist wichtig, weil Kinder und Jugendliche in benachteiligten Lebenslagen eine Möglichkeit bekommen, sich anders zu erfahren und Alternativen zu den Verhaltensstereotypen im Umgang mit Konflikten zu erlernen. Das heißt, ein Konflikt wird nicht mit Gewalt, sondern mit anderen Möglichkeiten der Bewältigung beantwortet.

Kunst und Kultur in den Schulen ist wichtig, weil die Welt der Künste einen Eigenwert jenseits von gesellschaftlicher Nützlichkeit hat. Alle Menschen haben ein Recht darauf, einen Zugang zu bekommen - unabhängig vom Geldbeutel des Vaters und vom Elternhaus. Die Schule ist da der richtige Ort.

Kunst und Kultur sind der Zugang zur eigenen Persönlichkeit. Das ist mein persönliches Bekenntnis. Damit verbinde ich auch die Notwendigkeit der Verbindung von Schule und Kultur zu wohlverstandener Schulkultur.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Frau Kollegin!

Brigitte Schumann* (GRÜNE): Ja, ich sehe, die Präsidentin beobachtet, daß ich zum Schluß kommen muß.

Ich will noch einen Satz sagen - hoffentlich wird es nur einer, Frau Präsidentin -: Es gibt ermutigende Ansätze, wie Künstler und Künstlerinnen in die Schule kommen und gerade in Grundschulen in armen Quartieren mit besonderem Erneuerungsbedarf die Schüler fördern.

Wenn der Ministerpräsident dieses Landes will, daß in Zukunft mehr Künstlerinnen und Künstler in die Schulen kommen, dann muß er beispielsweise die Yehudi-Menuhin-Stiftung unterstützen und verstärken, damit sie nicht nur 39 Grundschulen mit diesem Ansatz an kultureller Bildung besser ausstatten kann, sondern mehr.

(C)

(D)

(Brigitte Schumann [GRÜNE])

- (A) Ich würde gerne noch mehr sagen; ich darf nicht. Im Ausschuß haben wir vielleicht noch die Gelegenheit dazu.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Danke schön. - Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Brusi das Wort.

Ilse Brusi, Ministerin für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport: Frau Präsidentin! Meine Herren und Damen! Ich will bei dem letzten anknüpfen, was Frau Schumann gesagt. Ich bin auch außerordentlich froh, daß es uns gelungen ist, gemeinsam mit der Menuhin-Stiftung dieses Projekt an 39 Grundschulen in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf durchzuführen.

Es zeigt, wie wichtig musische Bildung, kulturelle Betätigung, bildnerisches Gestalten, Musik, Tanz für Grundschüler sind, auch zum Abbau von Aggressionen, die wir gerade an den Grundschulen in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf häufig beobachten.

- (B) Herr Blömer, es zeigt aber auch, wie kreativ man beispielsweise mit der Verbindung von Stadtentwicklung und Kultur in einem Ministerium umgehen kann. Denn dieses Projekt wird aus Mitteln der Stadtentwicklung und der Menuhin-Stiftung finanziert.

Herr Kollege Blömer! Sie haben mich mit Ihrem Hinweis, wenn schon der Ministerpräsident zu einem Stadttor-Gespräch über Kultur einlädt, dann möge er doch bitte Fachleute einladen, die sich auskennen, in Ratlosigkeit versetzt. Wer war denn da? Es waren Künstler da, Künstler aus Nordrhein-Westfalen, die zum Teil weltweit tätig sind. Wenn das nicht die Fachleute sind, mit denen es sich lohnt, über Kultur zu reden, dann weiß ich nicht, wen Sie sonst im Auge haben.

(Beifall der Brigitte Speth [SPD])

Meine Herren und Damen! Nordrhein-Westfalen besitzt eine anspruchsvolle und von hoher Qualität gekennzeichnete Kulturszene, die weltweit Anerkennung erfährt. Das gilt sowohl für unsere Theater wie für die Orchester oder Museen, aber auch für unsere soziokulturellen Zentren. Das schlägt sich aber auch nieder in kulturpolitisch bedeutsamen Großveranstaltungen wie dem Inter-

nationalen Tanzfestival, den Ruhrfestspielen in Recklinghausen oder den rheinischen beziehungsweise westfälischen Musikfestivals, der Biennale in Bonn oder den Internationalen Kurzfilmtagen in Oberhausen. (C)

Die Kulturlandschaft in Nordrhein-Westfalen lebt von den Kulturschaffenden, von den Kulturhungrigen, von den zahlreichen Laiensembles und den international anerkannten Bühnen. Sie lebt von der Lebendigkeit traditioneller Angebote, auch von dem frischen Wind zeitgenössischer Kultur. Dieses hohe Niveau unserer Kulturlandschaft wollen wir mit dem Kulturhaushalt 2000 sichern. Einschließlich der Ansätze im Gemeindefinanzierungsgesetz für die Landestheater und für den Museumsbau kann das Land für die Kulturförderung im Jahre 2000 beinahe 300 Millionen DM ausgeben. Das sind 5 Millionen DM mehr als im letzten Jahr.

Meine Herren und Damen, dieser Haushalt garantiert Kontinuität für unsere großen langfristigen Vorhaben, etwa für das Ständehaus in Düsseldorf. Die Erhöhung des Ansatzes für den Umbau des Ständehaus um 2,7 Millionen DM sichert den kontinuierlichen Baufortschritt.

Genauso halten wir fest an der technischen Modernisierung der neuen Schauspiel GmbH in Düsseldorf. Mit der Erhöhung des Ansatzes um 690.000 DM im Jahre 2000 wird diese technische Modernisierung konsolidiert. Beide Vorhaben, der Umbau des Ständehaus wie die technische Modernisierung des Schauspielhauses, werden die Landeshauptstadt Düsseldorf als Kulturstadt weiter profilieren. (D)

Die Unterstützung kommunaler Kultureinrichtungen wird auch im Jahre 2000 fortgesetzt. Hier ist es gelungen, nahezu alle Förderansätze auf dem Vorjahresniveau zu halten. Damit leistet die Landesregierung einen Beitrag für qualitativ hohe Kulturangebote im ganzen Land. Die Erhöhung des Ansatzes für die Landestheater um rund 800.000 DM sichert attraktive Spielangebote für die Menschen in den Gemeinden, die über kein eigenes Theater verfügen. Für mich ist das ein Beitrag zu einer vergleichbaren Kulturversorgung in unserem Lande. Ich erinnere daran, daß die Ansätze für die kommunalen Theater im laufenden Haushalt 1999 erhöht worden sind. Ich freue mich, daß es jetzt auch gelungen ist, die Ansätze für die Landestheater zu erhöhen.

(Ministerin Ilse Brusis)

- (A) Was die Situation der Orchester anbetrifft, Herr Kollege Blömer, so haben diese meine volle Aufmerksamkeit, und wir werden dafür sorgen, daß sie nicht in Schwierigkeiten geraten. Zur Philharmonia Hungarica muß ich allerdings sagen: Da haben Sie etwas aus den vergangenen Jahren vergessen. Sie haben gesagt, Herr Kollege Naumann habe der Philharmonia Hungarica die Fördermittel des Bundes entzogen. Nein, Herr Kollege Blömer, das wissen Sie sehr gut, weil wir nämlich noch in der letzten Ausschußsitzung darüber gesprochen haben: Es war Herr Kollege Kanther,
- (Beifall bei Abgeordneten der SPD)
- der gesagt hat: Ab 2001 stehen vom Bund keine Fördermittel mehr für die Philharmonia Hungarica zur Verfügung, nicht Herr Kollege Naumann. Herr Kollege Naumann setzt nur das um, was sein Vorgänger bereits gesagt hat.
- Meine Herren und Damen, die Regionen unseres Landes profitieren darüber hinaus immer mehr von der erfolgreichen regionalen Kulturpolitik, die zu einem Aktivposten unserer Arbeit geworden ist. So haben wir ca. 500 Projekte seit 1996 fördern können, ca. 170 davon in diesem Jahr. Die Regionen zeigen zunehmend Profil. Denken Sie an das Münsterland, das im Bereich der klassischen Musikfestivals und mit seinen Skulpturenprojekten immer mehr weit über die Region hinaus von sich reden macht. Denken Sie an die Bergische Biennale für Neue Musik, um nur einige Beispiele zu nennen.
- Im Jahr 2000 wird diese Arbeit im Ruhrgebiet mit großen und wichtigen Projekten fortgesetzt wie dem Medienkunstprojekt "Vision Ruhr", dem regionalgeschichtlichen Projekt "Historama Ruhr 2000" oder auch der Tanzmesse. Hinzu kommen zum Beispiel die zur OWL-Expo-Initiative gehörende Ausstellung "Weser - ein Fluß in Europa" und das Clemens-August-Ausstellungsprojekt sowie Global Art, das die wichtigsten Kunstmuseen entlang des Rheins vereint.
- Ich will in diesem Zusammenhang das Stichwort "Picasso-Museum", das Sie genannt haben, Herr Kollege Blömer, aufgreifen. Das Picasso-Museum ist ein für die Region Münsterland und weit darüber hinaus außerordentlich wichtiges Vorhaben, das wir deshalb auch aus der regionalen Kulturpolitik fördern. Sie haben das hier etwas kritisch gesagt. Ich habe den Eindruck, daß für Sie Museen immer nur dann förderwürdig sind, wenn sie in Köln stehen.
- (Zuruf des Richard Blömer [CDU])
- Das ist nicht so. Auch im westfälischen Teil unseres Landes brauchen wir herausragende und hervorragende Museen, und deshalb fördern wir das Picasso-Museum, deshalb fördern wir das Museum für die Ahlers-Sammlung in Herford, und deshalb fördern wir das von Ihnen immer wieder angegriffene Archäologiemuseum in Herne.
- Mit der Erhöhung der Ansätze für die regionale Kulturpolitik im Rahmen der Ergänzungsvorlagen um nunmehr 12,6 Millionen DM spiegelt der Haushalt 2000 das Bekenntnis der Landesregierung zur regionalen Kulturpolitik wider.
- Die regionale Kulturpolitik ermöglicht es zudem, Themen wie "Kultur und Wirtschaft" oder "Kultur und Tourismus" offensiv anzugehen. Keiner denkt dabei an eine einseitige Zweckbestimmung von Kultur. Dort, wo sich aber Synergieeffekte mit anderen Handlungsfeldern ergeben, da ist es, glaube ich, im Interesse der Kultur sinnvoll, sie aufzugreifen und sie auch zu nutzen.
- (B) **Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Frau Ministerin, Herr Kollege Blömer hat eine Zwischenfrage. Würden Sie sie zulassen?
- Ilse Brusis, Ministerin für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport:** Herr Kollege Blömer, bitte schön!
- Richard Blömer (CDU):** Frau Ministerin, sind wir uns einig, daß alle Häuser - in Köln, in Herne, in Münster, in Duisburg - natürlich auch regionalen Charakter haben und daß man Neubauten aus dem Museumstopf und nicht aus der regionalen Kulturförderung fördern sollte, dies insbesondere vor dem Hintergrund Ihrer Aussage, daß die regionale Kulturförderung in starkem Maße in Anspruch genommen wird?
- Ilse Brusis, Ministerin für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport:** Herr Kollege Blömer, da muß ich Sie leider korrigieren. Das Picasso-Museum ist ein Museum in der Trägerschaft einer privaten Stiftung, und die Mittel aus
- (C)
- (D)

(Ministerin Ilse Brusis)

- (A) dem GFG für den kommunalen Museumsbau können wir nur für kommunale Museen einsetzen. Deshalb greifen wir in diesem Fall auf die regionale Kulturförderung zurück, die uns dankenswerterweise die Möglichkeit gibt, dieses hervorragende Museum zu fördern, so wie wir es auch mit der Stiftung Insel Hombroich getan haben. Auch da haben wir auf die Mittel der regionalen Kulturpolitik zurückgegriffen, weil es ebenfalls ein regional bedeutsames Museum ist.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Frau Ministerin, nun hat Herr Kollege Böcker eine Zwischenfrage. Würden Sie sie zulassen?

Ilse Brusis, Ministerin für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport: Oh je, jetzt wird es aber knapp.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Wollen Sie die Zwischenfrage zulassen oder nicht?

- (B) **Ilse Brusis, Ministerin für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport:** Ja.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Bitte schön!

Manfred Böcker (Augustdorf) (SPD): Frau Ministerin, könnte es sein - das auf die Frage des Kollegen Blömer -, daß, wenn das Picasso-Museum aus dem Museumstopf, nämlich dem GFG, bezahlt würde, dies zu Lasten der Kölner Museen ginge?

Ilse Brusis, Ministerin für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport: Es würde uns jedenfalls die Möglichkeit, die Kölner Museen zu fördern, nicht erleichtern, um es so auszudrücken.

Meine Herren und Damen, im Rahmen der allgemeinen Kulturförderung war eine Reduzierung um 500.000 DM vorgesehen. Ich begrüße es, daß die Koalitionsfraktionen anstreben, den Vorjahresansatz beizubehalten.

Wir werden unsere internationale Kulturarbeit weiterhin engagiert fortsetzen. Dabei haben wir

uns in den letzten Jahren ganz bewußt auf Europa konzentriert. Denn ich denke, für uns ist klar: Europa muß mehr werden als ein gemeinsamer Wirtschaftsraum, und Europa ist mehr als eine gemeinsame Währung. Das zusammenwachsende Europa ist auch ein einzigartiger Kulturraum, bestehend aus regionaler Vielfalt, einem regen kulturellen Austausch und der Entwicklung einer gemeinsamen Kulturlandschaft über nationale Grenzen hinweg. Daran werden wir in und aus Nordrhein-Westfalen heraus wie bisher mitwirken. (C)

Für das Denkmalförderprogramm 2000 stehen wie im Vorjahr rund 40 Millionen DM zur Verfügung, inklusive der Denkmalmittel im Rahmen des GFG. Einen wichtigen Schwerpunkt werden die frühindustriellen sowie technisch-geschichtlichen Denkmäler bilden. Denn das Jahr 2000 ist das Jahr der Industriekultur.

Der Sanierung des Altenberger Doms kommt aufgrund seiner kulturhistorischen Bedeutung ein hoher Stellenwert zu. Im Haushalt wird dem durch genehmigte Gesamtkosten der Sanierung von knapp 31 Millionen DM Rechnung getragen. Davon sind 4,5 Millionen DM als planmäßige Bau-rate für das Jahr 2000 veranschlagt, 1,1 Millionen DM mehr als 1999.

Mit einem Haushaltsansatz von 750.000 DM und einer Verpflichtungsermächtigung von 2,25 Millionen DM wird die Fortsetzung des Synagogen-Bauprogramms im Jahre 2000 sichergestellt. Die jüdische Gemeinde Wuppertal und im umgebenden Bergischen Land wird mit der Wiederherstellung ihres religiösen kulturellen Zentrums einen Mittelpunkt für ihr gemeindliches Leben erhalten. (D)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Frau Ministerin!

Ilse Brusis, Ministerin für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport: Unser Ziel ist auch für die Zukunft eine nordrhein-westfälische Kulturlandschaft auf hohem Niveau. Kunst und Kultur helfen querzudenken, weil sie selbst Anstoß nehmen. Wir setzen auf eine innovative Kultur, die Impulse für unsere Gesellschaft gibt. Ich denke, unser Haushalt 2000 wird dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(A) **Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Werden für den Bereich Kultur weitere Wortmeldungen gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann komme ich zum Bereich

e) Sport

und erteile für die CDU-Fraktion Kollegin Dr. Schraps das Wort.

Dr. Annemarie Schraps (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich sehe mich am Anfang meiner Rede gezwungen, darauf hinzuweisen, daß die Pflege und Förderung des Sports seit dem 13. November 1992 als Staatsziel in der nordrhein-westfälischen Landesverfassung steht. Damit haben die Kommunen und vor allem das Land die Pflicht, den Sport als Querschnittsaufgabe zu fördern. Das Land ist verpflichtet, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß diese Querschnittsaufgabe erfüllt und das bisher Geschaffene bewahrt werden kann.

(B) Auch wenn es sich beim Sport um eine freiwillige Aufgabe handelt, so muß der Staat im Interesse der Allgemeinheit unterstützend wirken. Wenn man den Landeshaushalt betrachtet, muß man feststellen: Das ist ein Gemischtwarenladen. Es gibt keine Schwerpunkte, und zwar schon seit Jahren nicht. Wir können den Sporthaushalt 2000 im Grunde genommen mit allen anderen Sporthaushalten der letzten Jahre in einen Topf werfen - ich werde wegen der Kürze der Zeit nur einige wenige Punkte ansprechen können -, insbesondere wenn es um die Unterstützung der Vereine als Träger des Breitensports geht. Die Vereine sind unersetzlich. Ohne deren ehrenamtliche Arbeit wären viele Leistungen in unserem Gemeinwesen nicht möglich.

Ich meine, meine Damen und Herren, das System ist noch immer gut; es trägt noch. Das zeigen die - allerdings nur noch leicht - ansteigenden Mitgliederzahlen. Ich sage ganz bewußt: Das System trägt noch. Die Vereine wurden in den letzten Monaten nämlich über Gebühr belastet. Ich erwähne nur das 630-Mark-Gesetz, an dem auch die Landesregierung mitgewirkt hat. Ein Drittel der Übungsleiter in den Sportvereinen haben ihren Job hingeworfen. Leider gibt es noch immer kein Ergebnis der Untersuchung über die Auswirkungen dieser Neuregelungen in Sachsen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, Frau Ministerin. Im Interesse der Vereine warten wir alle ganz

(C) dringend auf diese Auswertung; denn mit der gesetzlichen Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse und der Scheinselbständigkeit sind nicht mehr ehrenamtlich zu bewältigende Verwaltungstechnische und finanzielle Mehrbelastungen für die Sportvereine verbunden.

Ich mache jetzt einen kleinen Sprung: Leider ist unser Antrag auf Erhöhung der Übungsleiterzuschüsse auf 25 Millionen DM - dieser Antrag sollte eine leichte finanzielle Entlastung der Vereine bringen - wieder abgelehnt worden. Die im Moment im Haushalt vorhandenen Mittel sind fast eine Art Almosen. Wir haben steigende Mitgliederzahlen, doch die Förderansätze bleiben gleich. Das bedeutet im Grunde genommen sinkende Förderung der Vereine. 10.000 Vereine teilen sich die veranschlagte Summe. Damit entfallen - das sage ich immer wieder, auch wenn es gebetsmühlenartig ist - auf jeden Übungsleiter etwa 1,50 DM bis 2,50 DM pro Stunde. Ich frage Sie: Wer will damit die Abwanderung unserer Übungsleiter aus den Vereinen zur VHS, zu Familienbildungsstätten oder zu kommunalen Sportstätten, deren Zahl immer mehr steigt, verhindern?

(D) Leider werden auch die Übungsleiter - das möchte am Rande erwähnen - im Jahre 2000 nicht die versprochene Erhöhung des Steuerfreibetrages von 4.800 DM bekommen. Ich glaube, wer stolz darauf ist - und dies in Sonntagsreden immer wieder betont -, daß unsere Sportvereine ein flächendeckendes soziales Netz bilden und soziale Mängel und wachsende Isolation in unserer Gesellschaft ausgleichen, der muß dem auch im Haushalt Rechnung tragen.

Weitere Belastungen will ich nur kurz erwähnen. Ich hoffe sehr, daß unser neues Sportwettengesetz keine Belastung bringen wird, indem Mittel aus dem Spiel 77 ausfallen, die nicht kurzfristig ersetzt werden können. Sie wissen ganz genau: Wir haben diesem Gesetz zwar zugestimmt, aber nur unter der Bedingung, daß die ausfallenden Mittel wirklich ausgeglichen werden. Die Sportvereine können nicht mehr tragen als jetzt. Das gilt auch für unsere Rennvereine. Ich bin sehr froh, daß der Finanzausschuß unserem Antrag - von Ihnen kam ein gleichlautender Antrag - gefolgt ist, zumindest die Rennwettsteuer wieder von 93 auf 96 % zu erhöhen, als kleinen Finanzausgleich für die ausgesprochen gebeutelten Rennvereine.

Ein weiteres Thema ist unser Schulsport. Dieser ist im Haushalt ebenfalls stiefmütterlich behandelt

(Dr. Annemarie Schraps [CDU])

(A) worden. Er findet eigentlich nicht die Wertung, die er haben müßte, auch nicht im Rahmen des "Jahres des Schulsports". Wir brauchen hier im Grunde genommen keine öffentlichen Veranstaltungen. Vielmehr brauchen wir Lehrkräfte in ausreichender Zahl; wir brauchen die Einstellung junger Sportlehrer in ausreichender Zahl; wir brauchen eine ausgesprochen gute, praxisnahe Ausbildung auch der Grundschullehrer, und wir brauchen natürlich eine fachgerechte Erteilung der drei Wochenstunden Sport in allen Schulformen.

Ich halte nichts davon, Eintagsfliegen wie "Challenge Day" durchzuführen. Das Geld, das für solche Veranstaltungen ausgegeben wird, wäre an anderen Orten sehr viel sinnvoller und effektiver einzusetzen, zum Beispiel bei den Fördergeldern für Schulbau und Sportstätten. Hier übersteigt das Antragsvolumen für die Schulbauförderung einschließlich der Sportstätten das Fördervolumen um ca. 50 %.

(B) Meine Damen und Herren, die 100.000 DM, die für das "Jahr des Schulsports" im Jahre 2000 vorgesehen sind, werden den gleichen Weg gehen: Es werden Jubelveranstaltungen stattfinden, die keine - was wichtig wäre - langanhaltende Wirkung für den Schulsport haben. Sie wissen alle ganz genau, daß das Defizit im Schulsport für unsere Kinder außerordentlich schwerwiegend ist. Es gibt Sportstätten, in denen oft kein kindgerechter und gesundheitsgemäßer Sportunterricht möglich ist. Diese drei Stunden Sport pro Woche existieren mehr auf dem Papier als in der Realität. Und über diese Mängel können keine noch so großen Events hinwegtäuschen. Von dem "Jahr des Schulsportes" haben wir uns etwas mehr Wirkung versprochen, und zwar langandauernde Wirkung und nicht momentane.

Daran kann ich gleich noch ein weiteres Thema anschließen, nämlich die Frage des Hochschulsportes. An dieser Stelle setzen Sie die Mängelverwaltung fort. Ich bin aber schon froh, daß Sie nicht mehr auf Ihrem alten Ansatz, der bei 1,30 DM, 1,35 DM pro Student hängengeblieben wäre, bestanden haben. Aber Sie erfüllen mit Ihrer Förderung des Hochschulsportes weder die Forderung des Koalitionsvertrages, der die stärkere Förderung des Hochschulsportes vorsieht, noch den Qualitätspakt. Ich erinnere ebenso daran, daß Sie den Hochschulen 1995 versprochen haben, auf 4 DM zu erhöhen. Wir hätten uns gewünscht, daß Sie zumindest unserem Antrag gefolgt wären und pro Student 3 DM ausgeschüttet

hätten, auch wenn wir dann immer noch am Ende der Bundesländer gewesen wären. Ich erinnere daran, daß Niedersachsen 5 DM zahlt, Rheinland-Pfalz 7 DM, Baden-Württemberg 8 DM und Berlin 10 DM.

(Zuruf von der SPD: Und Bayern?)

- Bitte, wir müssen ja nicht immer und überall am Ende liegen. Es wäre schon schön, wenn wir einmal voranmarschieren könnten.

Lassen Sie mich noch kurz ein Thema ansprechen, das mir im Jahr 2000 besonders am Herzen liegt. Das ist der Leistungssport. Leistungssport ist natürlich eine Sache des Bundes. Der Bund strahlt aber auf das Land aus. Und entgegen der öffentlichen Bekundung des Bundesministers ist der Spitzensport von einer drastischen Kürzung betroffen, und das im olympischen Jahr. Es müssen 8,2 Millionen DM eingespart werden. Das heißt, der Sport wird - das ist angekündigt -, um die Vorbereitungen auf Olympia nicht zu gefährden, Mittel aus dem Investitionsbereich Sportstättenbau nehmen müssen.

(D) Die Auswirkungen werden dramatisch sein, da beim Sportstättenbau bis zum Jahr 2003 die Mittel von jetzt 68 Millionen DM auf 32 Millionen DM heruntergefahren werden. Die Rücknahme der Finanzierung der Spitzensporteinrichtungen bedeutet eine starke Belastung für die Länder, nämlich die Rücknahme des Angebots, vielleicht aber auch Schließungen von Stützpunkten, die angedroht worden sind, so daß das bevölkerungsreiche Land Nordrhein-Westfalen eventuell hinter andere Länder zurückfällt.

Spitzensport - lassen Sie sich das auf der Zunge zergehen - in Deutschland ist Luxus. Da kann gespart werden. - Dies ist eine Aussage von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sportausschuß im Oktober 1999. Wir sollten uns diesen Satz merken und prüfen, wie er in Nordrhein-Westfalen angewendet wird. Von den Einsparungen des Bundes werden die Olympiastützpunkte, die Bundesstützpunkte stark betroffen sein. Und selbst, wenn Sie die gleichen Mittel zur Verfügung stellen wie in den vergangenen Jahren, frage ich mich, wie im Jahre 2000 die Kürzungen auf Bundesebene in Nordrhein-Westfalen ausgeglichen werden.

Meine Damen und Herren! Die immer wieder von seiten der Landesregierung hochgelobte Talentsuche und Talentförderung in Zusammenarbeit mit Schulen und Vereinen wird auch nicht mehr in der ursprünglichen Art und Weise gefördert. Diese

(Dr. Annemarie Schraps [CDU])

- (A) Programme sind in den letzten Jahren von seiten des Landes zurückgefahren worden, leben jetzt vom LSB und vom Spiel 77 und haben einen Großteil ihrer Ausdehnung eingebüßt.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Frau Kollegin!

Dr. Annemarie Schraps (CDU): Ich werde versuchen, zu Ende zu kommen. Darf ich noch zwei Sätze sagen?

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Ja.

Dr. Annemarie Schraps (CDU): Das heißt also: Der Stolz auf unsere Spitzenförderung ist nicht mehr berechtigt. Es ist ein etwas morbider Charme.

Leider habe ich nicht mehr die Gelegenheit - das können wir dann an anderer Stelle machen -, über die Frage der Sportstättenförderung zu sprechen. Auch hier herrscht ein großer Mangel.

- (B) Meine Damen und Herren! Mit Mängelverwaltung ist Sportbegeisterung nicht zu schüren. Wir werden diesem Haushalt nicht zustimmen, weil er aus vielen Unwägbarkeiten besteht. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die SPD-Fraktion hat Kollegin Berger das Wort.

Heidi Berger (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn man die CDU so hört - und ich habe mir die Haushaltsreden in diesen zwei Tagen sehr genau angehört -, dann geht das wie in jedem Jahr. Man hat den Eindruck: Das Leben ist ein Jammertal. Aber draußen im Land wird etwas anderes wahrgenommen. Das Land blüht und gedeiht, und so auch der Sport im Lande Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Dr. Schraps, Ihre Unzufriedenheit, die Sie auf die Sportorganisationen übertragen wollen, wird dort nicht wahrgenommen.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Dort ist man weitgehend mit der Sportpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen zufrieden. (C)

(Dr. Annemarie Schraps [CDU]: Da sehen Sie einmal, wie praxisfremd Sie sind!)

So ist es uns auch mit dem Landessportplan für das Jahr 2000 wieder gelungen, eine solide Basis für den Sport in Nordrhein-Westfalen zu sichern. Trotz der nach wie vor engen Haushaltssituation konnten wir die Ansätze im engeren Sporthaushalt im Einzelplan 15 weitgehend halten.

Da ist zunächst der Zuschuß an den Landessportbund zur Förderung der Übungsarbeit in den Vereinen in Höhe von 23 Millionen DM. Das ist der größte Einzelansatz im Sportbereich des Einzelplans 15. Und das kommt nicht von ungefähr.

Diese 23 Millionen DM, die wir trotz der Sparzwänge unverändert dem Sport zur Verfügung stellen, sind gleichzeitig eine Anerkennung und Unterstützung der zumeist ehrenamtlichen Arbeit, die im Sport geleistet wird.

Wir können dem Antrag der Opposition, Frau Dr. Schraps, diesen Ansatz auszuweiten, nicht folgen; denn die Haushaltsanträge, die die regierungstragenden Fraktionen einbringen, müssen solide gedeckt sein. Diese solide Deckung liegt nach dem, was wir bisher als Deckungsvorschläge der Opposition gesehen haben, nicht vor. (D)

Aber ich möchte darauf aufmerksam machen, daß dem Sport für die Übungsarbeit in den Vereinen weitere 2,4 Millionen DM über das Gemeindefinanzierungsgesetz vom Land zur Verfügung gestellt werden. Das haben Sie nicht gesagt. Aber auch das ist Geld, das für den Sport vor Ort zur Verfügung steht. Dieses Geld wird von den Kommunen verteilt. Auch Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollten mit darauf achten, daß die Kommunen das Geld an den Sport weiterleiten.

Auch der Leistungssport wird mit dem Landshaushalt für das Jahr 2000 im bisherigen Umfang weiter gefördert. Hier liegt der landespolitische Schwerpunkt besonders in der Nachwuchsförderung. In diesem Zusammenhang sind die folgenden Haushaltspositionen als Beispiel zu nennen: Zuschuß zur Unterhaltung der Trainerakademie, Zuschuß an den Landessportbund für das Landesprogramm Talentsuche/Talentförderung, Zuschuß für Landestrainer für die medizinische Untersuchung der D-Kader, aber auch die Zuschüsse zur Förderung der Übungsarbeit in freiwilligen Schülersportgemeinschaften in Höhe von 3,3 Millio-

(Heidi Berger [SPD])

- (A) nen DM. Mit diesen Mitteln werden auch Sportgemeinschaften für sportschwächere Schüler gefördert. Ich halte es für sehr wichtig, daß wir auch diese Gruppe besonders fördern, um gesundheitlichen Beeinträchtigungen vorzubeugen.

(Beifall bei der SPD)

Die Aus- und Fortbildung der Sportlehrkräfte, für die Mittel von fast einer halben Million DM im Haushalt eingesetzt worden sind, erhält durch die Revision der Richtlinien und Lehrpläne für das Fach Sport eine besondere Bedeutung. Im August dieses Jahres sind die neuen Lehrpläne für die Grundschule und die gymnasiale Oberstufe in Kraft getreten. Die neuen Lehrpläne für die Sekundarstufe 1 und die Berufsschule werden zur Zeit entwickelt.

Diese neuen Rahmenvorgaben und Richtlinien für den Schulsport formulieren zwei gleichrangige Zielsetzungen: erstens die ganzheitliche Entwicklung unserer Schülerinnen und Schüler durch Bewegung, Spiel und Sport zu fördern, und zweitens die Erschließung der Bewegungs-, Spiel- und Sportkultur in Schule und Gesellschaft. Schulsport soll - so hat es der Landessportbund formuliert - Kinder und Jugendliche für ein gegenwärtiges und lebenslanges Sporttreiben motivieren und befähigen. Dies wird mit den neuen Richtlinien noch besser möglich sein. Die Mittel für die Fortbildung der Sportlehrer und Sportlehrerinnen sind eine Hilfe, diese Ansätze schneller in die schulische Praxis umzusetzen.

- (B) Die im Regierungsentwurf vorgesehenen Kürzungen für den Bereich des Hochschulsports und für die Durchführung des Landessportfestes der Schulen wurden von den Koalitionsfraktionen wieder in voller Höhe eingesetzt. Hiermit wird der Hochschul- und auch der Schulsport wieder in vollem Umfang gefördert.

In Zeiten, in denen öffentliche Haushalte vor allem sparen müssen, ist es schon eine große Leistung, wenn Ansätze gehalten werden. Wunschlisten sind zwar schön, aber sie müssen auch solide finanziert werden. Dies ist auch im Interesse der Bürgerinnen und Bürger draußen im Lande.

Wir freuen uns, daß die Landesregierung bereits in ihrem Haushaltsentwurf im Bereich des Gemeindefinanzierungsgesetzes trotz der notwendigen Sparmaßnahmen die Mittel für den Sportstättenbau der Gemeinden erheblich angehoben hat. So wurden die Ansätze für die Errichtung von

Sportstätten an Schulen um 2,2 Millionen DM auf 39,6 Millionen DM und die Ansätze für den Sportstättenbau um 1,2 Millionen DM auf 34,2 Millionen DM angehoben.

(C)

Gestatten Sie mir an dieser Stelle einen kleinen Hinweis, der mir wichtig ist. Gestern wurde von der Opposition hier im Landtag, als es um den Wirtschaftsetat ging, wieder einmal auf Bayern hingewiesen. Heute in der Debatte über den Schuletat ging es genauso. Das möchte ich jetzt auch tun, damit die Menschen in unserem Land wissen, wie es dort wirklich ist, wo Konservative regieren. In Bayern wurden die staatlichen Zuschüsse an die Kommunen für den Bau und die Sanierung von Sportstätten gänzlich gestrichen.

(Dr. Hans Kraft [SPD]: Was? Das gibt es doch nicht!)

Und noch etwas: Der Sportunterricht an Schulen wurde halbiert.

Wir in Nordrhein-Westfalen setzen dagegen weiterhin auf unsere gut ausgebaute Sportstätteninfrastruktur. Sie zu erhalten und weiter auszubauen, das ist eine der wichtigsten Grundlagen für den Sport. Nur wenige Vereine sind in der Lage, sich Sportanlagen selber zu schaffen. Das bedarf einer gemeinsamen Anstrengung von Land und Kommunen im Sportstättenbau. Das ist wichtig und eine wesentliche Voraussetzung für die Arbeit unserer Vereine.

(D)

Der Sportstättenbau eröffnet unseren Kindern und Jugendlichen, den Familien, den älteren Menschen, aber auch den Sportlerinnen und Sportlern, die Leistungs- und Wettkampfsport treiben wollen, die Chance, den Sport auszuüben, den sie ausüben wollen. Sport für alle in den vielfältigen Ansätzen des Breitensports und des Leistungssports wird nur durch die Sportstätten- und Freizeitinfrastruktur möglich.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf die Möglichkeiten der Städtebauförderung hinweisen, mit denen weitere Sport- und Bewegungsräume geschaffen und erschlossen werden können. Diese Möglichkeiten sollten vom organisierten Sport stärker als bisher genutzt werden.

Eine weitere erhebliche Leistung des Landes zur Förderung des Sports liegt in der direkten Mittelzuweisung aus Glücksspielerträgen. Dies waren im Jahr 1998 mehr als 66 Millionen DM. Übrigens, meine Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, das läuft in Nordrhein-Westfalen auch

(Heidi Berger [SPD])

- (A) anders als in Bayern. In Bayern kassiert diese Beträge der Finanzminister selber, bei uns in Nordrhein-Westfalen haben diese Mittel eine für den organisierten Sport besondere Qualität. Der Sport kann sie einsetzen wie Eigenmittel, also dort, wo sie am nötigsten gebraucht werden.

Einen weiteren Sachverhalt will ich nennen, der den Landeshaushalt in Form von Einnahmeverlusten beeinflussen wird. Das ist die Anhebung der Steuerfreibeträge für die Übungsleiter, welche die SPD-Fraktion im Bundestag gefordert hat,

(Beifall des Heinz Hunger [SPD])

die von der Regierungskoalition in Berlin umgesetzt und am 26. November auch im Bundesrat beschlossen worden ist. Die Steuerfreibeträge wurden von 2.400 DM auf 3.600 DM jährlich angehoben. Ich bin froh, daß das beschlossen worden ist, und kann da die Opposition nicht verstehen.

(Beifall bei der SPD)

Sie hatten auf Bundesebene 16 Jahre Zeit, irgend etwas für den Sport zu tun. Da ist nichts geschehen, aber jetzt wird gemeckert.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Für mich ist das eine wesentliche Hilfe für den organisierten Sport. Ich danke der SPD-Bundestagsfraktion sehr für ihr Engagement zur Förderung des Sports.

Zum Schluß möchte ich allen im organisierten Sport in Nordrhein-Westfalen Tätigen für ihre engagierte Arbeit danken und hoffe, daß auch für das nächste Jahr eine gute Zusammenarbeit zwischen Land und organisiertem Sport möglich ist. Der vorliegende Landeshaushalt ist eine gute Basis dafür. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Kollegin Schnelting-Hebeler das Wort.

Ursula Schnelting-Hebeler (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist heute meine erste Ansprache im Plenarsaal. Ich bin also etwas aufge-

regt und hoffe, Sie werden das zu würdigen wissen. (C)

(Allgemeiner Beifall)

Der vorgelegte Sporthaushalt 2000, der sich auf 184,14 Millionen DM beläuft, gewährleistet trotz der angespannten Finanzsituation ein hohes Maß an Kontinuität in der Sportpolitik unseres Landes.

(Dr. Annemarie Schraps [CDU]: Nach unten!)

Der Anteil des Sportplans am Gesamtetat ist im Vergleich zum letzten Haushaltsplan nahezu gleichgeblieben. In anderen Ressorts mußte hingegen deutlicher gespart werden. Dieser Umstand unterstreicht, daß unser Land dem Sport eine ganz besondere Rolle zumißt.

So sind auch erhebliche Mittel für die Sportstätteninfrastruktur verankert worden, obwohl die Haushaltsmittel so knapp sind. Ich will aber auch nicht verschweigen, daß die Erfordernisse in diesem Bereich noch erheblich sind.

Was den organisierten Sport in NRW angeht, kann ich einleitend feststellen, daß der Präsident des Landessportbundes, Richard Winkels, zum wiederholten Male geäußert hat, daß er mit den finanziellen Zuschüssen des Landes vollauf zufrieden sei. (D)

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Dr. Annemarie Schraps [CDU]: Was soll er anderes machen?)

Dem ist aus meiner Sicht nichts mehr hinzuzufügen.

Erhebliche Probleme hatte unsere Fraktion mit dem Vorschlag der Regierung, empfindliche Einschnitte im Hochschulsport vorzunehmen. Neben dem Qualitätspakt sollten den Hochschulen nach unserer Einschätzung nicht noch weitere Einschränkungen zugemutet werden,

(Beifall bei den GRÜNEN)

weshalb wir gemeinsam mit der SPD den Antrag einbrachten, den Haushaltsansatz 1999 beizubehalten.

Daß die Regierungskoalition dem Schulsport einen hohen Wert beimißt, beweist auch unser gemeinsamer Antrag beim Titel "Landessportfest der Schulen", den wir um 245.000 DM erhöht wissen wollen. Jährlich nehmen an dieser Veranstaltung

(Ursula Schnelting-Hebeler [GRÜNE])

(A) immerhin etwa 150.000 Mädchen und Jungen teil. Wir können den pädagogischen Auftrag des Schulsports gar nicht hoch genug bewerten, werden doch die Schülerinnen und Schüler in ihrer ganzheitlichen Entwicklung gefördert.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose)

In diesem Zusammenhang möchte ich auch das Jahr des Schulsports erwähnen. Wie positiv dieses Projekt von Lehrerinnen, Lehrern, Schülerinnen und Schülern in Nordrhein-Westfalen bewertet wird, bewies allein schon der sogenannte Challenge-Tag, an dem landesweit eine Vielzahl von Schulen teilnahmen. Sie sehen, ich habe da eine andere Bewertung vorgenommen, als Sie es getan haben.

(Heinz-Helmich van Schewick [CDU]: Wie oft fällt denn der Unterricht aus?)

Sehr positiv bewerten wir auch den außerunterrichtlichen Schulsport, da dieser in erheblichem Maße dazu beiträgt, noch mehr Jugendliche für den Sport zu begeistern oder im Sport zu halten.

Auch wenn wir den Antrag der CDU, den Haushaltsansatz für Übungsleiterinnen- und -leiterzuschüsse aufzustocken, nicht mittragen können, würdigen wir dennoch das hohe Maß an Idealismus und Verantwortungsbereitschaft, das die unzähligen Übungsleiterinnen und -leiter in den Sportvereinen unseres Landes durch ihre wertvolle Arbeit aufbringen. Sicherlich wäre auch in diesem Bereich wie in vielen anderen Bereichen eine Erhöhung wünschenswert gewesen.

(B) Auf das neue Sportwettengesetz möchte ich an dieser Stelle ebenfalls kurz zu sprechen kommen, wenngleich der Sportausschuß hier nicht federführend tätig war. Dank des jahrelangen zähen Ringens unserer Fraktion ist es uns endlich gelungen, daß von den Erlösen dieser neuen Wette jetzt auch der Sektor Umwelt und Entwicklung profitiert. Die ersten Dankeschreiben gingen schon gestern in unserer Fraktionsgeschäftsstelle ein.

Das Ende der Legislaturperiode ist für mich Anlaß, auf die zahlreichen Aktivitäten der vergangenen Jahre im Sportbereich zurückzublicken. Trotz der immer enger werdenden Finanzspielräume sind hier vielfältige Leistungen für die Zukunft festgeschrieben worden. Damit haben wir sowohl für die Sportverbände als auch für alle anderen Menschen in Nordrhein-Westfalen, die hier Sport treiben möchten, Planungssicherheit geschaffen.

Rückblickend komme ich auch auf die erfolgreiche Arbeit im Bereich Mädchen und Frauen im Sport zu sprechen. Hier sind zahlreiche Maßnahmen zur gezielten Förderung von Mädchen und Frauen ergriffen worden, die es natürlich konsequent weiterzuverfolgen gilt. An dieser Stelle möchte ich dem Landessportbund ebenfalls ein Lob aussprechen, hat er sich doch dieses Problems in vorbildlicher Weise angenommen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Auch das Thema Gewalt gegen Mädchen und Frauen im Sport wurde von der Landesregierung und dem Landtag aufgenommen. Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen es ausdrücklich, daß dieses Thema nicht länger totgeschwiegen und verdrängt wurde. Allerdings müssen hier noch viele offensive Schritte unternommen werden, um diese vielschichtige Problematik energisch anzugehen.

Darüber hinaus hat die Regierungskoalition spezielle Programme für Migrantinnen und Migranten im Sport entwickelt.

Außerdem sollen die Maßnahmen im Bereich des Sports für Menschen mit Behinderungen nicht unerwähnt bleiben. Als Beispiel führe ich die Special Olympics an, die unter anderem von den Jugendlichen mit Behinderungen mit großer Begeisterung aufgenommen werden. Davon konnte ich mich bei einem Landtagsbesuch einer Gruppe Jugendlicher, die an diesen Special Olympics teilgenommen hatten, selber überzeugen.

Im Bereich des Breitensports haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zusammen mit der SPD ein ausführliches Aktionsprogramm geschnürt, zu dem zahlreiche Einzelaufgaben gehören. Diese hier allerdings einzeln aufzuzählen, läßt meine begrenzte Redezeit nicht zu. Die Liste der Maßnahmen, die von der Landesregierung und der Regierungskoalition umgesetzt wurden - und ein beträchtlicher Teil dieser Aufgaben sind freiwillige Leistungen; darauf kann gar nicht oft genug hingewiesen werden - , ließe sich fortsetzen.

Insgesamt kann ich jedoch festhalten, daß der vorgelegte Haushaltsplan widerspiegelt, welche außerordentliche jugend-, sozial-, gesundheits- und freizeitpolitische Bedeutung dem Sport in NRW beigemessen wird.

Abschließend und zusammenfassend läßt sich feststellen, daß wir mit dem Sporthaushalt 2000 nicht zuletzt vor dem Hintergrund der angespann-

(C)

(D)

(Ursula Schnelting-Hebeler [GRÜNE])

- (A) ten Finanzlage zufrieden sein können. Ich bitte deshalb alle Kolleginnen und Kollegen um Zustimmung.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich darf Ihnen, Frau Ministerin Brusis, das Wort erteilen.

Ilse Brusis, Ministerin für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport: Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Nach der fünften Runde, die ich hier absolviere, kann ich feststellen: Die wesentlichen Argumente der CDU in dieser Auseinandersetzung über den Haushaltsentwurf 2000 waren, daß - erstens - "das alles ein Gemischtwarenladen ist" und - zweitens - "für alle Aufgaben zu wenig Geld da ist". Meine Herren und Damen von der CDU-Landtagsfraktion, ich fürchte, man muß in den Zeiten knapper öffentlicher Kassen mit etwas mehr Kreativität an Haushaltsberatungen herangehen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

- (B) Liebe Kollegen und Kolleginnen, zum Sportland Nordrhein-Westfalen gehören ein zeitgemäßer Sport zum Mitmachen und auch der Spitzensport, das Sportfest in der Nachbarschaft und das Sportereignis von internationalem Rang. Die Ressorts der Landesregierung haben im Rahmen des Landessportplanes in dieser Legislaturperiode fast 1 Milliarde DM dafür bereitgestellt. Die Bedeutung des Sports für die Menschen in unserem Land ist, glaube ich, nicht alleine an Medaillen oder Tabellen meßbar. Der Sport hat einen hohen gesellschaftlichen Stellenwert, er integriert die Menschen, er schafft soziale Bindungen, er fördert das Miteinander.

Hinzu kommt noch der gesundheitliche Aspekt, etwa im Bereich der Rehabilitation. Richtig dosierter Sport ist ein wesentliches Instrument, um Krankheiten vorzubeugen. Sport ist Wellness, Sport ist Ausdruck des Sichwohlfühlers. Investitionen in Sportangebote und Freizeit haben sich zu einem wichtigen Aspekt unseres Tourismus entwickelt, und zwar mit einem doppelten Effekt: Sie stärken eine zukunftssträchtige Wirtschaftsbranche und schaffen Arbeitsplätze, verbessern den Freizeit- und Erlebnis-/Erholungswert für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land.

Deshalb veranschlagen wir für diesen Bereich für das Jahr 2000 mehr als 184 Millionen DM. Das entspricht gegenüber 1999 einer Steigerung um 1,2 %. Das erreichen wir durch einen Anstieg der Investitionen im Sportstättenbau um 3,4 Millionen DM, einen Zuwachs um 1,2 Millionen DM bei der Förderung des Sportstättenbaus der Gemeinden im Rahmen des Steuerverbundes, einen Anstieg der Zuwendungen für Sportstätten an Schulen im Rahmen des Schulbauprogramms um 2,2 Millionen DM. Beim Sportstättenbau der Vereine ist der Haushaltsansatz mit 7 Millionen DM zwar überrollt worden; dafür stehen aber 1,5 Millionen DM mehr Verpflichtungsermächtigungen zur Verfügung.

Froh bin ich darüber, daß die Übungsarbeit in den Sportvereinen auch im Jahre 2000 mit 23 Millionen DM unterstützt werden kann. Hinzu kommen wieder die 2,5 Millionen DM aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz, die den Gemeinden für die Förderung des Sports zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. Frau Kollegin Schrap, wenn Sie insgesamt 25,4 Millionen DM als "Almosen" bezeichnen, verstehe ich die Welt auch nicht mehr so ganz.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Liebe Kollegen und Kolleginnen, der Landessportbund und die Sportverbände erhalten zusätzlich Mittel aus den Gewinnspielerträgen. Alleine während der letzten fünf Jahre flossen dem Sport zur Erfüllung seiner satzungsgemäßen Zwecke hieraus nahezu 300 Millionen DM zu. Das ist, denke ich, ein Betrag, der dem Sport in dieser Form in anderen Ländern nicht zur Verfügung gestellt wird. Auf dieses Modell können wir stolz sein. Mit ihm wird deutlich, daß die Landesregierung großes Vertrauen in die Sportverbände und Sportvereine und in deren Arbeit setzt.

(Beifall der Heidi Berger [SPD])

Aus Gründen der Haushaltskonsolidierung war für den Hochschulsport eine Reduzierung der Zuschüsse um 512.000 DM vorgesehen. Als Sportministerin begrüße ich die nun mit den Koalitionsfraktionen gefundene Lösung.

Die Förderung der freiwilligen Schülersportgemeinschaften liegt wieder bei rund 3,3 Millionen DM. Im Schuljahr 1998/99 lag die Zahl der geförderten Gruppen bei 6.032 in 45 Sportarten. Das ist ein deutliches Zeichen dafür, wie gut dieses Angebot bei den Kindern und Jugendlichen ankommt.

(Ministerin Ilse Brusis)

(A) In diesem Jahr haben wir das Jahr des Schulsports begonnen, für das auch im Jahre 2000 wieder 100.000 DM bereitgestellt werden.

Unter dem Motto "Mehr Bewegung in die Schule" wollen die beiden mit der Umsetzung der Initiative beauftragten Ministerien und der Landessportbund deutliche Akzente zur Förderung des Schulsports setzen und richtungsweisende Impulse für den Schulsport der Zukunft geben.

Wir bekennen uns ausdrücklich zu einem humanen Leistungssport, der eine wichtige Aufgabe unserer Sportpolitik bleibt. Uns geht es darum, die Jugendlichen entsprechend ihren Entwicklungsmöglichkeiten zu fördern und zu unterstützen. Mit den 1,9 Millionen DM für die Betriebskostenzuschüsse für Olympiastützpunkte und Bundesleistungszentren, den 500.000 DM für Landestrainerinnen und Landestrainer sowie den 200.000 DM für die sportmedizinische Betreuung der D-Kader und weiteren 200.000 DM für Talentsuche und Talentförderung können wir auch im Jahr 2000 Mittel in derselben Höhe zur Verfügung stellen wie in diesem Jahr.

Frau Kollegin Schraps, Sie haben darauf hingewiesen, daß sich im Bundeshaushalt ankündigt, daß wir für das Jahr 2001 mit Einsparungen und Kürzungen für Leistungszentren und Olympiastützpunkte rechnen müssen.

(B)

(Unruhe - Glocke)

Das stimmt. Wir werden uns mit dem Problem auseinandersetzen müssen. Allerdings gehen nach meiner bisherigen Beobachtung der organisierte Sport und insbesondere der Deutsche Sportbund sehr viel konstruktiver mit dieser Situation um, als Sie das hier und heute getan haben. Im übrigen sollten wir die Diskussionen, die in den Deutschen Bundestag gehören, nicht hier in den Landtag verlagern.

(Beifall bei der SPD - Dr. Hans Kraft [SPD]:
So ist es!)

Meine Herren und Damen, auch im Breitensport und im Bereich "Mehr Chancen für Frauen und Mädchen im Sport" mit insgesamt 1,1 Millionen DM können unsere bewährten Programme fortgeführt werden.

Sport für alle ist eben für uns nicht bloß ein Schlagwort.

Zum Schluß: Das Sportland Nordrhein-Westfalen lebt von den Aktiven und den Ehrenamtlichen in

den Vereinen, lebt von den vielfältigen Sportveranstaltungen und der täglichen sportlichen Betätigung der Bürger und Bürgerinnen. Ich denke, wir schaffen auch mit dem Haushalt 2000 dafür eine solide Grundlage.

(C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Meine Damen und Herren! Wird weiter das Wort gewünscht? - Offensichtlich nicht. Dann schließe ich hiermit die Beratung.

Wir haben **abzustimmen** über den **Einzelplan 15 entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 12/4515**. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Heinz Hardt [CDU]: 4515 gibt es nicht! 4536?)

- Der Herr Kollege Hardt weist darauf hin, daß es diese Drucksache angeblich nicht geben soll. Wie ist das, Herr Fußbahn?

(Zuruf von der SPD: Was sind das für Unterlagen? Sind die vom letzten Jahr?)

- Herr Kollege Hardt, es ist richtig, wie ich das vorgetragen habe. Aber ich freue mich trotzdem, daß ein Abgeordneter genau aufpaßt, was hier im Hause alles gemacht wird.

(D)

(Heiterkeit)

Wir kommen also zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung 12/4515. Wer zustimmen möchte, der möge bitte das Handzeichen geben. - Gegenprobel - Stimmenthaltungen? - Bei einer Stimmenthaltung des Herrn Kollegen Kreuzt ist die Beschlussempfehlung **angenommen** worden und der Einzelplan 15 gebilligt worden.

Ich rufe auf:

Einzelplan 11: Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit

mit den Teilbereichen a) Frauen, b) Jugend und Familie und c) Gesundheit.

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung Drucksache 12/4511 und die Änderungsanträge der Fraktion der CDU Drucksachen 12/4536 bis 12/4539 und **eröffne** die **Beratung** zum Teilbereich